Das geheime Deutschland

von

Friedrich Glum

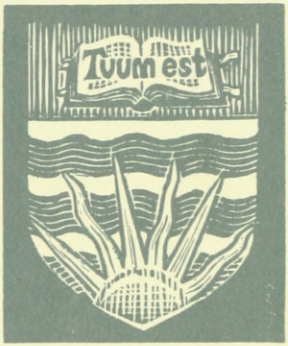
STORAGE-ITEM
MAIN

LP9-N12A

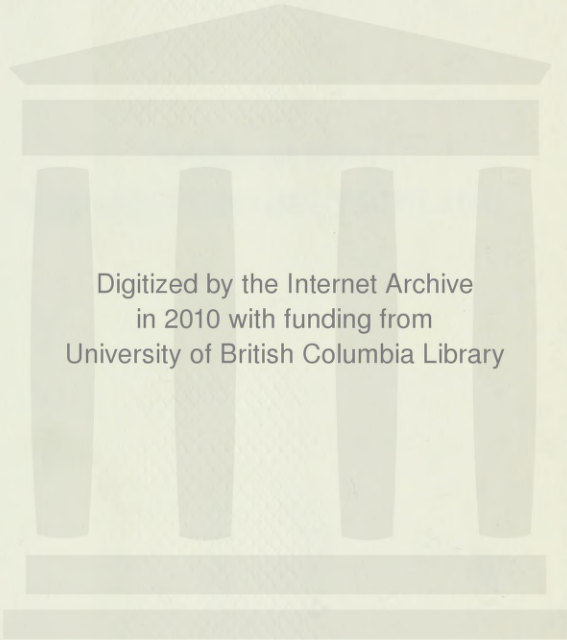
U.B.C. LIBRARY

VERLAG VON GEORG STILKE

THE LIBRARY



THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA



Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of British Columbia Library

http://www.archive.org/details/dasgeheimedeutsc00glum

FRIEDRICH GLUM

DAS GEHEIME DEUTSCHLAND

DAS
GEHEIME DEUTSCHLAND

DIE ARISTOKRATIE
DER DEMOKRATISCHEN GESINNUNG

VON

FRIEDRICH GLUM

VERLAG VON GEORG STILKE, BERLIN 1930

Das Manuskript wurde Anfang Januar abgeschlossen

Alle Rechte vorbehalten

Gedruckt bei A. Heine GmbH., Gräfenhainichen

Einleitung.

Da steht man wieder Abschied nehmend auf dem Janiculo. Hinter sich und vor sich die ewige Roma. Im Hintergrund über den dunkelen Pinien des Monte Mario den schneebedeckten Soracte und die in bläulichem Dunst hinträumenden Albaner Berge. Und man sucht mit den Augen die Kirchen und Paläste ihrer großen christlichen Epochen aus den grauen Steinterrassen hervorzuholen, den träg und schmutziggelb dahinfließenden Tiber mit seinen vielen Brücken entlang, von dem gewaltigen Rund der Engelsburg bis Santa Maria in Cosmedin und dem kleinen fast an Rokoko erinnernden klassischen Rundtempelchen davor. Immer wieder aber verweilt der Blick auf der Linken, unten auf der blaugrauen Kuppel und ihrer Laterne über den braungelb schimmernden Travertinmauern von San Pietro und auf den weit rechts oben aus dem Grün und Silbergrau der Pinien, Zypressen und Steineichen hervorleuchtenden rötlichen Ruinenfelsen des Palatin, dieser gewaltigsten Zitadelle Roms. Und man denkt in diesem Augenblick an all das schöne, das man genossen hat: An die ersten rotleuchtenden

Farbtupfen der Rosen zwischen dem über die grauen Steinplatten und Säulenstümpfe wuchernden Grün des Forums. An die hellschimmernden Triumphbogen vor der in silbergrauem Dunst verschwimmenden Ferne, aus der nur die dunkelen Zypressen des Caelio sich herausheben; an den tiefblauen Sternenhimmel auf der stillen Piazza San Pietro, unter dem die großen Fontänen geheimnisvoll ihre flüssigen Silberwellen aufsprudeln lassen, und die weiten Steinkolonnaden Berninis mit der riesigen Porta des Doms und dem großen Obelisken davor, die den Eingang zu einem phantastischen Märchenschloß zu bilden scheinen. Man wandelt wieder in Gedanken in dem weiten Dominnern, dem herrlichsten Festsaal der Erde, zu dem barocken auf den goldgeschmückten Porphyrsäulen ruhenden Baldachin, der den Hochaltar überschattet, unter der Kuppel Michelangelos, trotz aller absprechenden Kunstgelehrtenweisheit magnetisch hingezogen. Man steht auch wieder unten in den Grüften vor dem einfachen Porphyrsarg des deutschen Kaisers und erinnert sich des Glanzes und der Größe deutschen Heldentums. Und vor dem Geschütz der Engelsburg sieht man Cesare Borgia und Giulio II. stehen und man denkt vielleicht auch an den bramarbasierenden Goldschmied und seine fabelhaften Schießleistungen. Man versinkt im Weihrauchnebel von S. Maria Vittoria, geblendet von den goldenen Strahlen über der von den Pfeilen der himmlischen Liebe getroffenen heiligen Therese, nachdem man

die irdische Schönheit des unvergänglich leuchtenden Fleisches der himmlischen Liebe des Tizian angebetet, und unter der Decke der Sistina sich unter die Giganten des Himmels versetzt geglaubt hat. Auf dem Palatin steht Augustus, dieser trotz seiner Konskriptionen größte Römer, trotz seines zarten Körpers in unbeugsamen Willen das sittenlose Rom erneuernd. Rinascimento! Wie oft ist dieser Ruf über die große Italia geschallt, von ehrgeizigen und vaterlandliebenden Männern! Ist es ein Wunder? Muß es einen Römer nicht mit brennendem Ehrgeiz erfüllen, wenn er von Frascati oder Castel Gandolfo aus über die weite Campagna hinweg am Horizont das Meer aufblitzen sieht, das einst das römische Imperium und damit die Welt umspannte?

Und da steht er schon wieder vor einem, der, man mag wollen oder nicht, einen mindestens ebensoviel beschäftigt, wie die ewige Roma, der Mann, der den gleichen Traum wieder geträumt hat, und im Rinascimento unserer Tage Italien, wie kein Kaiser seit Augustus, umzugestalten versucht. Der diese durch die Römer der Kaiserzeit verwüstete Campagna wieder unter den Pflug gebracht hat und die seit der Völkerwanderung kahlen Gebirgshügel des Appenins mit ihrem malerischen Gestrüpp und den selten dazwischen sich erhebenden Oliven und Zypressen mit Fichten aufforstet, so daß in einer Generation, wenn sein Geist fortwirkt und die Bevölkerung sich die Stämmchen nicht

als Brennholz holt, ihr italienischer Charakter verschwunden und in den des Badischen Schwarzwalds umgewandelt sein wird, allen, denen die Form der italienischen Landschaft etwas bedeutet, ein Greuel, der italienischen Volkswirtschaft aber ein kaum zu ermessender Gewinn. Was hat jeden von uns dieser Mann mit der für unser bürgerliches Zeitalter geradezu phantastisch irregulären Vergangenheit beschäftigt, dessen Cäsarenkopf und Imperatormiene einem aus allen Schaufenstern neben dem Bilde des Königs und an seiner Stelle entgegenblickt, und der doch ein menschliches liebenswürdiges Gesicht und Wesen haben soll, dessen Wille den ganzen Staat durchdringt, überall da ist, wo es gilt, neues zu schaffen, altes hinwegzuräumen und die Nation zu großen Leistungen zu begeistern. Von der uns Deutschen bitteren Italienisierung von Bozen und Meran, und dem alle fremden Völker gleich hart treffenden Boykott ausländischer Industrieprodukte an bis zur battaglia del grano und zu dem Versuch, den Arbeitsfrieden durch die Magna Carta del lavoro zu begründen. Er, der als Capo del governo und Minister des Heeres, der Marine und der Luftstreitkräfte mehr für die Wehrkräfte des Volkes getan haben soll, als alle seine Vorgänger während des Krieges, dem die italienische Armee es verdankt, daß ihr schlechter Ruf während des Krieges auch in den Augen deutscher Generalstabsoffiziere ein anderer geworden ist, und der als Außenminister Italien wieder

zu einem zwar problematischen, aber gegenüber dem Italien seiner Vorgänger auch von den sehr viel mächtigeren unter den Großmächten sehr beachteten Faktor europäischer Politik gemacht hat. Der Duce, von dem man in allen Osterien raunt, wenn man zu mehreren zusammensitzt, dessen Name als erlösendes Zauberwort genannt wird, wenn es sich um Projekte handelt, deren Verwirklichung auf Schwierigkeiten stößt, italienische Schwierigkeiten, oder wenn Dinge kritisiert werden, die in seinem Namen geschehen und deren Erfolg die ausländischen Sachverständigen bezweifeln. „Sie sollten mit Mussolini sprechen." Das ist das Sesam öffne dich, von dem Tausende sich fabelhafte Erfolge versprechen.

Und man denkt auch mit staunender Bewunderung an die Macht des faschistischen Geistes. Denn das ist es, was uns in diesen Tagen immer wieder ganz deutlich geworden ist. Der Faschismus hat der Nation, mögen seine inneren Mißstände auch groß sein, neue sittliche Antriebe gegeben. Zwar ist es sicher richtig, daß der Duce und seine Unterführer brutal zur Unterdrückung ihrer Gegner vorgegangen sind, ja es mag sogar richtig sein, daß es keine Freiheit außerhalb und manchesmal auch innerhalb des Faschismus gibt. Aber selbst wenn achtzig Prozent von dem wahr wäre, was im Auslande von den verbannten Italienern über Unterdrückung und Beschränkung der persönlichen Freiheit für die nicht der faschistischen Partei Angeschlossenen erzählt

wird, es bliebe doch die Tatsache bestehen, daß die größere Hälfte der Italiener entweder überzeugte Faschisten oder dem Faschismus für die sittliche Erneuerung ihres Volkes dankbar sind. „Nie ist einem Staatsmann, selbst Bismarck 1870 nicht, von seinem Volke ein so großes Vertrauen entgegengebracht worden", sagte mir der greise Fürst Bülow in der Villa Malta. Stürbe Mussolini heute, die überwiegende Mehrheit seiner Nation würde trauernd an seinem Grabe stehen, und wenige Jahre später würde er die gleiche Verehrung genießen, wie Napoleon seit der Überführung seiner Leiche in den Dome des Invalides. Diese Bewunderung verdankt der Duce nicht nur seinen politischen und wirtschaftlichen Leistungen, sondern vor allem dem Umstande, daß die Jugend Italiens und darüber hinaus die ganze Nation sich aufgerufen gefühlt hat, über sich hinauszustreben. Italiener, Römer sein, heißt, seitdem nach der faschistischen Lehre nur Faschisten Italiener und Römer sein können, mehr zu sein, wie Italiener vordem. Keine bloßen Staatsangehörige, keine Bourgeois, keine Philister. Es ist ein antikes Ideal, nicht im Geiste Winckelmanns und Goethes, mehr in Nietzscheschem Geiste; aber realer, bodenständiger empfunden, zu vergleichen mit jener virtù Macchiavellis, vor allem aber den sittlichen Antrieben des Augusteischen Zeitalters. Gewiß, man darf nicht blind sein gegenüber den Auswüchsen, gegenüber dem übertriebenen Nationalismus, gegenüber dem vielen, dem Südländer besonders lie-

genden, Phrasenhaften, hinter dem nichts steckt, aber man muß sich auch darüber klar sein, daß manches, das uns eine Phrase dünkt, beim Südländer nur eine uns fremde Form des Ausdrucks für seine echten Gefühle ist. Wir Deutsche, denen die Phrase, wenn auch in anderer Form, ja auch nicht fremd ist, sollten sehr vorsichtig sein in der Unterschätzung dieser „Phrasen", haben wir doch in falscher Einschätzung dieses romanischen Elements die sittliche Erneuerung Frankreichs viel zu spät verstanden. Wir Deutschen neigen dazu, die natürlichen Anlagen der Nationen zu übersehen und sie nach unseren eigenen zu beurteilen. Mussolini wird aus seinen Faschisten nicht bessere Deutschen machen, aber sicher bessere Italiener. Dabei ist es gar nicht leicht zu sagen, welches der geistige Inhalt der faschistischen Idee ist. Es ist nicht der Staat und auch nicht die Nation allein, die der Faschismus auf den Thron gesetzt hat. Der Faschismus ist ursprünglich individualistisch orientiert. Wenn man Italiener fragt, die Anhänger des Faschismus sind, so hört man sehr verschiedenes. Man will nicht die Modetorheiten des westlichen Europas und des Amerikanismus. Man will nicht das Vorherrschen des materialistischen Geistes, nicht die Kämpfe politischer Cliquen im Parlamentarismus, hinter denen verhüllt Gegensätze der Interessen stecken. Man will auch nicht den Drill und die Disziplin des preußischen Militarismus. Was man will, ist nun allerdings nicht das Gegenteil, es handelt sich nicht

eigentlich um ein aut-aut, sondern um ein besser machen. Man will positive Arbeit, Steigerung der Leistung, vor allem der Persönlichkeit. Man will, daß der Faschist in jeder Beziehung besser sei als der Durchschnittsitaliener. So läßt der Faschismus ihm auch andere Ideale, er läßt ihm die Religion, wenn auch hier ein bedenklicher Wechsel der Anschauungen in letzter Zeit nicht zu verkennen ist. Eines der höchsten Ideale, in dem er sich mit allen einig sein soll, ist ihm die Nation. Glücklich das Volk, wenn es seiner Jugend gelingen sollte, diese Ideale über alle politischen und sozialen Gegensätze hinweg zu verwirklichen und sich in diesem Geiste sittlich zu erneuern!

Da ist man schon wieder in Gedanken in Deutschland, und das Bild verdüstert sich. Wir Deutsche fühlen uns jetzt wohl alle im Auslande wenig glücklich. Und wir haben wirklich Grund, uns zu schämen, ein Deutscher zu sein. Sind wir überhaupt noch eine Nation? In der Heimat Zank und Streit um kleinliche Dinge, auf wirtschaftlichem Gebiet vielfach ein gieriges Raffen, auf gesellschaftlichem ein kleinliches Sich-Beneiden, auf sittlichem ein häufiges Versagen, ein schrankenloses Genießen von Gütern, von denen man sich fragt, ob sie des Genusses überhaupt wert sind, und das alles in allen Ständen und Klassen. In allem, was die Nation zusammenhalten sollte, nur Parteiung und Unzufriedenheit, keine gemeinsamen politischen Ideale, sogar ein gegenseitiges Absprechen der na-

tionalen Gesinnung und — im fremden Lande ganz besonders schmerzlich empfunden — nicht einmal ein gemeinsames Symbol, keine Fahne, die im Inlande und Auslande uns einig zusammenführt.

Und doch spüren wir im Auslande trotz aller Verwunderung und Verachtung dieser rätselhaften Menschen, denen die nationale Ehre ein unbekannter Begriff zu sein scheint, im geheimen Respekt, ja Angst vor diesem unheimlichen Volk, wie vor einer chaotischen Masse, deren feste Form man noch nicht kennt, von der man aber instinktiv ahnt, daß sie ein Gebilde werden wird, neu und fremd, allen Berechnungen des Verstandes spottend, wahrscheinlich gefährlich, aber jedenfalls so gelagert, daß alle sich ihr gegenüber neu formen, ja vielleicht umformen müssen. Dieses unheimliche, gefahrvolle Deutschland erblickt man vor allem in der kaum glaublichen wirtschaftlichen Entwicklung, die es in und seit der Inflation durchgemacht und die das nach dem Kriege in seiner ökonomischen Energie ein wenig erschlaffte Ausland bereits gezwungen hat, auf diesen, wie man gehofft hatte, niedergerungenen Konkurrenten sich wieder einzustellen, und man schließt daraus auf die gewaltige Leistungsfähigkeit der Nation. Und wir, die wir es besser wissen, die wir das vielfach ungesunde, unechte und unerfreuliche an dieser bestaunten „wirtschaftlichen Entwicklung“ kennen, auch wir haben nicht das Empfinden, daß Deutschland zurückgeht, sondern glauben, daß, trotz allem lächerlich fratzenhaften,

es auch im sittlichen und nationalen wieder aufwärts gehen wird. Worin ist diese Hoffnung begründet? Wir können nicht beweisen, daß und woher es kommen wird. Aber wir fühlen instinktiv, daß es in unserem Vaterlande Menschen geben muß, und zwar nicht wenige, von denen die Erneuerung kommen wird. Wahrscheinlich bisher unpolitisch oder in den verschiedenen Parteien zerstreut, bilden sie ein geheimes Deutschland, das einmal unsere Kraft und Stärke sein kann.

Kann? Kann uns das genügen, wo wir doch Deutschlands Schmach und Erniedrigung so schmerzlich empfinden? Soll die Besserung, soll unser Rinascimento aufgeschoben bleiben, weil die Menschen dieses geheimen Deutschlands sich nicht finden, sich falsch verstehen, weil sie den Gegner, der vielleicht dasselbe will, in seinen Voraussetzungen nicht begreifen oder weil sie die Formen, in denen die politische Aktion sich heute entfaltet, nicht schätzen, vielleicht sogar verachten? Sollen wir Italien beneiden, weil es seinem großen Staatsmann gelungen ist, das geheime Italien um die Fascenbündel zu sammeln, während bei uns die Parteiung so groß zu werden droht, daß die Besten sich vom öffentlichen Leben vollständig zurückziehen? Nein! Auch wir müssen den Versuch wagen! Das geheime Deutschland muß aufstehen und seine Forderungen stellen! Auch wir müssen die Jugend aufrufen, Deutschland zu erneuern!

Diese Forderungen werden in erster Linie an die

sogenannten nationalen Kreise gerichtet werden müssen, in denen noch Spuren konservativen Geistes zu finden sind, an die Unzufriedenen, die es ablehnen, in Politik, Wirtschaft, Kultur und sozialer Frage ausschließlich von den bald hundert Jahre alten Ideen von Karl Marx und dem, was die sozialdemokratische Partei daraus gemacht hat, sich bestimmen zu lassen. Wir sind für lange Zeit durch unsere Verflechtung in die Weltwirtschaft an den Kapitalismus schicksalgebunden und werden durch eine antikapitalistische Politik, wie sie die sozialdemokratische Partei betreibt, in unserem Wiederaufstieg gehemmt. Wir erblicken auch in der trotz aller für die Arbeiterschaft errungenen Vorteile immer noch nicht aufgegebenen klassenkämpferischen Einstellung der Sozialdemokratie, die zu dem verhängnisvollen Riß in unserem Volke, wenn auch keineswegs allein, so doch wesentlich beigetragen hat, und in ihrer materialistischen Geisteshaltung, die den Arbeiter trotz seiner verbesserten wirtschaftlichen Lage nicht glücklicher gemacht hat, ein großes Unglück für unser Volk. Denn noch nie hat in der Geschichte eine letzten Endes in ihren Idealen bloß negativ bestimmte Bewegung, wenn sie auch vorübergehend unter dem Gesichtspunkt der Taktik gesehen, fortschrittsfördernd gewesen ist, ein Volk zu erneuern vermocht. Wir glauben auch, daß der schroffe Bruch, den der Marxismus, hier der konsequente Fortsetzer der Aufklärung und des Liberalismus, die wir beide heute immer mehr geistig überwinden, mit

der geschichtlichen Vergangenheit vollzogen hat, unheilvoll für die geistige Entwicklung unseres Volkes gewesen ist, weil er es eines großen und wertvollen Teils der lebendigen Quellen beraubt hat, aus denen ein auf die positiven Werte seiner Vergangenheit stolzes Volk neue Kraft schöpfen kann.

Sind wir auch in dieser Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie mit vielen einig, die mit den heutigen Zuständen unzufrieden sind, so lehnen wir doch eine Politik der Restauration auf das schärfste ab. Wir wollen nicht die Wiederherstellung der Zustände und Institutionen, wie sie früher waren. Wir wollen weder den Staat, wie er war, noch den Kapitalismus, wie er ist. Und unsere Frontstellung gegen den Marxismus und die Sozialdemokratie soll keine klassenkämpferische, sondern eine positiv überwindende sein. Wir verkennen nicht die wertvollen Kräfte, die in der sozialistischen Bewegung ihren Ausdruck gefunden haben, und wollen die Sozialdemokratie nicht der Früchte ihrer erfolgreichen Arbeit berauben. Was wir wollen, ist die Aufhebung des Bruchs zwischen den Arbeitern und den übrigen Bürgern in unserem Volk, die Integration der Arbeiterschaft in den Staat.

Man erwarte nicht, daß diese Einstellung gegenüber den kommenden Dingen die Form eines festen Programms nach Art unserer Parteiprogramme annehmen wird. Wir halten nicht nur alle Parteiprogramme für veraltet, sondern überhaupt

das Parteiprogramm für eine überholte Form, um für eine politische Zukunft zu kämpfen. Es kommt auf die Gesinnung an, auf den Willen zu bessern, nicht auf die Erkämpfung gedanklich festgelegter Positionen. Insofern hat der Faschismus, der bewußt das Parteidogma ablehnt und alles von der Bewegung erhofft, sicher die modernste und lebensfähigste politische Doktrin. Klarheit über die nächsten Ziele wird natürlich immer geboten sein. Aber die Dogmenlosigkeit wird Erstarrung und Bequemlichkeit verhindern, weil immer wieder Besinnung über das Erreichte und die weiteren Ziele notwendig sein wird. Aber wir müssen uns darüber klar werden, daß das Ziel der Erneuerung in Deutschland nicht so leicht zu gewinnen sein wird, wie in Italien, nicht nur, weil wir uns das Ziel noch höher stecken, sondern auch weil unser Volk nicht so leicht zu erziehen ist. Wir müssen einen weiten und steinigen Weg gehen. Der Weg Mussolinis ist für uns nicht begehbar. Wichtiger als die Einigung auf ein starres Programm ist es, sich darüber klar zu werden, was an den vorhandenen Programmen nicht geeignet ist, uns weiter zu bringen. Dabei werden wir vor allem die Programmpunkte der Unzufriedenen einer leidenschaftslosen Untersuchung unterziehen müssen. Denn das gefährlichste für eine Bewegung ist, in der Beurteilung bestimmter Forderungen nicht einig zu sein.

Nun haben wir aber den Eindruck, daß zwar in bezug auf die Unzufriedenheit mit den vorhandenen

Zuständen eine starke Übereinstimmung vorhanden ist, daß man sich aber eine Besserung von Institutionen verspricht, deren Einführung uns nichts nützen, sondern nur schaden würde, oder noch schlimmer, daß man an ihre erfolgreiche Einführung glaubt, obwohl sie faktisch niemals realisiert werden können. Solche Illusionen tragen zu einem unfruchtbaren Quietismus bei, an der die Geschichte der sogenannten bürgerlichen Parteien seit langem außerordentlich reich ist. Wir sind, gerade weil wir Idealisten sind, für eine illusionsfreie Betrachtung politischer Postulate überhaupt, für eine illusionslose Politik.

Diese Untersuchung politischer Programmpunkte wird vielen eine Überraschung bringen, weil sie alle von der rechten Seite bisher gepriesenen Heilmittel gegen das heutige System ablehnt und sich ganz entschieden auf den Boden der Demokratie stellt, allerdings einer Demokratie nicht im formalen Sinne, sondern einer Demokratie der Gesinnung, die Raum läßt für ein verantwortungsbewußtes Führertum. Was uns fehlt, ist die wahre demokratische Gesinnung, die über alle Stände und Klassen hinweg uns erst zu einer Nation machen kann. Und was uns not tut, ist eine Aristokratie in Bürgertum und Arbeiterschaft, die unser Volk zu dieser demokratischen Gesinnung erzieht. Daß diese Aristokratie in dem geheimen Deutschland zu suchen ist und nur aufgerufen zu werden braucht, daran muß man allerdings glauben. Würde dieser Glaube falsch sein, es

lohnte nicht mehr, in Deutschland zu leben. Diesem geheimen Deutschland, dieser kommenden Aristokratie der demokratischen Gesinnung sollen die folgenden Thesen gewidmet sein.

1. These:

Dem deutschen Volke fehlt infolge der Kastenbildung in seiner Gesellschaft die Integration zur Nation.

Wenn man in Italien lebt, die deutschen Verhältnisse überdenkt und sich die großen Schwierigkeiten klar macht, die in dem bei uns herrschenden System des Parteienstaates begründet sind, bei dem es fast unmöglich scheint, ohne die vielfach sich selbst genügenden Parteibonzen und ihre viel gefährlicheren provinzialen Hauptleute den Weg für eine Erneuerung frei zu machen, so ist es sehr verführerisch, mit dem Gedanken zu spielen, daß nur der Weg Mussolinis auch bei uns zum Erfolge führen kann. Es würde das bedeuten, daß es notwendig wäre, neben die vielen schon bestehenden Parteien eine neue Partei zu setzen mit dem Anspruch, alle anderen zu überwinden und in sich aufzusaugen, und wenn dies nicht angeht, sie mit Gewalt zu unterdrücken und den Staat restlos zu erobern; eine Partei allerdings, die bewußt von allen bisherigen Parteiideologien sich fernzuhalten und ihre eigene, eine vollständig neue Ideologie, die Ideologie der Erneue-

rung des Staates und der Nation begründen müßte. Es müßte ein geistiger Bund sittlicher Erneuerung sein, der die Gemüter erobern und sie schließlich zu politischer Tat führen müßte. Allein bei ruhiger Überlegung und wieder in Berührung mit der Heimat, zeigt sich, daß an einen Erfolg der Mussolinischen Methode in Deutschland gar nicht zu denken ist. Er ist nicht nur deswegen unmöglich, weil wir zur Zeit keine Persönlichkeit besitzen, die über die besonderen Eigenschaften verfügte, welche Mussolini den Weg zum Erfolg erleichtert hat, sondern vor allem, weil das Volk bei uns dem Führer nicht folgen würde. Das Wort des Fürsten Bülow, daß Bismarck selbst auf dem Gipfel seiner Erfolge angelangt, nicht annähernd die Stellung Mussolinis in unserem Volke besessen hat, fällt einem wieder ein. Romanische Völker lassen sich leichter, wie die Geschichte zeigt, führen und von einem Führer begeistern. Vielleicht sind sie sogar treuer, jedenfalls solange der Führer Erfolg hat. Gefolgschaft, Treue ist eine deutsche Tugend, die immer nur verhältnismäßig wenige mit einem Führer verbindet. Seit Beginn unserer Geschichte haben wir immer viele Führer mit kleinem Gefolge gehabt, selten einen Führer, dem die ganze Nation lange gefolgt ist. Mit dieser Tatsache, die sich nicht entschuldigen, nur aus unserer Rechthaberei und Kritiklust sich erklären läßt, müssen wir rechnen. Hinzu kommt jene andere merkwürdige Eigentümlichkeit, die wir auch nicht mit anderen Nationen, jedenfalls nicht in diesem

Umfange teilen, daß der Deutsche, dem die Treue gegenüber der Person fehlt, mit ungeheuerer Hartnäckigkeit an Ideen festhält, die ihn gesellschaftlich verbinden. In keinem Lande der Welt ist der Parteiwechsel ein solches Verbrechen, wie bei uns, ein Verbrechen, das mit schärfster gesellschaftlicher Ächtung bestraft wird.

Es ist daher außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich, eine neue Weltanschauungspartei, und nur um eine solche kann es sich handeln, den bereits bestehenden Parteien mit Aussicht auf Erfolg entgegenzustellen. Alle Versuche nach dieser Richtung, die in den letzten Jahren gemacht worden sind, wie z. B. die einer republikanischen Partei, beweisen dies zur Genüge. Auch die Gründer der neuen volkskonservativen Vereinigung werden die gleiche Erfahrung machen. Wenn neue Parteien aufgekommen sind und sich wenigstens eine Zeitlang haben halten können, so hat es sich immer um Parteien mit einer radikal-extremen Geistesrichtung gehandelt — man denke an die Nationalsozialisten —. Eine Erneuerungspartei, die den Staat erobern will, darf zwar in den Mitteln radikal, in ihrer geistigen Haltung aber nicht extrem sein. Die faschistische Partei ist dies niemals gewesen. In dieser Hinsicht hat Adolf Hitler, als er das fremde Vorbild zu kopieren versuchte, nicht genau genug beobachtet.

Es bleibt der Weg der Gewalt, die Diktatur. Damit kommen wir allerdings auf einem Umweg zu der Wurzel des Problems. Auch das ist eine bisher

durch die Geschichte nicht widerlegte Erfahrungstatsache, daß jede im Wege des Staatsstreichs begründete Herrschaft sich längere Zeit nur mit dem wachsenden Konsensus der Beherrschten halten kann. Man würde die Entstehung der Diktatur Mussolinis mißverstehen, wenn man die Tatsache außer acht ließe, daß bereits der Marsch auf Rom von einer weit über den faschistischen Anhang hinausgehenden Zahl von Italienern gebilligt worden ist; und daß das Parlament, zu dessen Sturz er aufgebrochen war, ihm mit überwältigender Mehrheit die Vollmachten übertrug, auf denen letzten Endes heute noch juristisch seine Macht beruht, ist sicher auch nicht nur auf Feigheit zurückzuführen, sondern darauf, daß man von dem höheren Wert des Systems oder jedenfalls von der Bedeutung der Persönlichkeit des neuen Ministerpräsidenten überzeugt war.

Uns aber fehlen die Voraussetzungen eines Konsensus für irgendein neues System vollständig. Woran das liegt, das ist nicht so einfach zu sagen. Aber so viel ist sicher, daß bevor nicht dieser Mangel beseitigt ist, wir niemals eine Methode finden werden, auf friedlichem Wege zu einer Erneuerung unseres Volkes zu kommen, wieder zu einer Nation zu werden.

Wenn man mit jungen unzufriedenen Deutschen über das Problem unserer Erneuerung spricht, so findet man meistens sehr rasch eine Zustimmung zu dem, was man gern anders sehen möchte. Vor allem

aber dazu, daß es überhaupt anders sein sollte. Aber vielfach täuscht man sich wegen der stark entwickelten Neigung, in allem, was mit Politik zu tun hat, den Dingen nicht auf den Grund zu gehen, darüber, daß sowohl in bezug auf die Mittel, die anzuwenden wären, wie auch in bezug auf das, was geändert werden müßte, eine Übereinstimmung gar nicht vorhanden ist. Insbesondere findet man selten eine Klarheit darüber, was auf jeden Fall aus unserer Vergangenheit nicht wieder hergestellt werden darf. Denn daß Erneuerung nicht Restauration sein kann, ist den wenigsten klar. Das aber müssen wir von vornherein deutlich aussprechen. Eine Erneuerung Deutschlands auf dem Wege der Restauration ist nicht möglich und auch nicht wünschenswert. Denn die Ursachen unseres Elends liegen zum Teil bereits in der Vergangenheit. Und wenn wir uns nicht darüber einigen, was wir nicht wollen, werden wir auch nicht die Kraft zum Wiederaufbau besitzen.

Es handelt sich also darum, zunächst festzustellen, welches die Gründe für unsere allgemein als unbefriedigend empfundene Situation sind, und, bevor man zeigt, welches die Wege der Erneuerung sein können, geradezu einen Katechismus dessen aufzustellen, was nicht sein darf.

Der eigentliche Grund dafür, daß wir keine Nation sind, ist in unserer gesellschaftlichen Zersplitterung zu erblicken. Ein Einigsein in allen Grundfragen des Staates, das ein Volk erst zu einer Nation macht, setzt voraus, daß unter den Staatsangehörigen selber

eine Aussprache stattfindet, die nicht allein durch Parlamentsdebatten ihrer Repräsentanten oder durch eine Stimmabgabe an ein und demselben Tage, jeder für sich, mit möglichst großer Sicherung des Stimmgeheimnisses, ersetzt werden kann. Diese Aussprache ist aber bei uns nicht möglich, weil wir in viele gesellschaftliche Gruppen und Grüppchen gespalten sind, deren Angehörige höchstens untereinander, selten aber mit Angehörigen einer anderen Gruppe „verkehren". Ich setze das Wort verkehren in Anführungszeichen, weil es mir besonders charakteristisch zu sein scheint für das Problem, um das es sich hier handelt. Man braucht nur von dem gesellschaftlichen Verkehr zu sprechen, so weiß jeder, um welche außerordentlich bedeutungsvolle Angelegenheit für das Leben jedenfalls aller Menschen, die nicht zur handarbeitenden Bevölkerung gehören, es sich hier handelt. Das Wort Gesellschaft ist dabei selbstverständlich nicht im Sinne von société, sondern von monde zu verstehen. Daher ist auch gesellschaftlicher Verkehr bezeichnender für das, was hier gemeint ist, wie das gesellschaftliche Milieu der französischen Nationalökonomie. Was dieser „gesellschaftliche Verkehr" in einzelnen Gruppen für eine Spaltung der Gesellschaft des ganzen Volkes mit sich bringt, braucht nicht durch eine Aufzählung der einzelnen „Gesellschaften" erörtert zu werden, es wäre auch nicht ganz leicht, auch nur den größeren Teil aller dieser Gruppen zu erfassen. Es genügt wohl darauf hinzuweisen, daß

selbst die sogenannten akademischen Berufsstände dieser gesellschaftlichen Gruppenbildung in sehr starkem Maße unterliegen, daß zwischen einem Oberlehrer und einem Hochschullehrer z. B. eine gesellschaftliche Kluft vorhanden ist, von den Beziehungen dieser beiden zu einem Elementarschullehrer ganz zu schweigen, daß in Preußen sogar Gerichtsjuristen und Regierungsjuristen verschiedene gesellschaftliche Gruppen bilden, und daß selbst die Tätigkeit der Männer an ein und derselben Behörde nicht imstande ist, diese Gegensätze auszugleichen. Denn mit dem „Techniker" an einer Regierung, d. h. den Schulräten, Gewerberäten, Medizinalräten, Bauräten „verkehrt" man eigentlich nicht. Sie sieht man „gesellschaftlich" nur auf einem Bierabend des Präsidenten oder auf dem früheren obligaten Regierungsball, und im Zivilkasino sitzt man an getrennten Tischen.

Diese gesellschaftliche Spaltung schließt sich also keineswegs der früheren ständischen Gliederung an, obwohl nicht bestritten werden soll, daß auch zwischen dem Adel und den bürgerlichen Gruppen vielfach noch eine Kluft besteht, daß auch der Adel eine Gruppe für sich bildet, wenn auch diese sich je nach den wirtschaftlichen Umständen mit anderen Gruppen überschneidet, insbesondere sich auch bei uns eine Gruppe der upper ten thousands immer schärfer von anderen Gruppen abhebt. Eine besondere Note wird in diese soziale Schichtung durch Rassen- und Religionsgegensätze hineinge-

bracht. Aber auch hier zeigt sich die Kraft der gesellschaftlichen Schichtung. Auch die Juden zerfallen, soweit sie nicht in die anderen Gruppen aufgenommen sind, in für den Fernerstehenden vielleicht nicht erkennbare, aber zweifellos vorhandene Gruppen. Auch der katholische Adel „verkehrt" meist nur unter sich. Dagegen sind diese Gruppen untereinander näher gerückt. Unter den Katholiken sowohl wie unter den Juden sind die „gesellschaftlichen" Gegensätze viel geringer, wie unter der übrigen Bevölkerung. Die gemeinsame Kampfstellung hat hier viel zum Ausgleich der Gegensätze beigetragen, in der katholischen Bevölkerung wohl auch die Tatsache, daß die hier gesellschaftlich führende Gruppe, „der Klerus", sich seit langem aus allen „gesellschaftlichen" Schichten zusammensetzt.

Nicht nur aus dem Katholizismus zu erklären ist es, wenngleich dieser sicher stark zur Erhaltung dieses Zustandes beigetragen hat, daß diese scharfe „gesellschaftliche" Schichtung und Trennung hauptsächlich ein norddeutsches Problem ist, das in Süddeutschland und im Rheinland zwar vorhanden ist, aber keineswegs die gleiche Bedeutung hat, wie in Norddeutschland.

Das charakteristische und gleichzeitig nicht nur unerfreuliche, sondern auch gefährliche an dieser ganzen Entwicklung, ist der Glaube, daß die einzelnen Gruppen der Bevölkerung „gesellschaftlich" verschieden zu bewerten sind. Der Verwaltung an-

zugehören, ist vornehmer, ist „feiner“, wie im Justizdienste zu sein, es ist „feiner“, Großkaufmann zu sein, wie einen offenen Laden zu haben, es ist „feiner“, praktischer Arzt zu sein, wie Zahnarzt, ein mittlerer Angestellter irgendeines Bankhauses, wie Bäckermeister, Wohlfahrtspflegerin, wie Kinderschwester, jede noch so mechanische Schreibarbeit feiner, wie jede körperliche Arbeit. Und diese „gesellschaftliche“ Höherbewertung der einzelnen Gruppen und ihre „gesellschaftliche“ Rangordnung hat dazu geführt, daß die große Mehrzahl in ihrem Berufe nicht zufrieden ist, sondern, um in einen gesellschaftlich gehobeneren „Verkehr“ zu geraten, danach strebt, einen „höheren“ Beruf, wie den des Vaters zu ergreifen. Die Söhne von Lehrern wollen Juristen werden, die Söhne von Großkaufleuten und Industriellen Diplomaten, vor dem Kriege Offiziere, die Söhne von Handwerkern und Bauern Oberlehrer usw. Nicht Begabung und Neigung, sondern lediglich der Wunsch, in einen „gesellschaftlich höheren Verkehr“ aufzusteigen, ist für die Mehrzahl bei der Berufswahl ausschlaggebend.

Mit darauf zurückzuführen, ist der ungeheuere Andrang zum Hochschulstudium. An und für sich würde die durch die Hochschule vermittelte allgemeine Bildung den jungen Bauern und Handwerkersöhnen nichts schaden, wenn sie, soweit sie nicht besonderes Talent zu einem anderen Beruf haben, in den Beruf ihres Vaters wieder zurückkehrten, aber in der Regel verdirbt sie bereits

die Universität „gesellschaftlich“ dafür. Wie unsinnig diese Verhältnisse sind, geht daraus hervor, daß z. B. in Berlin große altangesehene, gutgehende Handwerksbetriebe, die ihrem Inhaber ein mehrfaches eines Beamtengehaltes abwerfen würden, verwaisen, weil die Söhne unbedingt in einen „höheren Beruf“ hinein, „Studierte“ werden müssen. Und ist man erst einmal in einen solchen hineingelangt, so sucht man seine Herkunft ebenso zu verleugnen, wie die getaufte jüdische Familie vielfach ihre jüdische Abkunft und der Abkömmling einer junggeadelten Familie den Schandfleck einer nicht „geborenen“ Großmutter zu vertuschen sucht.

Den Ursachen dieser merkwürdigen Entwicklung nachzugehen, ist nicht leicht. Sie sind auch gegenüber der bedauerlichen Tatsache ihrer Existenz verhältnismäßig gleichgültig. Sie hat wahrscheinlich mit der alten ständischen Gliederung nichts zu tun. Vermutlich reichen ihre Anfänge in den Beamten- und Offiziersstaat Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. mit seiner scharfen berufsständischen Gliederung zurück, von der dann die Höherbewertung des Offizierstandes, der zunächst dem Adel reserviert bleiben sollte, ausgegangen ist. Nachdem nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht dieses Prinzip durchbrochen worden war, bildeten sich dann die gesellschaftlichen Unterschiede in der Armee selbst heraus, die Differenzierung zwischen vornehmeren und weniger vornehmen Regimentern, die Bevorzugung der Garde, der Kavallerie. Daß

diese Differenzierung vielfach auf die Reserveoffiziere übertragen wurde, und sich dann im Verbindungsstudententum durch die Unterscheidung von Korps, Burschenschaften und Landsmannschaften und ihre sehr verschiedene Bewertung diese Differenzierung auch auf die Universität und damit auch, wegen des sehr natürlicherweise über die Studentenzeit hinaus bleibenden Zusammenhangs der Alten Herren untereinander, auch auf die akademischen Berufe übertrug, hat dann zweifellos zu der ungeheueren, unsere ganze nicht handarbeitende Bevölkerung bestimmenden gesellschaftlichen Schichtung beigetragen. Denn, was an den Universitäten begonnen war, wurde von den übrigen Hochschulen übernommen und selbst an Fachschulen minderen Ranges bis zur Karrikatur nachgemacht.

Nun will ich keineswegs behaupten, daß, wie vielfach in der Presse behauptet worden ist, ohne die Angehörigkeit zu bestimmten Korps oder Regimentern eine Aufnahme in die Verwaltung in Preußen nicht möglich war, bin ich doch selber ohne Korpsstudent und Reserveoffizier gewesen zu sein, noch unter dem ancien régime in den höheren Verwaltungsdienst als Regierungsreferendar übernommen worden. Und auch die Zugehörigkeit zu einer „guten" Familie ist nicht immer erforderlich gewesen, gab es doch hohe Offiziere in der Armee, deren Väter aus dem Unteroffizierstand, und höchste Beamte, deren Väter aus dem mittleren Beamtentum hervorgegangen waren. Aber es ist nicht zu leugnen,

daß es in anderen Fällen auch anders war. Die Personalauswahl wird, da niemals nur Examina allein entscheiden können, wo es sich um die Auswahl für Berufe handelt, bei denen auch die ganze Persönlichkeit etwas bedeutet, immer in den Händen von Menschen liegen, die sich ihr Urteil unter dem Einfluß der Sphäre bilden, in der sie selber aufgewachsen sind. Das wird sie, wenn sie noch so objektiv sein wollen, dazu verführen, die Auswahl auch aus ihrer Sphäre, aus ihrem Bekanntenkreis, zu treffen. Da ist es natürlich, daß Regiments- und Universitätsbeziehungen eine Rolle gespielt haben. Viel entscheidender war es aber, daß die jungen Leute vielfach diese Verbindungen gesucht haben, um später weiterzukommen. Das Verbindungsstudententum hat sehr viel gute Seiten. Es kann sehr nützlich für die Erziehung der jungen Leute sein. Aber dieses Streben nach der guten Karriere ist es, das das ganze System diskreditiert hat.

Was aber am meisten zu bedauern, und meines Erachtens eine auf Deutschland beschränkte Erscheinung ist, während wir Cliquenwesen bei der Beamtenauswahl auch bei anderen Nationen finden, das ist die Überheblichkeit der „höheren“ Gruppe, insbesondere der in sie Aufgenommenen gegenüber der niederen, und die Unsicherheit, der Neid und die Begehrlichkeit der niederen gegenüber der höheren. In keinem Lande der Welt hat eine Rangordnung bis ins 20. Jahrhundert eine größere Rolle gespielt wie bei uns, das richtige Sitzen bei offi-

ziellen Anlässen, der Vortritt bei der Tür. Ja glaubt man, daß das etwa in der Republik verschwunden sei? Schon im Jahre 1919 hielten es sogar sozialdemokratische Minister für unerläßlich, nach ihrem Rücktritt sich als Reichsminister a. D. zu bezeichnen, wenn sie Artikel im „8 Uhr Abendblatt' veröffentlichten. Selbst unter Gelehrten gibt es eine Rangordnung, die sich nicht nach der wissenschaftlichen Bewertung richtet. Es soll auch heute noch, sogar sogenannte demokratische, Fakultäten geben, in denen verdienstvolle Extraordinarien von wissenschaftlichem Rang nicht dazu zu bewegen sind, vor einem verdienstlosen fünfzehn Jahre jüngeren Ordinarius als erster durch die Tür zu gehen. Und das komischste an dem Empfang Aman Ullahs in Berlin war nicht, daß man, um das republikanische Zeremoniell beim Empfang eines Königs zu studieren, einen Ministerialrat nach Paris entsenden mußte, nicht die zum großen Teil doch mißglückte Jagd nach dem Orden aus Blech, sondern die verletzten Mienen derjenigen Beamten, die bei der Galaoper im Opernhause sich nicht ihrem Range entsprechend gesetzt glaubten. A propos Orden. Wir müssen, jedenfalls in den höheren Schichten, unendlich viele Samariter haben. Denn es ist ein reichlicher Ordensregen, den das Rote Kreuz mit seinem Ersatz für den staatlichen Orden herabregnen läßt. Man muß nur gelegentlich einmal die Veröffentlichungen in der Kreuzzeitung an derselben Stelle, an der früher die Verleihungen des Kronen- und Roten Adlerordens

publiziert wurden, vergleichen. Der bekannte Witz von dem Oberlandesgerichtspräsidenten, der träumte, es sei ihm ein besonderes Glück widerfahren, da er glaubte, zum Regierungsreferendar ernannt worden zu sein, muß allerdings unter die historischen Witze eingereiht werden, da es keine Regierungsreferendare mehr gibt. Daß dieser Witz, den man übrigens ebensogut von anderen Berufen erzählen könnte, sehr treffend war, kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Ich entsinne mich noch gut der Entrüstung eines in die höhere Verwaltung übernommenen Gerichtsassessors an unserem Regierungstisch, als der damalige Landgerichtspräsident und Landtagsabgeordnete v. Campe, als Symbol quasi einer Verwaltungsreform, zum Regierungspräsidenten ernannt worden war. Aber bezeichnend ist die Geschichte für das, was den feineren Gruppen zugetraut wurde. Dieses feiner, vornehmer sein auf der einen Seite, dieses sich nicht geachtet fühlen auf der anderen Seite hat dazu geführt, daß jede ehrliche Aussprache unter den einzelnen Gruppen erschwert wurde.

Am schlimmsten ist es aber, daß diese Überheblichkeit der „höheren" Stände auch die erste Ursache für den verhängnisvollen Riß zwischen diesen und der gesamten übrigen Bevölkerung ist, wozu die ökonomischen Gegensätze meines Erachtens erst als ein zweites hinzugekommen sind. Jedenfalls ist es auffallend, daß die kommunistische Bewegung am schwächsten gerade in den Ländern ist, in denen die

gesellschaftlichen Gegensätze nicht in dem Maße bestehen, wie bei uns. Selbstverständlich sieht der Arbeiter nicht die Unterschiede unter den höheren Ständen, er sieht die ganze bürgerliche Gesellschaft als eine Einheit sich ihm gegenüber weit überlegen fühlender Menschen, wozu, zu Beginn der sozialen Bewegung, vielfach zweifellos wirtschaftliche Ausnutzung durch den Unternehmer, später vor allem die allzu militärische Behandlung in den Betrieben durch die, in vieler Beziehung so tüchtige, was die Menschenbehandlung anbelangt aber vielfach aus den gleichen Gründen (Hinaufkommen aus einer niederen Schicht) versagende Unteroffizier-Werkmeisterschicht, und dann der Ausschluß vom Wahlrecht zugunsten der Besitzenden, wesentlich beigetragen haben dürften. Die Unterschiede des Besitzes und der Bildung würde der Arbeiter vielleicht ertragen, wenn er das Gefühl hätte, von dem Besitzenden und höher Gebildeten in allem sonst menschlichen wirklich ehrlich als Gleichstehender, als Mitmensch betrachtet und behandelt zu werden. Hier fällt mir eine Schilderung ein, die ein Führer des französischen Radikalismus von einem Schuster gibt, der philosophiert, während er das Leder hämmert. Er erwartet nicht, daß man ihm Renten gibt, er will gern arbeiten und seine acht Kinder aufziehen. Er weiß auch, daß es Reiche geben muß, „mais je ne veux pas, qu'ils se disent les maîtres". Er hängt von seinen Kunden ab. Das weiß er, aber sie dürfen ihn das nicht spüren lassen. „Ce n'est pas l'égalité des for-

tunes qui me paraît être la première justice, c'est l'égalité dans le ton et les manières, et la liberté des opinions. Je veux des égards, enfin." Der Glaube des Arbeiters, daß er ausgebeutet wird, ist begreiflich einer Klasse von Menschen gegenüber, mit denen er keine Berührung hat, die ihn vor allem nicht in allen Dingen, die der Nation gemeinsam sind, als gleichberechtigt behandeln. Man beobachte sich selber und seinen näheren Bekanntenkreis, finden wir immer selbst bei gutem Willen den richtigen Ton, wenn wir mit Menschen, die nicht in unserer Sphäre leben, zusammenkommen? Dabei will ich gar nicht behaupten, daß den meisten Menschen dieses „soziale Gefühl" fehlt. Sicher gibt es viele, die sich die größte Mühe geben und doch entweder, weil sie gegen das vorhandene Mißtrauen nicht ankommen, vielfach aber, weil sie die innere Bescheidenheit gegenüber dem einfachen Mann nicht aufbringen, versagen. Wie hat der Oberst v. Reuter in Zabern seinerzeit daneben gegriffen, als er, sicher in der besten Absicht, den Arbeitern „Morgen, Wackes" zurief! Wie greifen die Hausfrauen daneben, die ihren Hausangestellten, wenn sie sie auch mit Fräulein anreden, dabei eine schlechtere Kost geben, wie die, die auf ihren eigenen Tisch kommt, und ihnen, wenn überhaupt, höchstens acht Tage Urlaub im Jahr bewilligen! Wie sehr der Majoratsherr, der bei der Taufe seines Stammhalters, nachdem die ganze Familie aus Anlaß des freudigen Ereignisses Sekt getrunken hat, dem

alten Diener auch eine Flasche spendiert, ihn aber zwingt, diese vor der ganzen Tischgesellschaft in einem Zuge auf das Wohl des jungen Herrn zu trinken! Man sage mir nicht, daß in den östlichen Provinzen Preußens das Volk eine andere Behandlung nicht verstehen würde, daß man als Gutsherr nicht respektiert werden würde, wenn man sich nicht den Rock oder die Hände küssen ließe. Ich bin überzeugt, daß man mit seinen „Leuten" viel besser auskommt, wenn man sich diese Ehrfurchtsbezeugungen sehr energisch verbittet. Dann kann man ruhig vor ihnen von seinen Leuten sprechen. Aber „meine lieben Leute" darf man nicht sagen und ihnen im schriftlichen Verkehr die Anrede Herr nicht versagen. Man muß nur einmal unter Arbeitern in der Kaserne gelegen haben, um zu wissen, daß sie das ärgert; sie haben in diesen menschlichen Dingen das gleiche „Feingefühl", wie wir. Auch wir empfinden es als unfein oder aufdringlich, wenn jemand zu uns „mein lieber Herr" oder „mein liebes gnädiges Fräulein" sagt. Wenn aber schon Menschen mit einer alten Kultur in diesen Dingen daneben greifen, um wieviel mehr sündigen die Emporgekommenen, die Halbgebildeten in all den Gruppen, die die sogenannte bürgerliche Gesellschaft bilden. Denn das muß betont werden. Es ist nicht der Adel etwa, der auf diesem Gebiete am meisten anstößt. Fehlt ihm auch vielfach, vielleicht trotz gutem Willen, die richtige Einstellung zum Arbeiter als Mensch zu Mensch, so hat er doch aus seinem

ständischem Bewußtsein heraus ein Gefühl für den Wert, für die Ehre anderer Stände. Am schlimmsten sind die Emporgekommenen, die aus niederen Schichten aufgestiegen, glauben, vornehm zu sein, wenn sie Menschen einer Gruppe, die ihnen früher nahestanden, schlecht behandeln. Ihre Einstellung entbehrt jeder Moral und ist, weil sie die große Masse bilden, viel gefährlicher. Sehr bezeichnend für die verschiedene Einstellung ist die Episode, die Gottfried Keller in seinem Grünen Heinrich erzählt und die offenbar auf ein Erlebnis in seiner Jugend zurückgeht, wie er jenseits der schweizerischen Grenze auf bayerischem Gebiet in ein Wirtshaus kommt, und ihm dort mit groben Worten die Mütze vom Kopf gerissen wird, weil er es sich unterstanden hat, im Beisein bayerischer Beamten seine Kopfbedeckung nicht abzunehmen, und es dann der Graf ist, dessen Bekanntschaft er auf der Reise gemacht hat, der ihn vor weiterer Belästigung rettet.

So kommt es, daß neben den Wohlhabenden, die durch ihr besseres Leben auffallen, die Beamten, die „akademisches Bier getrunken haben", vielfach vom Volke nicht nur beneidet, sondern auch gehaßt werden.

Wie soll, wenn es so an wirklich nahen Beziehungen von Mensch zu Mensch unter den verschiedenen Schichten der Bevölkerung fehlt, eine Aussprache über die großen gemeinsamen, die ganze Nation berührenden, Angelegenheiten möglich

sein, wie soll es überhaupt gelingen, eine Nation zu werden?

Nun ist es gewiß richtig, daß diese „gesellschaftlichen" Gegensätze unter der nicht handarbeitenden Bevölkerung vielfach durch eine gemeinsame Auffassung über unsere nationalen Fragen überwunden worden sind. Gemeinsame Organisationen wie der Deutsche Schulverein, der Deutsche Flottenverein, der Deutsche Kolonialverein, vielleicht auch der Alldeutsche Verband, haben sicher viele in nationalen Fragen zusammengeführt. Allein hier wird man schon ein Fragezeichen machen müssen, ob angesichts der vielen nationalen Verbände und der scharfen Gegensätze zwischen dem wohlhabenden und dem durch die Inflation verarmten Teil der nicht handarbeitenden Bevölkerung diese gemeinsamen Bande nach dem Kriege tatsächlich noch vorhanden sind. Wie weit die gemeinsamen Ideale all dieser Organisationen überhaupt imstande waren, uns zu einer echten Nation zu machen, das ist eine Frage, die erst noch einer Untersuchung bedarf.

Was aber jedenfalls nicht vorhanden ist, das ist ein gemeinsames die bürgerliche und die handarbeitende Bevölkerung in gleicher Weise umschließendes Band. Vielleicht haben die Kriegervereine eine Zeitlang einen Ersatz gebildet. Aber abgesehen davon, daß wir vor einer ganz neuen Periode stehen, in der unsere Jugend keine gemeinsamen militärischen Erinnerungen mehr zusammenhalten, ist es überhaupt

sehr die Frage, ob die Kriegervereine nicht im wesentlichen gehalten wurden durch die vorletzte Generation, die diese gesellschaftlichen Gegensätze, wie sie vorher skizziert worden sind, noch nicht in dem Umfange gekannt hat, wie die Generation vor dem Kriege.

Nun wird man sagen, daß ich reichlich schwarz gemalt habe, und daß über alle gesellschaftlichen Gegensätze hinweg die Nation sich in allen großen Fragen doch gefunden hat. Ich kann das nicht gelten lassen, bis auf die Bewährung der Nation im Kriege. In keiner großen Frage unserer Politik vor dem Kriege ist unser Volk auch nur annähernd so einig gewesen, wie andere Nationen. Selbst Bismarck ist nur von einem Bruchteil der Nation verstanden worden und, daß er in der inneren Politik so viele Kompromisse schließen, unsere ganze Verfassung auf einem Kompromiß aufbauen mußte, ist doch auch nur auf die Verständnislosigkeit weiteren Zielen gegenüber zurückzuführen. Die Leistung im Kriege kann ich aber als Argument allein nicht gelten lassen. Daß wir die Größe unseres Widerstandes und unsere militärischen Erfolge gegenüber allen anderen Nationen nicht nur der Organisation verdanken, sondern auch einem im Augenblick der Gefahr erwachten Gefühl, daß wir ein Volk sind und bleiben müssen, dieses letzte Zusammenreißen, das alle Pessimisten, die seit Lagarde auf die faulen Stellen in unserem nationalen Aufbau immer wieder hingewiesen haben, erstaunt und begeistert hat, soll

von mir keineswegs geleugnet werden. Es wird hoffentlich im Augenblick der Gefahr immer da sein. Aber es kann uns, die wir für unser Volk höhere Ziele sehen, nicht genügen. Es kann nicht das Ideal unseres Volkes sein, ein aus vielen Teilen bestehender häßlicher Wurm zu sein, der im Augenblick der Gefahr erst zu einem stattlichen Drachen zusammenwächst. Glück und Not sollten uns in derselben Gestalt finden. Aber ich gehe noch weiter. Ich behaupte, daß trotz aller unerhörten Erfolge gegen eine Welt von Feinden wir viel mehr, wir viel größeres hätten noch leisten können, daß wir niemals hätten besiegt werden können, wenn wir wirklich in jeder Beziehung auch vorher schon eine Nation gewesen wären. Vielleicht wäre uns auch der Zusammenbruch erspart geblieben, wenn wir unserem Volke in nationaler Hinsicht mehr zugetraut hätten, und wenn nicht in der langen Zeit des Krieges in der Heimat sowohl wie auch teilweise im Heer unsere „gesellschaftlichen" Gegensätze wieder hervorgetreten wären. Hätte vor allem unsere Regierung das Vertrauen gehabt, uns den vollen Ernst unserer Lage klar zu machen, wie ihn den Engländern und den Franzosen ihre Regierung in gleicher Lage nicht verheimlicht hat, ich glaube nicht, daß wir vor der größten Gefahr im Jahre 1918 so restlos zusammengeklappt wären. Aber hat die Mehrheit von uns wirklich in den letzten Kriegsjahren glauben können, für unsere Erhaltung als Nation zu kämpfen, und nicht vielmehr für phan-

tastische Eroberungen, an die, wie sich hinterher herausgestellt hat, unsere Führer gar nicht geglaubt haben, die wirklich nur zur Hebung der Stimmung nicht widerrufen wurden. Armes Volk, das stärkste der Erde, zu dem man nicht das Zutrauen gehabt hat, es könne durch sich selbst und über sich selbst hinaus groß sein.

2. These:

> Es ist die Aufgabe einer neuen Aristokratie der demokratischen Gesinnung durch Überwindung des Kastengeistes insbesondere in den sogenannten bürgerlichen Schichten das Volk zu einer Nation zu erziehen.

Aber die Klage über Vergangenes nützt nichts. Wir stehen vor den Problemen der Gegenwart. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß wir weiter, denn je, davon entfernt sind, eine Nation zu sein. Wir sind auch offen in zwei Teile gerissen. Auf der einen Seite steht die Mehrheit der nicht handarbeitenden Bevölkerung und der Bauern, die der Arbeiterbevölkerung vorwirft, durch die Revolution unser nationales Elend verschuldet zu haben und weiter jedem nationalen Wiederaufbau im Wege zu sein. Auf der anderen die handarbeitende Bevölkerung, von tiefstem Mißtrauen erfüllt gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft, der sie zu allem anderen noch vorwirft, die Nation in den Krieg getrieben zu haben und aufs neue wieder hineinzutreiben, die eine um die Fahne geschart, unter der wir unter Bismarck überhaupt erst ein Staat geworden sind und unter der wir im Kriege ehrenvoll gekämpft haben, die andere die

Fahne hochhaltend, die einst das Ideal unserer nationalen, aber zugleich demokratischen Erhebung gewesen und nun in ausgesprochenem Gegensatz zu der Gesinnung der bisher herrschenden Schichten zum Symbol des republikanisch-demokratischen Staates geworden ist. Zwei Parteien, zwei Fahnen, im Inlande, wie im Auslande! Keine Nation, kein Symbol, das uns alle zusammenführt! Und dahinter ein weiterer Teil unserer handarbeitenden Bevölkerung, unbefriedigt, wie wir, über die bestehenden Zustände, der das Ganze verlacht und unter der roten Fahne der Sowjetrepublik alles Bestehende zerstören will, um eine neue phantastische Welt wieder aufzubauen. Auch unsere bürgerliche Gesellschaft mehr, denn je, zerrissen, durch die Verarmung weiter Kreise zum Teil in einen, zunächst noch heimlichen, ökonomischen Gegensatz gebracht zu allen denen, die ihr Vermögen zu retten oder neues hinzu zu erwerben imstande waren, in ihren politischen Idealen zwischen Rechts und Links schwankend, nur durch die stärkeren Kriegserinnerungen gegenüber dem „Versagen“ der Linken in internationalen Fragen und durch die „gesellschaftliche“ Tradition noch davor bewahrt, auch politische Proletarier zu werden. In der Verwaltung Anfangserscheinungen einer moralisch korrumpierten Beamtenschaft, die von Kabinett zu Kabinett schwankt, welcher Partei sie sich anschließen soll, da jeder nicht Eingeschriebene oder zur Zeit nicht bei der herrschenden Partei Eingeschriebene verdächtigt wird. Und als Folge da-

von ein Abwandern der Besten, der Aufrechten, aus dem öffentlichen Leben in andere Berufe. Und dann vor uns die Jugend, die in wenigen Jahren für den Aufbau unserer Nation bestimmend sein wird, die das Erlebnis des Krieges nicht mitgemacht hat, die in ganz andere gesellschaftliche Verhältnisse hineingewachsen ist und, soweit sie der handarbeitenden Bevölkerung angehört, auch die große Zeit des gewerkschaftlichen und politischen Aufstieges der Arbeiterschaft nicht miterlebt hat.

Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir von Grund aus neu aufbauen müssen, daß wir uns auf die Erfahrungen der alten Generation, wenn dies für diese vielfach auch hart sein mag, nicht mehr verlassen können. Denn wir stehen einer vollständig veränderten Gesellschaft, einer ganz neuen Jugend gegenüber und wir sind weniger, denn je, eine Nation, sogar alle nationalen Surrogate sind verschwunden.

Worauf es ankommt, das ist, den Grund zu legen für eine Aristokratie, die zu führen imstande ist, eine Aristokratie in einem neuen Sinne, eine Führerschicht, die sich nicht etwas besonderes dünkt, weil sie führt, sondern ihre Führung als Dienst am Volke empfindet, die sich menschlich verbunden fühlt mit jedem unter uns, auch mit Deutschlands ärmstem Sohn, und nichts anderes erstrebt, als ihm zu helfen, die sich nicht über ihn erhebt, weil sie führt, sondern nur führt, weil sie die Begabung dazu in sich fühlt und deswegen die Pflicht hat, sich nicht zu-

rückzuhalten, ihr Talent nicht verkümmern zu lassen. Dieser Grund für eine neue Aristokratie ist zu suchen in erster Linie in der Schicht der bürgerlichen und adligen Jugend, die nicht um der Versorgung und der Karriere willen in einen öffentlichen Beruf eingetreten ist, sondern es gelernt hat, nachzudenken über Staat und Nation und die unser ganzes Volk gemeinsam berührenden Fragen, und den Willen hat, mitzuhelfen, daß wir über uns hinauswachsen. Diese Schicht, die bisher unsere Führer gestellt hat, wird immer noch eine große Mehrzahl unserer Führer hervorbringen müssen. Man würde die wertvollste Kraftquelle für einen Wiederaufbau unseres Volkes verstopfen, wollte man diese durch Geschichte und Tradition erzogene Schicht von der Führerschaft ausschließen. Aber sie wird mit doppelter Freude alle die mit sich vereinigen müssen, die aus der arbeitenden Bevölkerung kommend, sich in gleicher Weise zur Führung sittlich berufen fühlen, gleichgültig, ob sie dabei den üblichen akademischen Weg gegangen sind, oder sich auf andere Weise ihre „Qualifikation" erworben haben, denn wir brauchen Führer, nicht Beamte mit irgendeinem Berechtigungsschein in der Tasche.

Diese Aristokratie hat es als ihre vornehmste Aufgabe anzusehen, unser Volk zu einer Nation zu erziehen. Von der großen Politik werden wir für lange Zeit ausgeschlossen bleiben. Wir sollten darüber nicht klagen und nicht danach streben, dies zu ändern. Alle unsere Versuche, wieder aktive auswär-

tige Politik zu machen, sind bis zur Lächerlichkeit gescheitert, sie werden auch in Zukunft scheitern. Schließen wir uns bewußt von jeder aktiven Politik aus! Natürlich darf eine geringe Aktivität in der auswärtigen Politik nicht zur Würdelosigkeit und Preisgabe unserer weltpolitischen Position führen. Diese muß vielmehr von innen heraus verstärkt werden. Wir brauchen viele Jahre Ruhe, um wieder eine Nation zu werden. Erst, wenn wir dies sind, laßt Eure Kanzler reden, wenn es überhaupt dann noch notwendig ist! Aber eine Nation können wir erst werden, wenn wir in Wahrheit eine Demokratie geworden sind, eine Demokratie, die sich nicht auf die Teilnahme an politischen Akten beschränkt, sondern uns weit darüber hinaus von Mensch zu Mensch verbindet. Es ist die Aufgabe unserer Aristokratie, uns zur Demokratie zu erziehen, zu einer Demokratie, in der sich wirklich alle Kreise des Volkes in Wahrheit verbunden fühlen, die die Spannung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft überwunden und auch sonst jeden Kastengeist verscheucht hat. Die demokratische Gesinnung zu erzeugen und zu verbreiten und uns dadurch wieder zu einer Nation zu machen, das ist das erste, was die neue Aristokratie wird leisten müssen, bevor sie sich neue Aufgaben stellen kann.

Eine Aufgabe, wichtiger zunächst, als die, die für das deutsche Volk von heute richtige Staatsform zu finden, die sich, wie ich fest glaube, von selber bilden wird, wenn wir erst wieder eine Nation sind.

Eine Aufgabe die schwer zu übernehmen ist, da die, die an ihr arbeiten werden, erst spät einen sichtbaren Erfolg vor sich haben werden, da keine äußeren Ehren winken, sondern viel Gegendruck aus Unverstand und Mißverständnis zu erwarten ist. Und doch das Ziel!

3. These:

Nur in der politischen Demokratie ist die Erziehung des Volkes zu einer Nation möglich.

Eine wahrhaft demokratische Gesinnung zu erzeugen, die über das Gebiet politischer Wünsche weit hinausreicht, uns von Mensch zu Mensch verbindet, ist nur in der politischen Demokratie möglich. Von der Notwendigkeit dieses Postulats zu überzeugen, ist nicht leicht. Denn ist nicht gerade zusammen mit dem Parlamentarismus die Demokratie es, die uns nach der Meinung vieler das Verderben gebracht hat, die uns an einer Gesundung hindert, die überhaupt unserem ganzen Wesen fremd, uns vom Westen überkommen, uns aufgepropft ist?

Während des Krieges, der ja durch die Intellektuellen aller Nationen zu einem Krieg der Kulturen gemacht worden ist, haben hervorragende deutsche Gelehrte aus verschiedenen Lagern das Wesen des deutschen Staates im Gegensatz zu den westlichen Demokratien zu entwickeln versucht. Sie haben sich dabei vor allem gegen das Dogma von der politischen Gleichheit als der Grundlage für die Teilnahme der Bürger am politischen Leben und dem

Parlamentarismus als der einzigen Form der Repräsentation des Staates gewandt und demgegenüber die Synthese von Individualismus und Sozialismus in der deutschen Staatsidee und das Bedürfnis nach einer vielgestaltigeren Repräsentation, wie es insbesondere in der von Deutschland ausgegangenen und nur in Deutschland in ihrer wahren Form verwirklichten Form der Selbstverwaltung befriedigt worden ist, hervorgehoben. Sie haben dabei im Gegensatz zu der offiziellen Meinung unserer Linksparteien, die in der Demokratie und dem parlamentarischen System einen Fortschritt erblickten, darauf hingewiesen, daß die deutsche Staatsidee die modernere sei gegenüber der veralteten, seit Rousseau, dem Rationalismus und Liberalismus nicht wesentlich veränderten demokratischen Idee. Obwohl Rousseau meist von den deutschen Kritikern falsch verstanden worden ist, glaube ich allerdings auch, daß die auf den deutschen Juden und konservativen Parteiführer Stahl letzten Endes zurückgehende Kritik des westlichen Liberalismus berechtigt ist und, daß vielleicht Deutschland einmal berufen sein kann, durch eine ganz andersartige Lösung des Problems des Verhältnisses des Individuums zum Staat und zur Gemeinschaft, wie sie die westliche Demokratie gefunden hat, die Welt zu beglücken. Aber diese ganze Erörterung leidet daran, viel zu akademisch zu sein. Was nützt uns die schönste Theorie vom deutschen Staat und die Erkenntnis, daß die Demokratie eine veraltete Staats-

form ist, wenn die Nation das, was das Ideal der Demokratie ist, die politische Gleichheit, entbehrt, ja sich bisher darum betrogen gefühlt hat und daher allen diesen gelehrten Theorien mit Mißtrauen gegenübersteht. Niemand wird an die Aufrichtigkeit unserer demokratischen Gesinnung glauben, wenn wir nicht auf der politischen Demokratie aufzubauen beginnen. Als Politiker müssen wir mit den Realitäten rechnen, und wenn wir unser Volk wieder zu einer Nation machen wollen, können wir nicht damit beginnen, daß wir ihr die politische Demokratie nehmen. Die politische Demokratie, über diesen Satz müssen wir uns einig sein, wenn wir überhaupt an den Wiederaufbau denken, muß die Grundlage unseres Staates sein und bleiben, und zwar nicht eine Demokratie des Verstandes, sondern der Überzeugung und des Herzens. Allerdings gehört dazu, daß wir versuchen, aus der formalen Demokratie eine lebendige zu machen. Eine Demokratie, die nur darin besteht, daß jeder Staatsangehörige von einem bestimmten Alter an mit jedem anderen in gleicher, aber möglichst geheimnisvoller, Weise zur Stimmurne gehen kann, kann uns allein nicht befriedigen. Wichtiger ist die Demokratie der Herzen. Von den drei populären Schlagworten der demokratischen Idee, liberté, égalité, fraternité, stellen wir die Brüderlichkeit allen anderen voran. Nur dann kann die Freiheit und Gleichheit in politischem Sinne uns nützen, wenn wir uns von Mensch zu Mensch verstehen und achten gelernt haben, wenn

wir als Mensche untereinander wirklich gleich sind.

Man hat zur Widerlegung des Gedankens der politischen Gleichheit gesagt, kein Mensch sei mit den gleichen Anlagen geboren, und darum könne auch nicht jeder die gleichen politischen Rechte für sich in Anspruch nehmen. Wir lehnen diese Begründung als zu rationalistisch ab. Bei der Frage der Teilnahme des Volkes an der Politik handelt es sich viel mehr um eine Angelegenheit des Gefühls als des verstandlichen Kalküls. Es gibt keine Staatsform, bei der nicht die Führer politisch erzogen werden müssen, auch der absolute Herrscher bedarf dieser Erziehung. Und in der Demokratie handelt es sich ja gar nicht darum, daß das Volk führen soll. Führen werden immer nur wenige. Aber es soll erzogen werden, die richtige Auswahl unter den Führern und in den letzten großen Fragen der Nation die richtige Entscheidung zu treffen. Hat man doch gesagt, daß das Volk gefühlsmäßig meist das richtige treffe. Warum aber soll der einfache Mann aus dem Volke hierzu nicht ebenso reif sein, wie der, der irgendein Staatsexamen gemacht hat oder als Unternehmer Knöpfe für Damenkleider fabriziert? Wie komme ich dazu, von einem Volke zu verlangen, daß es Leistungen für die Gesamtheit übernimmt, wenn ich ihm nicht zutraue, daß es sich auch Gedanken über die Organisation des Ganzen machen kann?

Sehen wir uns andere Demokratien an und das,

was sie für die Nation geleistet haben. Da liegt uns Deutschen naturgemäß die Schweiz am nächsten.

Man sage nicht, die Schweiz bilde eine Ausnahme. Sie sei ein Unikum unter den Demokratien der Welt, weil sie seit Jahrhunderten schon eine Demokratie gewesen sei. Das ist, wie jeder, der die schweizerische Geschichte kennt, bestätigen wird, nur zu einem sehr kleinen Teil richtig, wie überhaupt die allgemeine Vorstellung von der historischen Freiheit der Schweizer eine Legende ist, die vielleicht in der Zeit der Entstehung der ersten Bünde richtig gewesen ist. Noch im 19. Jahrhundert hat es bekanntlich Untertanenländer gegeben, die politisch ohne Rechte gegenüber dem Herrenland waren, so war ein großer Teil der Schweiz Untertanenland der Stadt Bern, das Veltlin Untertanenland der drei Bünde, und in den herrschenden Städten war ein großer Teil der Bevölkerung zugunsten der regierenden Familien ausgeschlossen. Im Jahre 1823 bestand die Folter noch in Graubünden, und wurde in vielen Kantonen nach der peinlichen Halsgerichtsordnung Karls V. verfahren. Daß beide in Neuenburg 1815 beseitigt wurden, verdankt dieser Teil der Schweiz dem Umstand, daß es zu dem monarchischen Preußen kam, wo sich die Juristen über diese Rückständigkeit entsetzten. Die Untertänigkeit der Bauern ist erst im Jahre 1798 abgeschafft worden. Und seit dem 18. Jahrhundert hatte in den Städten und selbst in den Urkantonen eine Aristokratisierung Platz gegriffen, deren Formen viel-

leicht noch unerfreulicher, wie in Deutschland, waren. Verdankt doch auch die Restauration in Deutschland ihre Theorie einem Berner Patrizier, Karl Ludwig v. Haller, dem die Zustände in seinem Heimatstaat als Vorbild vorgeschwebt haben. Als aber im Laufe des 19. Jahrhunderts, und besonders nach siegreicher Beendigung des Sonderbundkrieges, die Demokratie in der Schweiz das absolute Übergewicht bekam, da hat sich in erstaunlich rascher Weise neben der politischen Demokratisierung eine Demokratisierung der Gesinnung entwickelt. Wenn man die einzelnen Schichten der Bevölkerung der Schweiz studiert, so findet man als Deutscher zu seiner größten Überraschung, daß diese Differenzierung in „gesellschaftliche Kreise" zu einem großen Teil überhaupt nicht existiert und, wo sie existiert, von all den unerfreulichen Begleiterscheinungen, wie ich sie in Deutschland feststellen zu müssen geglaubt habe, frei ist. Man wende mir nicht ein, daß gewisse alte Familien der Schweiz, die aus dem Adel und dem Patriziat stammen, auf ihre Familie vielleicht stolzer sind, wie Familien gleicher Herkunft in Deutschland. Es ist dies sicher richtig. Es ist auch richtig, daß in manchen Städten, z. B. in Basel, diese alten Familien fast ausschließlich untereinander „verkehren". Aber erstens pflegen diese Schweizer Familien ihren Familienstolz dem Deutschen gegenüber besonders hervorzukehren, weil sie wissen, wieviel es in Deutschland bedeutet, aus vornehmer Familie zu sein, und sie ihn darüber be-

lehren wollen, daß die Schweiz, trotzdem sie seit Jahrhunderten eine Republik ist, auch ihre alten Familien hat. Und zweitens ist es meines Erachtens auch für das Problem, auf das es hier ankommt, gar nicht so wichtig, mit wem die Menschen „gesellschaftlich" untereinander verkehren. Niemand kann mir verbieten, aus welchen Menschen ich mir meinen näheren Verkehr bilde, es hat das mit der Demokratie gar nichts zu tun. Bleibe ich dabei in einer Sphäre, die durch gemeinsame Erinnerungen der Geschlechter verbunden ist, und ist dies eine Schicht, die früher zu der herrschenden gehört hat, so ist auch das meine Sache. Es hat auch das mit der Demokratie der Gesinnung noch nichts zu tun, wenn ich auch kaum glaube, daß ein moderner aristokratischer Demokrat sich in seinem näheren Verkehr auf eine Schicht der Gesellschaft überhaupt beschränken wird. Sondern das, worauf es ankommt, ist, daß diese Zugehörigkeit zu den alten Familien keinen Hochmut erzeugt, nicht das Gefühl, besser zu sein, vornehmer sein, wie die anderen, und nun wiederum auf der anderen Seite das Streben erweckt, hinaufzusteigen in diese Schicht, feiner zu werden, und wenn man hinaufgekommen ist, sich als etwas ganz anderes zu fühlen, wie die, die in der Schicht geblieben sind, aus der man aufgestiegen ist. Das, behaupte ich, gibt es in der Schweiz wirklich nicht, und deswegen gibt es auch nicht die unerfreulichen Gegensätze zwischen den Schichten des Bürgertums und der handarbeitenden Bevölkerung

und zwischen den einzelnen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft unterhalb des Adels. Entweder ist die Aristokratisierung der Schweiz im 18. Jahrhundert und im Anfang des 19. Jahrhunderts nur eine Mode des Rokoko gewesen, eine Imitation der Gesellschaft von Versailles, wie wir sie ja auf dem ganzen Kontinent ausgeprägt finden, eine Tünche, unter der sich die alten Verkehrsformen eines vom Lehnswesen verhältnismäßig wenig berührten freien germanischen Staatswesens erhalten hatten, oder die politische Demokratie hat hier wirklich Wunder gewirkt. Diese Aussprache zwischen den Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, die wir bei uns so sehr vermissen, und die eine so notwendige Grundlage für das Einigwerden zu einer Nation ist, ist in der Schweiz tatsächlich vorhanden. Wohin man kommt, überall findet man die Schweizer untereinander — dem Ausländer, dem Hergelaufenen, gegenüber besteht eine für aus Bauern- und Handwerkertum ursprünglich hervorgegangenes Staatswesen sehr charakteristische Zurückhaltung — als Mensch zu Mensch miteinander verkehren. Auch der wirtschaftliche Neid ist relativ geringer. Es gibt allerdings auch keine so krassen Unterschiede in den Vermögen, wie bei uns. Alle Berufe scheinen gleich geachtet und sind in vielen Familien gleichzeitig vertreten. Ein Angehöriger einer alten Bündner Familie, die wiederholt der Armee die höchsten Offiziere gestellt hat, war vor dem Kriege Bäckermeister in Chur, in der Miliz Major, und

als solcher früher zum 1. Garderegiment in Potsdam kommandiert. Und wenn die Kaisermanöver waren, bei denen er meist als Schweizer Offizier dem Militärattaché zugeteilt war, verließ er seinen Backtrog und war, wenn er seine Uniform angezogen hatte, der elegantesten Offiziere einer, vom Kaiser wiederholt zur Tafel gezogen. Wenn man bei uns gewußt hätte, daß dieser Schweizer Aristokrat kurz vorher am Backofen gestanden hatte! Ich bin wiederholt mit jüngeren Angehörigen ganz alter Adelsfamilien zusammen gewesen, die, was Alter und Tradition des Geschlechts anbelangt, sich mit den besten Familien unseres Uradels vergleichen lassen, die mit den größten Familien des Kontinents verwandt und verschwägert und vor allem stolz auf ihre alte Abkunft und die Geschichte ihrer Familien waren, alles, was damit zusammenhing, Familiengeschichte, Heraldik usw. pflegten und die mit Menschen aller Schichten der Bevölkerung im Tone vollkommener Gleichberechtigung verkehrten, denen aber vor allem diese ebenso frei und unbefangen gegenübertraten, obwohl sie ihnen gegenüber nicht nur wirtschaftlich unterlegen waren, sondern auch genau wußten, wen sie vor sich hatten. Denn die Geschichte dieser „großen Hansen", wie sie früher in der Bevölkerung Graubündens genannt wurden, als die Gegensätze noch vorhanden waren, kennt in der Schweiz jedes Kind. Und ich erinnere mich deutlich vieler Gespräche über Deutschland, für das sie zum Teil während des

Krieges in unseren vornehmsten Regimentern gekämpft hatten, ob es wirklich möglich sei, daß es das und das noch gebe. Alles Dinge, die auf dem „gesellschaftlichen“ Gebiete lagen, in denen ich die Grundursache unseres Übels erblicke. So ist es kein Wunder, daß auch die politische Aussprache unter diesen Menschen leichter ist. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Kleinräumigkeit der schweizerischen Demokratie diese Aussprache erleichtert. Vor allem trägt der häufige Gebrauch, der von Referendum und Initiative gemacht wird, dazu bei, die Nation zu politischem Urteil und zur Verantwortung zu erziehen. Die Folge ist, daß bei den meisten Volksentscheidungen, trotzdem natürlich auch hier die Parteien eine hervorragende Rolle spielen, nicht die sklavische Abhängigkeit im Urteil von den Parteien, diese Art von moralischer Parteidisziplin sich findet, die zur Zeit noch unsere Volksabstimmungen beherrscht. Es ist wirklich der Wille des Volkes, nicht der Partei, der hier entscheidend ist.

Trotzdem man sicher nicht Deutschland mit der Schweiz vergleichen kann, die großräumige Demokratie mit der kleinräumigen, so können doch die außerordentlichen Erfolge, die die politische Demokratie für die Erziehung zu einer wahrhaft demokratischen Gesinnung und zu einer Nation in wenigen Jahrzehnten bei dem zum größeren Teil uns stammverwandten Volke gehabt hat, uns nur ermutigen, es auch bei uns mit der Demokratie

ernsthaft zu versuchen. Hinzu kommt, daß in Süddeutschland und im Rheinland, insbesondere aber eigentümlicherweise in Bayern, also gerade in dem Land, das der Einführung der politischen Demokratie bei uns in Deutschland am stärksten widerstrebt, die Grundlagen für eine Demokratie der Gesinnung zum Teil bereits vorhanden sind. Es ist auffallend, in wieviel geringerem Maße die „gesellschaftlichen" Gegensätze in Bayern bestanden haben und noch bestehen im Vergleich mit Norddeutschland, wie auch hier, wenn auch nicht in dem Maße, wie in der Schweiz, die natürliche Aussprache von Mensch zu Mensch durch Unterschiede des Berufs und des gesellschaftlichen Verkehrs nicht so beeinträchtigt wird, wie in Norddeutschland; selbst der Verkehr der königlichen Familie mit dem Volke war durchaus auf einen „demokratischen" Ton gestimmt. Allerdings wird der sorgfältige Beobachter entdecken, daß die tiefere Grundlage bei den niederen Ständen mehr auf einem neidlosen Respekt vor dem Herrn, ähnlich wie in Italien, beruht, dem auf der anderen Seite eine von Hochmut freie natürliche Achtung des Standesfremden entspricht. Immerhin sind hier und auch in Österreich wertvolle Ansätze für eine Demokratie der Gesinnung vorhanden, die auch der häufigen Verwendung von süddeutschen Beamten als Ferment in Norddeutschland ihre politische Rechtfertigung geben.

Ich wiederhole nochmals: das, was uns fehlt, und was zu erringen, wir in erster Linie erstreben

müssen, ist, wirklich als Nation einig zu werden, aus einem Volk damit überhaupt erst eine Nation zu werden. Das für ein modernes Volk von dem Bildungs- und allgemeinen Kulturstand unseres Volkes dafür allein geeignete Mittel ist die Demokratisierung der Gesinnung. Das bedeutet an sich noch nicht das Festhalten an der politischen Demokratie. Ich halte es durchaus für möglich, daß die Demokratisierung der Gesinnung auch ohne die Hauptformen der politischen Demokratie bestehen kann. Mit einem der Gesinnung nach demokratisierten Volke ließe sich vorübergehend jedenfalls auch absolutistisch regieren. Immerhin bedarf es hierzu einer ungewöhnlichen Persönlichkeit, die es versteht, diese demokratische Gesinnung ständig wachzuhalten, ein Problem, an dem vielleicht der Faschismus einmal scheitern kann. Eine dauerhaftere Grundlage für die Erhaltung dieser demokratischen Gesinnung ist aber zweifellos die politische Demokratie. Für unser Volk ist sie zurzeit als Grundlage der Demokratisierung der Gesinnung unentbehrlich. Solange nicht das Mißtrauen geschwunden ist, daß nicht alle Schichten des Volkes als gleichberechtigt anerkannt werden, daß sie weiter von oben her regiert werden sollen, ist für uns die politische Demokratie unentbehrlich. Realpolitisch gesehen, würde sich, und zwar wiederum aus dem gleichen Grunde, keine andere Regierungsform auf die Dauer halten können. Auch die faschistische Herrschaft, die bei uns aus den vorher angeführten Gründen unmög-

lich wäre, ist im Grunde nicht so undemokratisch, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte, da das Geheimnis der siegreichen Partei gerade darin besteht, daß in ihr die Demokratie der Gesinnung, und nicht nur dieser, das Bindemittel für den Zusammenhalt bildet und, da die Partei den Staat ersetzen soll, auch für den Staat. Die politische Demokratie ist also nicht wegen der rationalistischen Begründung ihres Aufbaues, die sie vielfach gefunden hat, anzustreben, sondern weil sie den Staatsangehörigen, die nicht unmittelbar an der Regierung teilhaben, das Gefühl wirklicher gleichberechtigter Anteilnahme an der Berufung der Regierung und größerer Sicherheit, daß die Regierung für das Volk geführt wird, gibt.

Obgleich ich, wie aus den vorhergehenden Ausführungen sich ergibt, die Notwendigkeit, eine politische Demokratie in Deutschland zu haben, hauptsächlich mit ihrer erzieherischen Bedeutung für die Verwirklichung der Nation begründe, möchte ich doch eine rationalistische Begründung der politischen Demokratie nicht ablehnen. Denn eine rationalistische Begründung politischer Staatsformen ist schlechterdings nicht zu entbehren. Da die Einrichtung der Staatsverfassung nicht in das Gebiet ausschließlich gefühlsmäßig empfundener Werte gehört, sondern immer, wenn wir dem Staat nicht den höchsten Rang unter den sittlichen Werten einräumen, in hervorragendem Maße auch von dem Problem der Zweckmäßigkeit beherrscht wird, so

ist eine rationalistische Begründung der Staatsform unentbehrlich. Trotzdem ist die Kritik gegenüber den Übertreibungen des Rationalismus in der Staatslehre berechtigt und die Hervorhebung nicht rationalistischer Betrachtungsweisen notwendig. Jede ausschließlich arationalistische Begrünudng einer politischen Staatsform ist heute unmöglich, weil sie die Möglichkeit eines größeren Mißbrauchs der Herrschaft, als bei der Staatsform der politischen Demokratie, zuläßt, ja vielleicht verdeckt. Auch eine absolutistische oder aristokratische Herrschaftsform ist, wenn sie überhaupt möglich ist, heute nur erträglich, wenn ihr Mandatscharakter feststeht. Mit der immerhin relativ vorhandenen politischen Reife des normalen einzelnen Staatsangehörigen würde eine andere Auffassung sich nicht vereinigen lassen. Niemand begnügt sich heute mit einer ästhetischen oder mystischen Begründung der Staatsform. Theologen und Ästheten, die anderer Meinung sind, sind nicht entscheidend. Daher kann die romantische Staatslehre des Dichters Novalis nur noch literarisches Interesse erwecken, aber auch die im Grunde, wenn man sie ihres theologischen Charakters entkleidet, so moderne Staatslehre Friedrich Julius Stahls, die das Problem der Synthese von Individuum und Gemeinschaft in den Vordergrund stellt, kann nur noch ideengeschichtliche Bedeutung beanspruchen, weil sie zwar im Grunde den realen Boden nicht ganz verläßt, aber ihn in Elementen sucht, mit denen wir heute einen

Staat, in dem die ganze Nation einig sein soll, nicht mehr aufbauen können. Charakteristischerweise hat ja auch in der Praxis der Katholizismus seine Staatslehre sehr stark auf rationalistischem Grunde wieder aufgebaut.

4. These:

Die Republik ist nicht die einzig mögliche Staatsform in der politischen Demokratie. Die erbliche Monarchie ist, wenn die historische Kontinuität einmal abgerissen ist, nicht wiederherstellbar.

Die Frage, ob für das neue Deutschland, an dessen Aufbau wir arbeiten wollen, die Republik oder die Monarchie die geeignete Staatsform ist, ist auch von einem rationalistischen Standpunkt aus allein nicht zu entscheiden. Die Republik ist nicht die einzige mögliche Staatsform in der politischen Demokratie. Es gibt fast ebensoviel Demokratien mit monarchischer wie mit republikanischer Staatsform und es gibt Monarchien, in denen die Beziehungen der Krone sogar zur sozialistischen Partei beinahe freundschaftlich sind. Bezeichnend ist, daß nicht nur ein Politiker von so ausgesprochen demokratischer Gesinnung, wie Friedrich Naumann, von einem deutschen Volkskaisertum geträumt hat, sondern auch Philipp Scheidemann nicht allzu lange vor der Revolution für ein soziales Königtum eingetreten ist. Und in einem kleinen Kreis aufrechter Monarchisten, die vor dem Kriege und während des Krieges an einer Erneuerung der konservativen Partei im Sinne

Friedrich Julius Stahls gearbeitet haben, ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die konservative Partei die moderne Monarchie als ein Symbol für die Synthese von Individualismus und Sozialismus mehr aus Elementen des Sozialismus werde aufbauen müssen, als die abgebrauchten des Konstitutionalismus aus der Zeit des Liberalismus werde auffrischen dürfen.

Aber als Realpolitiker werden wir uns sagen müssen, daß die erbliche Monarchie in unserer Zeit, wenn der Faden der historischen Kontinuität einmal durchgerissen ist, nicht wieder herstellbar ist. Es ist etwas anderes, an einer durch die Geschichte geheiligten Institution festzuhalten, als diese als ein Ideal von neuem zum Allgemeingut zu machen. Das hat uns die Geschichte der französischen Republik zur Evidenz bewiesen. Man wende nicht ein, daß der Deutsche mehr geschichtlichen Sinn habe, wie der Franzose. Auch in Frankreich ist in weiten Kreisen der Sinn für die geschichtliche Größe seiner Könige stark entwickelt, was man sogar in den Revuetheatern zu spüren bekommt. Aber mit der Begeisterung für die großen Zeiten unserer Geschichte und ihrer Kaiser und Könige, die sich mit der hier vertretenen Auffassung von demokratischer Gesinnung durchaus verträgt und für die ihre Aristokratie sich wieder einsetzen muß, ist sie doch auch in heute politisch linksstehenden Kreisen, wie der Blick in jede Zeitung zeigt, latent durchaus vorhanden und wird nur künstlich um der Festigung der neuen Staats-

form willen unterdrückt, hat die Frage der Wiederherstellung der Monarchie nichts zu tun. Man kann für Friedrich den Großen die größte Begeisterung aufbringen und auch Wilhelm II. sehr zu Unrecht als Sündenbock für alle Sünden unserer vorrepublikanischen Epoche behandelt finden, um die Tatsache, daß unser Volk sich nie für einen Prätendenten ohne historische Leistung einsetzen wird, kommen wir nicht herum. Unser Volk ist trotz, ja vielleicht gerade wegen seines historischen Sinns, immer seinen Königen gegenüber sehr kritisch gewesen. Die ungewöhnliche Leistung ist es allein, die es anerkennen würde. Aber, selbst wenn diese bei einem Prätendenten vorliegen würde, würde das noch nicht zur Einführung der erblichen Monarchie genügen. Die Krone ist in unserer neuen Zeit kein Symbol mehr für die Einheit der Nation. Der Fürst und die Fürstin als vorbildliche Familie, wie bei Novalis, oder als Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft, wie die Königliche Hoheit mit der zu seiner Gemahlin erhobenen Dollarprinzessin bei Thomas Mann, bedeuten einem Volk, das das bürgerliche Ideal des 19. Jahrhunderts nicht mehr als erstrebenswert ansieht, nicht mehr genug, um damit die Einführung der erblichen Monarchie zu rechtfertigen. Der Präsident, der durch Arbeit und Leistung, womöglich nach einer schweren Jugend, zur höchsten Würde emporgestiegen ist, wie der amerikanische Präsident Hoover, würde die repräsentativen Bedürfnisse der

deutschen Nation von heute besser befriedigen, womit ich keineswegs behaupten will, daß unser gegenwärtiger Reichspräsident nicht die größte Verehrung genießt. Aber auch hier ist es weniger, daß Hindenburg den Übergang vom alten zum neuen Reich repräsentiert, was ihm so gewaltige Sympathien verschafft hat, sondern seine ungewöhnliche Charakterstärke. In dieser Weise ein einzigartiger Fall! So ist es denn auch sehr charakteristisch, daß alle die, die mit dem gegenwärtigen Zustand in unserem Staatswesen unzufrieden sind und den Parlamentarismus im Parteienstaat bekämpfen, auf der Suche nach einem pouvoir neutre nicht ernstlich an die Monarchie denken, die ihnen mehr ein Symbol ist, das sie von den an dem parlamentarischen Regierungssystem festhaltenden Parteien unterscheidet und ihnen, wie sie glauben, eine größere Anzahl von Anhängern sichert, sondern an ein Präsidentschaftssystem nach amerikanischem Vorbild oder an die Diktatur.

5. These:

Die Diktatur ist in der politischen Demokratie möglich. In der Regel kann sie ihrem Wesen nach nur eine Übergangsform sein. Auch als solche dürfte sie in Deutschland nicht zur Integration des Volkes zur Nation beitragen, da sie hemmend auf die Bildung einer einheitlichen demokratischen Gesinnung des Volkes wirken würde.

Die Diktatur ist zur Zeit die modernste Staatsform, obwohl sie an antike Staatsformen sich anschließt. In der Regel kann sie ihrem Wesen nach nur eine Übergangsform sein, für die Zeiten besonderer Not geschaffen — finden wir doch auch in allen konstitutionellen Systemen in den Bestimmungen über den Ausnahmezustand Anklänge an die Diktatur.

Es ist aber sehr bemerkenswert, daß überall, wo sie heute entstanden ist, sie alsbald mit dem Anspruch auftritt, von der Demokratie getragen zu sein. Das hängt damit zusammen, daß es mit demokratischer Gesinnung, wenn diese ein ganzes Volk durchdringt, wohl verträglich ist, einem Manne, der das besondere Vertrauen für die Leitung des Staates genießt, diese zu übertragen.

Ob vorübergehend oder dauernd, das wird, so

lange die Staatsform eine Republik ist, davon abhängen, in welchem Maße der Diktator das Vertrauen des Volkes genießt. In beiden Fällen kann es sich noch um politische Demokratie handeln. Tritt die Diktatur in der Form auf, daß nicht einem einzelnen, oder einem kleinen Kreis von Personen, einem Direktorium, die Leitung des Staates übertragen wird, sondern eine Partei zur ausschließlichen Herrschaft im Staate gelangt, so kann, jedenfalls wenn dieser Zustand nicht nur für eine kurze Übergangszeit bestehen soll, von einer politischen Demokratie nicht mehr die Rede sein. Ob eine solche Art von Diktatur dazu beitragen kann, die demokratische Gesinnung zu erhalten oder eine neue demokratische Gesinnung zu schaffen, wird davon abhängen, ob es ihr gelungen ist, die Herzen auch ihrer Gegner zu gewinnen. Beide Diktaturen, die eine Partei zur Herrschaft gebracht haben, die bolschewistische und die faschistische, treten mit dem Anspruch auf, Demokratien zu sein, indem sie Wert darauf legen, nach einer Übergangszeit nicht mehr nur die Überzeugung ihrer Partei, sondern der Nation zu vertreten. Die Partei soll den Staat integriert und auf diesem Wege auch die Integration der Nation erreicht haben.

Diese Behauptung muß aber erst bewiesen werden. Dafür wäre erforderlich, daß jeder Zwang beseitigt würde, und das Volk frei durch ein Plebiszit erneut zu entscheiden hätte, ob es den neu geschaffenen Zustand anerkennt. Ohne plebiszitären Cha-

rakter kann die Diktatur nicht den Anspruch erheben, mit einer demokratischen Gesinnung vereinbar zu sein. Ich bin überzeugt, würde Mussolini heute alle neu eingeführten Bindungen des faschistischen Staatsrechts beseitigen und ein Plebiszit veranstalten, das Volk würde ihm mit überwältigender Mehrheit unbeschränkte Vollmachten übertragen. Er würde dann Diktator einer politischen Demokratie sein. Dieser Fall ist allerdings einzigartig unter den Parteidiktaturen, weil in Wahrheit die Parteidiktatur in Italien für die Diktatur in Italien accidentiell, in ihrer Entstehung und vielleicht auch für ihren Bestand ohne die persönliche Diktatur undenkbar ist. Mussolini hätte kurze Zeit nach dem Marsch auf Rom bereits seine Gefolgschaft wieder nach Hause schicken können und wäre doch auf Grund allgemeinen Konsensus Diktator geblieben.

In Wirklichkeit verfolgen denn auch die Parteidiktaturen, wo sie zur Herrschaft gelangt sind, andere Ziele. Sie wollen für den Fall des Abtretens der revolutionären Aristokratie, die sie zum Siege geführt hat, durch eine neue Staatsform einen Dauerzustand herbeiführen, der eine Wiederkehr der Zustände, die sie durch ihre Revolution bekämpft haben, verhindert. Das hat zur Folge, daß sie wegen der Labilität der politischen Demokratie im Grunde ihre Gegner sind und sie durch festere Organisationsformen zum Beispiel durch syndikale zu ersetzen suchen.

Für uns Deutsche bleibt die Frage, was können wir von der Diktatur, die immer wieder als der einzige Ausweg aus unseren Nöten gepriesen wird, erwarten? Sicher nichts gutes. Würde heute bei uns ein Mussolini auftreten, wie er ein Staatsmann, der die Nöte der Zeit sieht, und eine plebiszitäre Diktatur begründen, wir würden sicher gut tun, ihm zu folgen. Aber abgesehen davon, daß wir zur Zeit keinen besitzen, der hemmungslos genug gegenüber seiner Vergangenheit wäre, um das zu tun, was notwendig ist: ich fürchte, das deutsche Volk würde ihm nicht folgen. Warum das nicht geschehen würde, habe ich schon auseinandergesetzt. Weil wir noch keine Nation sind, weil das Mißtrauen gegeneinander in den Kasten zu groß ist, um den Konsensus für die Diktatur zustande zu bringen. Es würde daher nur der Weg über die Parteidiktatur bleiben. Davor aber möge uns Gott bewahren! Abgesehen davon, daß sie uns bei dem vorhandenen Mißtrauen in den weitesten Kreisen des Volkes alle Wege zur Erziehung des Volkes zur Demokratie verbauen würde, würden die bei allen Parteien beklagten Übelstände bei der einen zur Herrschaft berufenen Partei noch krasser hervortreten. Man wende nicht ein, daß diese Partei eine Partei der tadellosen Gesinnung werde sein müssen. Das nützt uns nichts, auch wenn ihre Führer eine Aristokratie der demokratischen Gesinnung bilden würden, wie sie uns als Idealbild vorschwebt, solange das Volk nicht zur Demokratie erzogen ist, würde in der Gefolgschaft

kleinlicher Parteizwist, Strebertum und Korruption nicht zu vermeiden sein. Denn die Partei müßte, wenn sie auch, falls sie auf dem Wege der Gewalt zur Herrschaft gelangt, nicht über die Mehrheit zu verfügen braucht, doch eine starke Minderheitspartei sein müssen. Wie soll es da, solange das Volk nicht zu einer Demokratie der Gesinnung erzogen ist, möglich sein, eine ganze Partei plötzlich als Elite zum Siege zu führen? Es ist ein langer mühsamer Weg, der uns aus den gegenwärtigen Zuständen hinausführen kann. Gefährlich wäre es, die Geduld zu verlieren. Daß eine Diktatur, ohne eine Partei der Gesinnung, bloß auf dem Wege der Gewalt begründet, heute unmöglich ist, braucht wohl nicht besonders erörtert zu werden. Welche Grenzen dieser Art des Staatsstreichs gesteckt sind, das haben wir doch wohl alle am Kapp-Putsch gelernt.

6. These:

Nicht erstrebenswert ist es, das Parteiensystem durch das berufsständische System zu ersetzen, da es die Bildung des Kastengeistes befördern und die Integration des Volkes zu einer Nation verhindern würde.

Vielfach im Zusammenhang mit den Plänen Mussolinis zur Errichtung eines stato corporativo, aber bereits lange vor Mussolini, ist in Deutschland im Anschluß an den Franzosen Benoît der berufsständische Staat als das Allheilmittel zur Beseitigung der bei dem parlamentarischen System und bei dem Parteienstaat beklagten Mißstände gepriesen worden. Die Anhänger dieses Systems haben dabei daran gedacht, die politischen Parteien durch die organisierten Berufsstände zu ersetzen. An die Stelle des bisherigen Parlaments soll ein aus Vertretern der Berufsstände beschicktes Parlament treten, wobei es meist ganz dunkel ist, aus welchen Elementen die Regierung gebildet sein soll. Alle Vorschläge, die von seiten der Anhänger des berufsständischen Gedankens gemacht worden sind, leiden überhaupt an einer bemerkenswerten Unklarheit. Sie beginnt schon gegenüber der Frage, aus welchen Elementen denn eigentlich die Berufsstände aufgebaut werden sollen. Vielfach denkt man offenbar daran, für die verschiedenen in Betracht kommenden Wirtschafts-

gruppen besondere Wahlkörper zu schaffen, die vielleicht noch als Selbstverwaltungskörper öffentliche Aufgaben zu übernehmen hätten, und in diese will man dann, ähnlich wie es ursprünglich beim Reichswirtschaftsrat der Fall war, Unternehmer und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen zusammenfassen. Das würde jedenfalls eine reine Durchführung der dem ganzen System zugrunde liegenden Gedanken bedeuten. Man vergißt aber, daß man auf diesem Wege zu Organisationsgebilden gelangen würde, für deren organische Entstehung zur Zeit noch die wirtschaftlichen und vor allem die psychologischen Voraussetzungen fehlen. Man kann nicht, auch das hat sich beim Reichswirtschaftsrat und bei den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern der von Wissel und Möllendorff inaugurierten Planwirtschaft gezeigt, für ein Repräsentativorgan künstlich einen Unterbau schaffen, der im wirtschaftlichen Leben noch nicht vorhanden ist, zu dem sich allenfalls erst Ansätze zeigen. Man kann nicht Arbeitnehmer und Unternehmer ein und derselben Wirtschaftsgruppe zu einem aktionsfähigen Gebilde zusammenschließen, wenn zwar vielleicht die Unternehmer dieser Gruppe eine lebendige Organisation besitzen, auf der Arbeitnehmerseite aber nur die großen die Arbeiterschaft aller Berufszweige zusammenfassenden Organisationen, wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund, zu einer Zusammenarbeit überhaupt bereit sind. Man hat daher sehr

mit Recht bei dem Aufbau des endgültigen Reichswirtschaftsrats diesen natürlichen Grundlagen für eine Organisation Rechnung getragen. Der Faschismus kann auch hier nicht als Vorbild dienen, weil hier wiederum mehr oder weniger im Wege des Zwanges nur durch den Eintritt in die faschistischen Syndikate die Teilnahme an dem stato corporativo gewährleistet ist. Es ist sehr erfreulich, daß jetzt auch von autoritativer deutschnationaler Seite der Utopie des berufsständischen Staates ohne Berufsstände entgegengetreten worden ist.

Wir müssen aber den berufsständischen Staat nicht nur ablehnen, weil für die reine Durchführung seiner Idee zur Zeit die wirtschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen fehlen. Nehmen wir an, diese wären vorhanden, zum Beispiel der künftige Reichswirtschaftsrat mit seinem nicht nach Berufsgruppen gegliederten, aber alle wirklich in der deutschen Wirtschaft bedeutungsvollen Organisationen umfassenden Unterbau würde geeignet sein, als berufsständisches Parlament zu fungieren, wir müßten trotzdem die Verdrängung des politischen Parlaments durch ein berufsständisches Parlament bekämpfen. Man ist in der Kritik des politischen Parlaments sehr weit gegangen, indem man behauptet hat, daß in allen wichtigen Fragen nicht die Fraktionen der politischen Parteien entscheiden, sondern die wirtschaftlichen Interessengruppen, von denen die Parteien abhängig sind, weil sie ihre Wahlen finanzieren und es durchsetzen, daß ihren

Syndicis oft Mandate gegeben werden.

Man hat dann gesagt, es sei, da man diese Verhältnisse, so wie sie nun einmal geworden seien, nicht ändern könne, besser, den wirtschaftlichen Mächten auch unmittelbar die Verantwortung zu übertragen. Vielfach hat man auch behauptet, daß, da unser ganzes öffentliches Leben heute von der Wirtschaft abhänge, auch aus diesem Grunde der Wirtschaft der Primat in der Politik gebühre. Die Übertragung der politischen Verantwortung an ein aus allen Gruppen der Wirtschaft zusammengesetztes Parlament würde, sagt man weiter, zu einem Ausgleich der verschiedenartigen wirtschaftlichen Interessen führen, zu einer vernünftigen Leitung unserer Wirtschaftspolitik, wenn wirklich die Führer des wirtschaftlichen Lebens auch zu verantwortlicher Führung in der Politik berufen würden.

Gegen diese Argumente läßt sich sehr viel sagen. Ich glaube, an die Spitze den Satz stellen zu müssen, daß die überwiegende Mehrheit unseres Volkes, die sich über politische Dinge überhaupt Gedanken macht, von ganz rechts bis ganz links, den Gedanken ablehnt, daß der Primat in der Politik der Wirtschaft gebühre. Selbst in der Sozialdemokratie, die noch sehr stark in den Gedankengängen des historischen Materialismus befangen ist, die aber doch auf ihre idealistischen Grundlagen sich besinnt, und erst recht bei den anderen Parteien, die irgendwie vom Idealismus herkommen, wird dieser Gedanke heute als zu materialistisch abgelehnt. In der Zeit

der Inflation, als die Aktionsfähigkeit des Staates ihr Minimum erreicht hatte, und die Wirtschaft auch auf das politische Gebiet hinausgreifend aktionsfähig blieb, hat der Gedanke des Primats der Wirtschaft in der Politik eine gewisse Anhängerschaft gehabt. Heute wird man im Gegenteil eine starke Gegnerschaft gegen die Höherbewertung der Wirtschaft feststellen müssen. Ich habe an anderer Stelle gegen die Tendenz, der Wirtschaft jeden höheren Wert abzusprechen und sie daher als Aufbauelement für den Staat überhaupt abzulehnen, angekämpft. Dagegen glaube ich, daß ein Primat der Wirtschaft nur von verhängnisvollen Folgen für unser Volk begleitet sein müßte. Letzten Endes steckt auch gerade in der Kritik des parlamentarischen Systems, die mit der illegalen Beeinflussung durch wirtschaftliche Gruppen begründet wird, die gleiche Abneigung gegen den Primat der Wirtschaft. Es hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben, würde man sich zur Beseitigung dieser Mißstände der Ersetzung des politischen Parlaments durch ein berufsständiges Parlament bedienen. Es sind doch glücklicherweise nicht nur die wirtschaftliche Fragen, die unser ganzes Volk angehen. Soll über diese ein ausschließlich auf einer Vertretung wirtschaftlicher Interessen aufgebautes Parlament entscheiden? Ich glaube nicht, daß wir das Ziel, das uns vorschwebt, zu einer wirklichen Nation durch eine Demokratie der Gesinnung zu gelangen, erreichen können, wenn wir die großen, nicht wirtschaftlichen

Fragen, über die unser Volk sich einigen muß, einer Auseinandersetzung wirtschaftlicher Gruppen überlassen, die es gewohnt sind, rein wirtschaftlich zu denken, die allenfalls im Hinblick auf das gemeinsame Ganze der Nationalwirtschaft ihre eigenen Interessen hinter den gemeinsamen Interessen zurückstellen können, die aber nicht geeignet sind, z. B. über kulturelle Fragen allein zu entscheiden. Es würde das zwangsläufig zu der Forderung nach weiteren Spezialparlamenten führen, die auch nur dazu beitragen müßten, die Teilnahme des Volkes an den Fragen der Kultur zugunsten der Spezialisten verkümmern zu lassen. Das ist aber gerade nicht das, was wir wollen. Wir sind sehr für Spezialistentum, da wo es sich um sachverständige Beratung der Verwaltung handelt, wir sind für eine Ausdehnung der Selbstverwaltung auf den verschiedenen Gebieten des kulturellen Lebens in die Breite sowohl wie in die Tiefe, aber wir sind gegen alles, was dem Volke die Ventile für eine Aussprache über die großen Fragen unserer Nation verstopft, weil wir damit wertvolle Möglichkeiten für die Erziehung unseres Volkes zu einer Nation verbaut sehen.

Dazu kommt, daß wir in der Beseitigung der Parteien, wie es die natürliche Folge des Unterbaus des berufsständischen Parlaments sein müßte, keinen Vorteil, sondern nur Nachteile erblicken. Man kann mit dem gegenwärtigen Parteiensystem nach so unzufrieden sein — und wir sind sehr unzufrieden — ein wertvolles hat jede Partei, die nicht

nur die Vertretung einer wirtschaftlichen Interessentengruppe ist, auch sie kann ein geeigneter Boden für die Aussprache unter den verschiedenen gesellschaftlichen Kasten sein. Die Berufsstände würden aber zwangsläufig, so wie die Verhältnisse zur Zeit sind, zu einer noch schärferen Abgrenzung der einzelnen Kasten führen. Man kann sehr viel zugunsten des Zünftewesens im Mittelalter sagen und zu einer Belebung seiner Grundgedanken in der modernen Zeit. Ihre Verfallszeit, in denen sie zu Kasten geworden waren und gleichzeitig jede gemeinsame Aussprache über die Zunftmauern hinweg fehlte, kann uns nicht als Vorbild dienen. Von ihr uns befreit zu haben, ist ein Verdienst des oft zu Unrecht geschmähten Liberalismus und der großen Staatsmänner der Reformzeit, des Freiherrn vom Stein und des Grafen Hardenberg.

Aber auch in rein wirtschaftlichen Fragen würde es, glaube ich, nicht richtig sein, die letzte Entscheidung einem Wirtschaftsparlament zu übertragen. Ich habe mich an anderer Stelle sehr für die Heranziehung im wirtschaftlichen Leben bedeutungsvoller Elemente zur Mitverantwortung bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates, für eine Repräsentation der Wirtschaft im Staate, für eine Integration des Staates durch die Wirtschaft, die wieder in sich durch die Zusammenfassung der verschiedensten Gruppen integriert, als eines der Mittel zu einer Erziehung unseres Volkes zu einer Nation zu gelangen, ausgesprochen. Aber ich würde

doch Bedenken haben, die letzte Entscheidung in wirtschaftlichen Fragen dem Wirtschaftsparlament allein zu überlassen. Der Glaube, daß ein Wirtschaftsparlament, in dem die verantwortlichen Führer der Wirtschaft sitzen würden, bessere Entscheidungen in wirtschaftlichen Fragen treffen, bessere wirtschaftliche Gesetze beschließen würde, wie das politische Parlament mit seinen Einflüssen unverantwortlicher Wirtschaftskreise dahinter, seinen von der Wirtschaft als Syndici vielfach bezahlten Abgeordneten, ist sicher richtig, soweit es sich um die Detailfragen wirtschaftlicher Gesetze handelt. Letzte für die Nationalwirtschaft entscheidende Fragen sind immer auch politische, die nicht allein unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden können, bei denen ein politisches Parlament nicht entbehrt werden kann. Schaltet man dieses aus, dann wird das Wirtschaftsparlament zwangsläufig zu einem politischen Parlament, das sich dementsprechend im Laufe der Zeit auch in seinem Unterbau wieder umgestalten würde.

Wahrscheinlich ist ferner, daß in einem Wirtschaftsparlament mangels des Vorhandenseins von Vertretern nichtwirtschaftlicher Gedankengänge, eine Einigung nicht erzielt werden würde, oder zum mindesten der Zwang zur Neutralisierung großer Gegensätze, zum Kompromiß, eine staatliche Führung in der Wirtschaftspolitik überhaupt ausschließen würde. Es wäre dann beinahe besser, man würde zum schrankenlosen Liberalismus zurück-

kehren. Den Glauben, daß man durch einen Zwang zur Einigung unter den Wirtschaftsgruppen zu „richtigen" Entscheidungen gelangen würde, teile ich nicht. Hier spuken rationalistische Vorstellungen über die Bedeutung von Parlamentsverhandlungen aus der Frühzeit des Parlamentarismus wieder in den Köpfen. Aber ich glaube auch nicht, daß in dem Wirtschaftsparlament die wirklichen Führer unserer Wirtschaft sich nicht durch ihre Syndici vertreten lassen würden. Eine Stellung als Konzernleiter verträgt sich eben nicht mit der gleichzeitigen Ausübung eines Abgeordnetenmandats, die mit einer größeren Arbeit verbunden ist, wobei ich die Frage, ob ein Wirtschaftsführer von Natur aus auch politische Begabung haben muß, ganz unerörtert lassen möchte. Ich glaube auch nicht daran, daß die einzelnen Fraktionen oder wie man sonst die Gruppen des berufsständischen Parlaments nennen will, von illegalen Einflüssen einzelner Wirtschaftsmächte ganz frei sein würden. Ich bin vielmehr der Meinung, daß hier sich sehr viele soziologische Erfahrungen, die man mit den politischen Parlamenten gemacht hat, wiederholen dürften.

Auf alle diese Einwendungen vermisse ich in der berufsständischen Literatur eine Erwiderung. Die ganze Bewegung leidet daran, daß ihre Ziele unklar und zu wenig durchdacht sind. Wir müssen sie vor allem aus dem Grunde ablehnen, weil die Verwirklichung ihrer Ideale die Bildung des Kastenwesens in Deutschland befördern und eine Inte-

gration des Volkes zu einer Nation verhindern würde. Es kommt aber noch eines hinzu. Auffallend ist, daß von den Anhängern des berufsständischen Gedankens der Frage aus dem Wege gegangen wird, wer nun eigentlich die Regierung bilden soll. Ich sehe jetzt von denjenigen ab, die das berufsständische Parlament nur als ein zweites Parlament neben dem politischen, als eine Art Oberhaus neben einem Unterhaus, propagieren. Auch dieser Traum wird nicht verwirklicht werden, da die moderne Geschichte gezeigt hat, daß zwei Häuser immer solange um die politische Entscheidung kämpfen, bis sie zugunsten des stärkeren entschieden ist, und das dürfte in Deutschland, wenn das Parteiensystem bestehen bleibt, immer noch das politische Parlament sein. Fehlt aber ein politisches Parlament, wer soll die Regierung bilden? Sicher nicht das berufsständische Parlament. Das scheint festzustehen. Es muß also noch eine andere Regierungsgewalt vorhanden sein, die unabhängig von den Wirtschaftsgruppen und den politischen Parteien gebildet wird. Das könnte nur die Krone oder die Diktatur sein. In diesem Augenblick lösen sich alle Schwierigkeiten, indem nämlich dann die Entscheidung bei der Regierung liegt, mag dies nun die Krone mit ihren Ministern sein, oder der Diktator mit der zur Diktatur gelangenden Partei und ihren Organisationen. Krone und Diktatur sind aber aus den bei den vorher behandelten Thesen genannten Gründen zur Zeit abzulehnen.

7. These:

Auch das parlamentarische Regierungssystem ist in der politischen Demokratie nicht notwendig, aber in Deutschland zur Zeit unentbehrlich. Die Einführung des amerikanischen Präsidentschaftssystems würde die Mängel des parlamentarischen Systems nicht beseitigen. Hier kann nur die Herausbildung zweier großer, sich regelmäßig ablösender, Parteifronten helfen. Zu erstreben ist die Schaffung einer großen staatsbejahenden bürgerlichen Partei.

Wir haben absichtlich die Monarchie, die Diktatur und das berufsständische System in ihrem Verhältnis zur Demokratie und auf ihre Brauchbarkeit zur Lösung unserer vorhandenen politischen Schwierigkeiten untersucht, bevor wir uns dem System zuwenden, das in weiten Kreisen unseres Volkes verhaßt ist, in anderen jedenfalls als ein unbefriedigender Lösungsversuch für die politische Leitung unseres Staatswesens angesehen wird, weil wir zu der Überzeugung gelangt sind, daß es, wenn auch ohne Zweifel seine Handhabung bei uns in Deutschland nicht befriedigt, doch zur Zeit das nach der nun einmal vorhandenen politischen Struktur allein mögliche Regierungssystem ist, was uns verpflichtet, dazu beizutragen, daß es möglichst gut und jedenfalls besser, wie bisher, funktioniert.

Vielfach findet man die Auffassung, daß das parlamentarische Regierungssystem die einzig mögliche Regierungsform der Demokratie sei, was dann zur Folge hat, daß mit dem parlamentarischen System auch die Demokratie verdammt wird. Daß diese Behauptung nicht richtig ist, braucht wohl hier nicht mehr besonders bewiesen zu werden, nachdem bei der Behandlung der vorher vertretenen Thesen bereits die Vereinbarkeit weiterer Regierungsformen mit der Demokratie hervorgetreten ist. Auch das parlamentarische Regierungssystem ist in der politischen Demokratie nicht notwendig, aber in Deutschland zur Zeit unentbehrlich.

Seine Mängel, die in den zehn Jahren seines Bestehens in Deutschland bisher besonders beklagt worden sind, sind die die politische Entscheidung der Regierung lähmende Parteiherrschaft, die sich in den, infolge des Zwanges zu Koalitionsbildungen, üblichen Kompromissen besonders unangenehm bemerkbar macht, und die Aufteilung aller wichtigen Beamtenstellen unter die herrschenden Parteien.

Da wir es nicht, wie es in England, seitdem die Labour Party doch im wesentlichen an die Stelle der Liberalen Partei getreten ist, der Fall ist, mit zwei großen Parteien zu tun haben, sondern eine Unzahl von Parteien haben, von denen nicht einmal zwei imstande sind, die Mehrheit im Parlament zu bilden, hat sich der Brauch entwickelt, daß die Parteien für größere oder kürzere parlamentarische Perioden durch lose oder engere Vereinbarungen, ja oft durch

feste Bündnisse über die Richtlinien der Politik oder sogar über ein ganzes, genau festgelegtes, Arbeitsprogramm sich verbinden, zu sogenannten Koalitionen gelangen, zu deren Inhalt auch die Beteiligung und das Anteilsverhältnis an der Exekutive gehören. Dabei hat sich das feste Bündnis, die wirkliche Koalition, immer mehr als der eigentlich erstrebenswerte Idealtypus herausgebildet, was nicht hindert, daß einzelne Parteien aus wahltaktischen Erwägungen oder, weil die übrigen Parteien der Arbeitsgemeinschaft ihnen zu heterogen sind, es vorziehen, losere Ententen, vielfach nur gentlemen agreements, abzuschließen. Dabei bleibt es aber charakteristisch, daß fast immer die Koalition, das feste Parteienbündnis, als das erstrebte Ziel angesehen wird, denen gegenüber alle anderen Lösungen nur als Übergangslösungen bezeichnet werden.

Wer die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland in den letzten zehn Jahren eingehend verfolgt hat, wird dabei feststellen, daß die Frage der Regierungsbildung bei diesen Parteiabmachungen immer mehr sekundäre Bedeutung erhalten hat, was sich vor allem darin zeigt, daß man sich mit der Regierungsbildung immer mehr Zeit läßt. Dies ist aber gerade der Punkt, an dem nicht nur die Kritik einsetzt, sondern der als das am meisten sichtbare Ereignis die öffentliche Meinung erregt und zu der starken Abneigung gegen das parlamentarische System geführt hat. Das ist nicht zum Verwundern. Denn das noch junge parlamentarische

System ist in Deutschland an die Stelle eines Systems getreten, bei dem in dem Verhältnis von Legislative zur Exekutive alle Augen in erster Linie auf die Exekutive gerichtet waren, die Legislative aber hinter dieser zurückgetreten war. Die Bildung der Regierung erfolgte unabhängig vom Parlament. Zwar war sie darauf angewiesen, mit dem Parlament zu regieren, aber sie war es, die sich nach dem Ergebnis der Wahlen die Parteien aussuchen konnte, mit denen sie regieren wollte, oder sie konnte sogar von Fall zu Fall mit wechselnden Mehrheiten regieren. Die Einführung des parlamentarischen Systems wird nun vielfach — und hier spielen unbewußt die Vorstellungen aus der vorparlamentarischen Zeit eine Rolle — nicht so verstanden, daß die Regierung ein Ausschuß des Parlaments sein, sondern daß sie nur zum Regieren das Vertrauen des Parlaments notwendig haben solle. Und diese Auffassung wird ja auch durch die Verfassung begünstigt, wonach der Reichskanzler dem Reichspräsidenten gegenüber ein Vorschlagsrecht für die Ernennung der übrigen Reichsminister besitzt. Wir wollen hier die von den verschiedensten Autoren immer wieder zu Tode gehetzte Frage nach der juristischen Bedeutung dieser Verfassungsbestimmung nicht erneut untersuchen, es genügt festzustellen, daß die Verhältnisse einmal wieder stärker gewesen sind, wie die juristischen Bestimmungen, und in der Praxis nicht danach verfahren wird. Schön ist das Schauspiel, das sich infolge dieses

Bruchs zwischen geschriebenem Verfassungsrecht und seiner Auslegung durch die Praxis so häufig vor unseren Augen abspielt, daß der vom Reichspräsidenten aus einer der bei den Wahlen siegreichen Parteien designierte Reichskanzler, meist ohne persönlich besonderen Einfluß nehmen zu können, oft wochenlang warten muß, bis die Parteien zu einer Verständigung über eine Zusammenarbeit und damit auch über die sachlichen oder personalen Grundlagen der Regierungsbildung gelangt sind, sicher nicht; und es wäre würdiger, der Kanzler designatus fiele bei diesen Verhandlungen überhaupt aus, da es ja nur eine Fiktion ist, daß er sich Mitarbeiter für sein Regierungsprogramm sucht, welches er vielmehr von den Fraktionsführern, nachdem sie sich geeinigt haben, empfängt. Aber ändern läßt es sich nicht, solange wir gegeneinander abgeschlossene mit einem durchgegliederten Parteiapparat versehene Parteien haben, die auf eine Koalitionsbildung angewiesen sind. England kann man als Gegenbeispiel nicht anführen, weil hier bisher — bis auf die Kriegszeit — immer klar gewesen ist, welche Partei die Regierung zu übernehmen hat, so daß bei der Regierungsbildung es nur für die siegreiche Partei sich um die Frage handelt, wie sie die Ministersessel unter sich verteilen soll. Und Frankreich, das, da es bisher noch mehr lose Gruppenbildung im Parlament, wie durchgebildete Parteiorganisationen, kennt, auch nicht gut zum Vergleich herangezogen werden kann, kommt mit

der zunehmenden Ausbildung eines Parteiensystems, wie bereits deutlich sichtbar wird, immer mehr zu denselben Zuständen, wie wir sie haben. Es ist also nicht das parlamentarische System, sondern das Parteiensystem, das an den beklagten Zuständen in Deutschland die Schuld trägt.

Es ist bemerkenswert, daß die konsequente Herausbildung des Schwergewichts zwischen den Gewalten bei den zur Regierung berufenen Parteien zu einer immer deutlicher sich abzeichnenden Verdrängung der Regierung auch während der Zeit ihres Funktionierens auf den zweiten Platz geführt hat. Es ist nicht der Reichskanzler, der die Richtlinien der Politik aufstellt; das ist immer eine Fiktion gewesen, aus der Juristen falsche Schlußfolgerungen gezogen haben; es ist aber auch nicht mehr die Reichsregierung, die bei richtiger Ausdeutung der Verfassungsbestimmungen durch eine Koalitionsregierung dazu eigentlich berufen sein sollte; sondern es ist das Gremium, das sich immer häufiger und regelmäßiger zu interfraktionellen Besprechungen zusammenfindet und der Regierung Weisungen gibt. Es kommt nicht nur vor, daß, wie bei der Panzerkreuzerfrage, Minister und sogar der Reichskanzler im Parlament gegen die von ihnen mitbeschlossene Regierungsvorlage stimmen, sondern, was ich für viel symptomatischer halte, die Regierung kommt, wie es bei der Arbeitslosenversicherungsgesetzesvorlage der Fall gewesen ist, überhaupt erst zu einer Regierungsvorlage, nachdem in

dem betreffenden Reichstagsausschuß und in interfraktionellen Besprechungen eine Einigung über die Grundlagen einer Vorlage erzielt worden ist, die die Regierung dann ausarbeiten darf. Und die Regierung gibt sogar ihren ganzen Etatsvoranschlag preis, nachdem Abgeordnete derselben Parteien, aus denen auch sie gebildet worden ist, in geheimer Beratung, an der sie nicht beteiligt war, einen neuen Etat aufgestellt haben, den sie dann ohne die geringste Änderung akzeptiert, obwohl sie ihn in Einzelheiten sogar für unausführbar hält. Es ist nicht die Regierung, welche in Wahrheit regiert, sondern die Fraktionen sind es, die auch diese Funktion an sich gezogen haben. Man kann heute den bekannten Satz „le roi règne, mais il ne gouverne pas" so formulieren: „Le gouvernement ni règne ni gouverne". Ja die Regierung verwaltet nicht einmal mehr allein.

Daß die Regierung als Kollegium im wesentlichen nicht verwalten, sondern regieren soll, ist in der Ordnung. Es sind die Minister, die als Chefs der einzelnen Verwaltungszweige die Verwaltung ausüben. Es ist aber die Frage, ob sie es heutzutage wirklich noch tun, ja ob sie es tun können. Sicher nur zu einem gegen früher verhältnismäßig kleinen Teil, da sie außerordentlich stark durch die eigentlichen politischen Angelegenheiten in Anspruch genommen werden. Und da bleibt, obwohl sie, wenn es sich nicht um ganz besonders starke Persönlichkeiten handelt, vielfach nicht entscheiden, sondern

auf die Richtlinien angewiesen sind, die sie von ihren Fraktionen erhalten, immer noch sehr viel Zeitraubendes. Die Mitwirkung an dem ständigen Ausgleich im Kabinett und zwischen Kabinett und Fraktionen, vor allem aber die vielen kleinen politischen Wünsche und Angelegenheiten, die einzelne Abgeordnete haben oder interessieren, und die Beziehungen zur Presse. Dann geht während der Reichstagssessionen Zeit verloren durch die eigentliche Abgeordnetentätigkeit, die Teilnahme an Fraktions- und Parteivorstandssitzungen, auch wenn nicht die Angelegenheiten ihres eignen Ressorts berührt werden. Sie sollen reisen und Reden vor Wählern und Verbänden, die ihrer Partei oder ihrem Ressort nahestehen, halten. Schließlich nimmt die immer mehr sich ausdehnende Repräsentation, die direkt zu einer öffentlichen Plage geworden ist, ihnen noch mehr Zeit weg. Was dann an Zeit noch übrig bleibt, brauchen sie zum Einarbeiten. Vielfach stehen ihnen die Materien, die in ihrem Ministerium behandelt werden, fern. Sie erhalten dieses Ministerium ja auch nicht wegen ihrer besonderen Eignung dafür, da bei der Verteilung eine Ausbalanzierung des Kräfteverhältnisses in der Koalition die erste Rolle spielt. Ein nach seiner ganzen Vergangenheit für das Innenministerium besonders qualifizierter Abgeordneter bekommt vielleicht das Verkehrsministerium, für das er sich gar nicht interessiert, weil seine Fraktion schon mehrere wichtige Ministerien erhalten hat, und das Verkehrsministe-

rium als ein Ministerium von geringerer Bedeutung angesehen wird, und diejenigen, die im Parlament am meisten von der Verwaltung eines Ministeriums verstehen, nämlich die Berichterstatter zu dem Etat dieses Ministeriums, werden nur in den seltensten Fällen bei uns Minister. Sie wissen zu genau, daß ihre Macht viel größer ist, wenn sie vom Parlament aus das Ministerium regieren können. Denn meistens ist es so, daß, wenn der Minister wirklich Zeit zum Einarbeiten gefunden hat und sich eben etwas in seinem Ministerium auskennt, er infolge eines Regierungswechsels einem anderen Platz machen muß. Man sollte meinen, daß trotzdem ein Minister weiter kommen könnte, wenn er weitherzig genug ist, sich von seiner Bürokratie, insbesondere von seinem Staatssekretär, beraten zu lassen. Sicher ist, daß in den ersten Jahren der Republik die Ministerialbürokratie unter der Leitung ihrer Staatssekretäre, die unter den erst einzuarbeitenden Ministern eine ganz andere Stellung erlangt hatten, wie die Unterstaatssekretäre des alten Regimes, die eigentliche Macht in Händen gehabt haben. Ihrer mühseligen Arbeit ist es im wesentlichen zu danken, daß das Chaos, das vielfach nach dem Zusammenbruch eingetreten war, gelichtet worden ist, und es überall wieder langsam vorangeht. Allein auch hier ist seit einer Reihe von Jahren in langsamer, zunächst meist unbemerkt gebliebener Entwicklung in den meisten Ministerien ein Wandel eingetreten, indem nämlich die Parteien begonnen haben, die Ministerien zu politisieren. Die

meisten Minister haben sich bemüht, in ihrer Amtszeit, Beamten ihres persönlichen Gefolges, des sogenannten Ministerstabes, die in der Regel auch Parteiangehörige waren, zu dauernden Stellungen im Ministerium zu verhelfen, und das sind im Laufe der Zeit von den verschiedensten Parteirichtungen eine ganze Menge geworden. Dazu ist aber dann ausgehend vom Zentrum, das mit Recht sich über eine schlechtere Behandlung der Angehörigen des katholischen Bekenntnisses vor dem Kriege beklagen konnte, die Tendenz getreten, in dem Beamtenkörper selber das Kräfteverhältnis unter den herrschenden Parteien herzustellen, ein Prozeß, der heute noch nicht abgeschlossen ist. Das hat dazu geführt, daß die meisten Beamten, die sich aus Überzeugung einer Partei bisher nicht angeschlossen hatten, obwohl sie dem Staate, auch dem neuen Staate, aufrichtig und treu zu dienen gewillt waren, aber sich nicht für ein einseitiges Parteiprogramm entschließen konnten, dennoch einer Partei beigetreten sind oder, soweit das nicht das Fall ist, ihre nahen inneren Beziehungen zu der Partei, der der jeweilige Minister gerade angehört, bei allen sich bietenden Gelegenheiten zu beweisen für nötig halten, weil sie fürchten, sonst von der Karriere ausgeschlossen zu werden. Diese Befürchtung ist nicht unbegründet, da die Koalitionspraxis bei der Ämterbesetzung dazu geführt hat, durch die sogenannten politischen Stellen die Diagonale der politischen Kräfte zu ziehen — ein Ausdruck der sogar von einem

Fachminister im Parlament zur Verteidigung seiner Personalpolitik zuerst gebraucht worden ist. — Also, wenn der Minister Sozialdemokrat ist, ist es wünschenswert, falls z. B. die große Koalition besteht, daß der Staatssekretär dem Zentrum angehört und der Ministerialdirektor der wichtigsten Abteilung der Deutschen Volkspartei. Hat man drei Abteilungen, so ist es erstrebenswert, daß ihre Direktoren den drei größten Parteien angehören, und für eine weitere kleinere Partei noch eine Dirigentenstelle geschaffen wird.

Diese Politisierung der Beamtenstellen ist nach zwei Richtungen für die Verwaltung verhängnisvoll. Die Abteilungsleiter können wichtigere Maßnahmen nicht durchführen, da, sowie sie eine ernsthafte politische Seite zeigen, bei der keine restlose Übereinstimmung der Auffassung unter den Koalitionsparteien besteht, sich bereits innerhalb des Ressorts die eingesetzten Gewichte gegenseitig aufheben, und, auch wenn sie einen nur in sehr geringem Grade politischen Charakter haben, die Entschlußkraft des Referenten, der nicht weiß, ob nicht doch im Konkurrenzkampf um die Stellen ein Kollege ihm aus seiner Stellungnahme zu einer an sich unpolitischen, aber doch vielleicht irgendwie mit der Politik in Berührung zu bringenden Angelegenheit einen Strick drehen könnte, stark gehemmt wird. Sie erleichtert auf der anderen Seite es den Abgeordneten, die sich für das Ressort interessieren, Berichterstattern und Rednern zum Etat des Ministeriums, oder auch anderen Einfluß auf die Verwaltung zu

nehmen. Und hier ist die Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen.

Wer die Ausschußprotokolle der letzten zehn Jahre der Republik miteinander vergleicht, wird feststellen müssen, daß nicht nur die Zahl der Abgeordneten zunimmt, die zu den einzelnen Spezialetats sprechen, sondern daß ihre Ausführungen immer mehr Sachkenntnis verraten. Und ihre Haltung beschränkt sich nicht nur auf die Kritik, sondern durch Resolutionen und gebundene Etatsbeschlüsse wird ein immer stärkerer Einfluß auf die Regierung genommen, ursprünglich unter gelegentlichem Widerspruch der Bürokratie, von Jahr zu Jahr mehr von dieser resignierend anerkannt. Hier kann man eine Verfassungswandlung auf der ganzen Linie studieren. So haben insbesondere die wiederholten Spar- und Beamtenabbauaktionen, bei denen der Reichstag durch seine Ausschüsse sehr aktiv gewesen ist, zu einer Steigerung seiner Machtstellung beigetragen. Daß dieser Zustand, wie in Frankreich, dazu führen muß, daß die bedeutenderen Köpfe nicht mehr in den Ministerien, sondern im Parlament sitzen werden, und die Ministerialbürokratie zu einem bloßen Schreiberberuf herabsinken wird, ist eine Folge, die sich, da sie sich aus dem System ergibt, kaum wird vermeiden lassen. Die alte Lehre von der Trennung der Gewalten ist in der Praxis längst zu Grabe getragen. Der Reichstag beschließt nicht nur die Gesetze, er regiert auch und verwaltet mit.

Man hat geglaubt, den als unbefriedigend empfundenen Zustand, daß nicht die Regierung führt, sondern, daß die Fraktionen die Politik bestimmen, dadurch beseitigen zu können, daß man Reichspräsident und Reichskanzler zur Pflicht macht, bei der Regierungsbildung die Verfassung mehr im Wortsinn zu interpretieren. Daß heißt, der Reichspräsident solle, ohne den Parteien Gelegenheit zu geben, über die Regierungsbildung untereinander in reguläre Verhandlungen einzutreten, einen Reichskanzler, von dem er glaubt, annehmen zu können, daß er das Vertrauen des Reichstags finden werde, mit der Regierungsbildung betrauen, und dieser solle sich dann ebenfalls ohne Bindung an die Parteien, die ihm geeignet erscheinenden Mitarbeiter suchen, mit diesem Kabinett vor den Reichstag treten und in „offener Feldschlacht" versuchen, von dem Reichstag das nach der Verfassung erforderliche Vertrauensvotum zu erlangen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Verfassung dieses Rezept zuläßt, ja daß es nach dem Wortsinn der Verfassung der einfachste Weg ist. Es ist auch sicher, daß dieses Rezept in das Arzneibuch der politischen Demokratie gut hineinpaßt. Wer für eine Verstärkung des aristokratischen Geistes in der Demokratie eintritt, müßte dieses Rezept sogar empfehlen, weil es die Ausbildung der politischen Persönlichkeit, den ritterlichen Kampf und die Stärkung von Mut und Verantwortung herbeizuführen verspricht. So stammt es denn auch von einem so

sympathischen Aristokraten in der Demokratie, wie dem Hamburger Bürgermeister Petersen. Daß für seine Anwendung gerade die Deutsche Demokratische Partei von Anfang an mit Hartnäckigkeit eingetreten ist, ist nicht verwunderlich, weil eine Partei von geringer Fraktionsstärke, aber zahlreichen Führern bei seiner Anwendung nur Vorteil haben kann. Aber die Demokraten, die sich immer für die Einsetzung des parlamentarischen Systems ausgesprochen und in diesem einen Fortschritt gegenüber dem konstitutionellen System erblickt haben, mögen es mir verzeihen, das Rezept stammt noch aus dem mit ihrer Hilfe zur historischen Rüstkammer gemachten Konstitutionalismus, aus der Zeit, als zwischen Regierung und Parlament ein Dualismus bestand. Man will auch heute noch Regierung und Parlament gleichberechtigt nebeneinander, ja, darin zeigt sich der verkappte Aristokratismus der Deutschen Demokratischen Partei, man bevorzugt die Regierung. Der Unterschied besteht nur darin, daß man die Regierung zwingen will, sich mit dem Parlament zu einigen. Und nun will man nicht sehen, daß diese kleine Gewichtsverschiebung genügt, den Dualismus zugunsten der unbedingten Herrschaft des Parlaments über die Regierung zu beseitigen. Vor allem aber, die Theorie des Konstitutionalismus, von dem diese Verfassungstheorie der Deutschen Demokratischen Partei abhängig ist, stammt aus einer Zeit, in der man mit unserem modernen Parteienstaat, ja mit der Bildung

von Parteien überhaupt noch nicht rechnete. Es ist nicht zu vermeiden, daß, wenn die Parteien im Parlament machtbewußt sind, und das ist ja vom Standpunkt eines Anhängers des parlamentarischen Systems nur zu begrüßen, sie auch die Regierung bestimmen und beeinflussen wollen. Ein Kanzler also, der mit diesem Parlament zusammen arbeiten soll, der sogar nach der Verfassung des Vertrauens dieses Parlaments bedarf, ist nicht schwach und feige, wenn er sich vorher über die Aussichten, mit diesem Parlament zu regieren, vergewissert, statt sich womöglich gleich beim ersten Auftreten im Parlament einer Niederlage auszusetzen. Eine Niederlage zu vermeiden ist immer für einen Feldherrn besser, als seine gute Sache sicher in offener Feldschlacht zu verlieren. Aus diesem Zwang, mit den Parteien zu verhandeln, ergibt sich aber, wie wir gesehen haben, angesichts der Notwendigkeit, die Regierungsmehrheit aus mehreren Fraktionen zu bilden, die Abhängigkeit von dem Ergebnis der Verhandlungen unter den Fraktionen. Die Ausnahme einer „Not"regierung in Übergangszeiten bestätigt die Regel.

Nun glaubt man vielfach, die Mängel des parlamentarischen Systems dadurch beseitigen zu können, daß man durch eine Verfassungsänderung die Stellung des Reichspräsidenten auf Kosten des Parlaments, etwa nach dem Vorbild der Verfassung der Vereinigten Staaten, verstärkt. Insbesondere in der neuesten Zeit wird diese Meinung von sehr zu be-

achtender Seite vertreten. Ich glaube, daß die Verfechter dieser Theorie sich hier wieder in dem gleichen Irrtum befinden, wie die Anhänger der Theorie der Deutschen Demokratischen Partei. Die Zersplitterung in unserem Parteiensystem dürfte auch diese Lösung unmöglich machen. In den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ist es bekanntlich so, daß, wie bei uns, der Präsident vom Volke, wenn auch für eine kürzere Wahlperiode, gewählt wird. Aber — und das ist das entscheidende —, es gibt keine Regierung in unserem Sinne, sondern er selbst ist die Regierung. Es gibt keine Minister, sondern nur Staatssekretäre, die als Gehilfen des Präsidenten von ihm ernannt werden, und es gibt dementsprechend auch keine Abhängigkeit von einem Vertrauensvotum des Parlaments. Daß der Präsident und seine Staatssekretäre trotzdem auch in der Ausübung der Exekutive nicht ganz frei sind, infolge der Befugnisse, die der Senat besitzt, sei hier nur nebenbei erwähnt, da der Senat mit keiner deutschen Organisation verglichen werden kann.

Würde man dieses System in Deutschland einführen, was würde die Folge sein? Natürlich kann man die Reichsregierung beseitigen, die Minister zu Staatssekretären des Reichspräsidenten machen, das parlamentarische System abschaffen, ändern würde sich praktisch wenig, solange wir nicht das Zweiparteiensystem einführen können. In den Vereinigten Staaten funktioniert das dortige Verfassungssystem nämlich nur deshalb, weil der Präsident aus

den Wahlen immer als der Kandidat einer großen Partei hervorgeht, der den Kandidaten der anderen großen Partei besiegt, und auch im Parlament in der Regel dieselbe Partei über die Mehrheit der Sitze verfügt. Es ist also im Grunde die Partei, die auch bei den Präsidentschaftswahlen den Sieg davonträgt. Und diese Partei ist es dann in der Regel auch, mit der der Präsident zusammen arbeiten muß, wenn er Botschaften an den Kongreß richtet und die Beschlüsse des Kongresses ausführt. Und diese Partei ist es wiederum, aus der er die Staatssekretäre entnimmt, mit denen er zusammen arbeitet. Und es wird von seiner Stellung in der Partei abhängen, wie weit er bei dieser Wahl frei oder an Rücksichten gebunden ist. Es ist bekannt und wird nur von unseren allzu juristisch eingestellten Verfassungsreformern übersehen, daß hierbei bereits Wahlkapitulationen mit den einzelnen Gruppen in der Partei und mit den Parteibossen aus der Zeit der Kandidatenaufstellung eine Rolle spielen. Bei uns aber würde, solange wir so zahlreiche Parteien haben, schon bei der Wahl des Reichspräsidenten, wenn es sich nicht um eine Persönlichkeit von historischer Größe handelt, notwendigerweise eine Koalition gebildet werden müssen, und wahrscheinlich würde, wie bei der Königswahl im alten römischen Reich deutscher Nation, vor der Wahl in einer Wahlkapitulation der Präsidentenschaftskandidat den Wählern politische Zugeständnisse machen müssen. Höchst wahrschein-

lich würde ein wesentlicher Inhalt dieser Kapitulation die Besetzung der Staatssekretariate sein. Und wieder würden die Personalwünsche der Parteien und die Koalitionsarithmetik entscheidend sein. Weiter würde aber der Reichspräsident, da er nicht zwei Parteien im Reichstag, sondern deren viele vor sich hat, um mit dem Reichstag arbeiten zu können, sich auch genötigt sehen, sich mit den Fraktionen über ein Arbeitsprogramm zu einigen. Und so würden wir wieder das gleiche erleben, das wir jetzt bei der Bildung der Reichsregierung sehen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Wahlperiode des Parlaments zur Zeit eine kürzere ist, wie die Wahlperiode des Reichspräsidenten. Wahrscheinlich würde sich eine Angleichung beider Perioden durchsetzen. Aber selbst wenn dem nicht so wäre, würde der Präsident sich immer auf eine Verständigung mit der jeweiligen Koalitionsmehrheit einstellen müssen. Daran würde auch sein Recht, den Reichstag auflösen zu können, nichts ändern. Die nach den Wahlen siegreiche Koalition ist stärker als er; er muß sich ihr fügen. Wenn man nicht das Parlament abschafft oder zum konstitutionellen Dualismus zurückkehrt, wird immer das Parlament, weil es die letzte Entscheidung hat, stärker sein.

Es hat also keinen Sinn, dem Wunschtraum der Einführung des amerikanischen Präsidentschaftssystems in Deutschland nachzujagen. Wir müssen uns vielmehr darauf besinnen, wo eigentlich die

Wurzeln des beklagten parlamentarischen Übels zu suchen sind. Nun erwarte man keine neue Entdekkung von mir. Es ist die ganz banale Erkenntnis, daß wir zuviel Parteien haben, daß wir nicht, wie in England und den Vereinigten Staaten, im wesentlichen mit nur zwei Parteien zu rechnen haben. Und daß dem so ist, daran sind gerade die Kreise schuld, von denen am schärfsten das parlamentarische System kritisiert worden ist.

In keinem Lande der Welt, außer in Deutschland, ist es möglich, daß, trotzdem die Mehrheit der Bevölkerung heute noch nicht sozialistisch eingestellt ist, eine Koalitionsbildung ohne Beteiligung der sozialdemokratischen Partei praktisch undurchführbar ist, und die Vertretung nicht sozialistischer Gedankengänge auch in der Opposition unwirksam ist, weil unter der Vielheit politischer Gruppen eine Einigung nicht möglich ist. Dabei ist es nicht leicht festzustellen, worin eigentlich die Gegensätze unter den sogenannten bürgerlichen Parteien bestehen. Sie sind, soweit das Programm in Betracht kommt, im wesentlichen in der Stellung zur Staatsform, zur Demokratie zu erblicken, nachdem die wirtschaftlichen Gegensätze, insbesondere in den Zollfragen, die vor dem Kriege eine entscheidende Rolle gespielt haben, sehr stark angeglichen worden sind. Da wir aber, wie in den vorstehenden Ausführungen darzutun versucht worden ist, ob wir wollen oder nicht, wenn wir überhaupt politischen Willen haben, an Demokratie und Parlamentarismus gebunden sind, so

dürfte dieser Gegensatz einer Vereinigung der bürgerlichen Parteien ernsthaft nicht im Wege stehen. Eine politische Partei muß in die Zukunft blicken. Sie darf nicht rückwärts schauen.

Bisher sehen aber alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger rückwärts. Obwohl die deutschnationale Partei, wenn ich von der noch ganz undurchsichtigen Entwicklung, der sie unter der jetzigen Führung entgegensieht, absehe, sich, wenn auch in langsamer Entwicklung, nicht mehr ganz negativ zum neuen Staat und vor allem zur Demokratie gestellt hat, sammeln sich ihre Anhänger doch hauptsächlich in der Erinnerung und im Hochhalten der Vergangenheit. Diese die politische Aktion hemmende Bindung an die geschichtliche, durch die Revolution, im Grunde aber durch einen viel weiter zurückgehenden Prozeß, gestörte Vergangenheit wird verstärkt durch die Haltung der demokratischen Parteien oder jedenfalls eines Teils ihrer Presse, die statt sich zu bemühen, die positiven Werte der Demokratie herauszuarbeiten, dem demokratischen Programm einen neuen Inhalt zu geben, vielfach ihre Gewohnheiten aus der Zeit der Opposition gegen den Staat nicht aufgeben kann, und nun in der Absicht, den neuen Staat zu stärken, das alte System in übertriebener Weise verunglimpft und die Anhänger des alten Systems bekämpft, die im Grunde gar nicht mehr für das System stehen, sondern für die Ehre dieses nach einem verlorenen Kriege gestürzten Staatswesens und seiner Symbole.

Es ist zum Verzweifeln, wenn man bedenkt, wieviel wertvolle Kraft seit dem Zusammenbruch vertan worden ist, wieviel Positionen endgültig verloren sind, im Grunde wegen Mißverständnissen, wegen des Glaubens, Stellungen angreifen zu müssen, die nichts mehr bedeuten, und Stellungen verteidigen zu müssen, an deren Erhaltung den Verteidigern im Ernst nichts mehr gelegen ist, die sie nur halten, weil ihre Ehre auf dem Spiele steht. Hier haben die Linksparteien, Sozialdemokraten und Demokraten eine schwere Schuld abzubüßen. Sie gerade, die die Demokratie und den neuen Staat haben festigen wollen, haben Tausende abgestoßen, ja ins rechtsradikale Lager durch ihre zersetzende Kritik des ancien régime oder durch Zwangsmaßnahmen zugunsten des neuen Staates getrieben. Und Tausende werden immer wieder, wenn sie gerade im Begriff sind, die Konsequenzen aus ihrer nach schweren inneren Kämpfen errungenen positiven Einstellung zum neuen Staat zu ziehen, zurückgestoßen. Sieht man denn nicht, wie man z. B. einen Anhänger des alten Staates abstößt, wenn Staatsmänner des neuen Staates, die den alten Staat wegen Unterdrückung der Freiheit bekämpft haben, die Teilnahme der Beamten an der Volksabstimmung, der letzten und idealsten Form der Meinungsäußerung in der Demokratie, zu beeinflussen versuchen und zum Schutz der Republik Maßnahmen planen, die eine Aufenthaltsbeschränkung oder gar Landesverweisung zum Inhalt haben? Da braucht

man sich nicht zu wundern, daß die heute an sich positiv zum Staat stehende Beamtenschaft und das Offizierkorps den politischen Anhängern der Demokratie vielfach noch reserviert gegenüberstehen. Es ist in dem neuen Staat nicht der schlechteste Teil der Beamtenschaft, der nicht zu jeder Handlung der heutigen Regierung Hurra ruft. Hat man geglaubt, auf diese Weise die Jugend, die immer in erster Linie für die Freiheit sein wird, zu gewinnen? Auf dieser Ebene allein ist die Erklärung für die von der linken Seite so beklagte Einstellung der Universitäten, Hochschullehrer und Studenten, zum neuen Staat zu suchen. Und es ist unbegreiflich, daß es einem Minister, der früher Verständnis für die Bedeutung der Tradition und ihrer Gefühlswerte für die akademische Jugend gehabt hat, nicht gelungen ist, bei der Behandlung der Studentenfragen dem Staatsministerium und den Parteien klar zu machen, nicht nur, was sie fast unwiederbringlich für die Zukunft unseres Volkes verdorben, sondern auch, welchen ungeheuren psychologischen Fehler sie von ihrem rigorosen Standpunkt aus begangen haben, es sei denn, daß sie glauben, man könne auf diese Jugend verzichten, wenn man nur den Jungarbeitern Gelegenheit zum Aufstieg gäbe. Als wenn ein Volk jemals auf eine in langer Vergangenheit gezüchtete geistige Schicht verzichten könnte!

Nun sind es aber sicher nicht nur Mißverständnisse, die die Aussprache zwischen den beiden

Flügelparteien der bürgerlichen Parteien erschweren. Hier spielen zweifellos die zu Anfang behandelten gesellschaftlichen Gegensätze und die aus diesen sich ergebende Abkapselung einzelner Kasten eine Rolle; es sind im Grunde andere Kasten und ihre Mitläufer, die die einzelnen Parteien bilden. Und die leidige Ghettostimmung in allen diesen Parteien ist es, die mit allen Mitteln bekämpft werden muß, damit die Bahn frei werden kann für das, was allein helfen kann: die große bürgerliche Partei von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten einschließlich. Diesem Ziele werden Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Demokraten Opfer bringen müssen. Es wird die Aufgabe der kommenden Aristokratie der demokratischen Gesinnung sein müssen, die Demokraten davon zu überzeugen, daß die Deutschnationalen ernstlich und ehrlich die politische Demokratie wollen. Die Deutsche Volkspartei wird sich darüber klar werden müssen, daß sie auf die Dauer ohne ein modernes Programm, das positiv zur sozialen Frage Stellung nimmt, nicht auskommen kann, daß der Liberalismus im alten Sinne überlebt ist, daß sie ihre kulturkämpferischen Erinnerungen angesichts der ungeheuren auch für den Staat der Zukunft unentbehrlichen positiven Werte des Katholizismus aufgeben muß. Von ihr ist vielleicht das größte Opfer an Ideengut zu verlangen. Sie mag sich damit trösten, daß eine bürgerliche Partei der Zukunft in ihrem Programm und in ihrer Aktion die Synthese von Individuum und Gemein-

schaft zu vollziehen hat, und daß daher ein starker Einschlag individualistischen Geistes nur von Nutzen für die neue Partei sein kann. Die Wirtschaftspartei wird wieder Anschluß suchen können, wenn der notwendige Einfluß der Wirtschaft auf den Staat auf anderen Wegen gesucht wird. Fällt die Hauszinssteuer und die Gewerbesteuer, und gibt es eine Reform der Selbstverwaltung an Haupt und Gliedern, so werden sowieso ihre meisten Ziele erfüllt sein. Und die deutsche demokratische Partei wird sich darauf besinnen müssen, daß ein Volk, das neueren Formen zustrebt, ohne aus der Vergangenheit Kraft zu ziehen, nicht lebensfähig sein kann. Sie wird als Hüterin der politischen Formen der Demokratie des neuen Staates, die sie als erste angestrebt hat, das Siegel der neuen Partei zu bewahren haben.

Nun wird man einwenden, daß die Gründung einer großen bürgerlichen Partei von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten den Zwang zur Koalitionsbildung nicht verhindern könne, und damit die auch von uns erkannte Quelle der Mißstände im Parlamentarismus unverstopft bleiben werde. Denn wenn auch die radikalen Flügelparteien, solange sie sich etwa auf dem jetzigen Stand halten, das politische Kalkül vielleicht nicht besonders zu beunruhigen brauchen; ohne das Zentrum wird auch für eine starke bürgerliche Partei eine Regierungsbildung nicht möglich sein. Diese Tatsache wird uns immer in Deutschland nicht in den

vollen Genuß der Vorteile bringen, den die angelsächsischen Länder durch die Herausbildung von zwei sich gegenüberstehenden, aber in sich geschlossenen Fronten besitzen. Denn damit zu rechnen, daß das Zentrum verschwinden, in einer bürgerlichen Partei aufgehen oder gar sich spalten könnte, wäre eine neue Illusion. Sie kann nur bei Menschen entstehen, die von den lebendigen Quellen des Katholizismus, die heute stärker, denn je, sprudeln, nichts wissen und nicht erkennen, daß das Zentrum in dieser unvollkommenen politischen Welt einen Mikrokosmos darstellt, der in sich vieles von dem bereits verwirklicht hat, was für den Makrokosmos des ganzen Volkes anzustreben das Ziel der Zukunft sein muß. Ich glaube, wer, wie ich, die Demokratie will und in ihr Ziele eines fortschrittlichen Konservativismus zu verwirklichen strebt, hat keinen Grund, das Verschwinden gerade dieser Partei zu wünschen oder ihm gar Vorschub zu leisten. Ja es muß offen ausgesprochen werden: Bestünde nicht der unheilvolle konfessionelle Gegensatz, lebten nicht Katholiken und Protestanten und die Anhänger der liberalen Weltanschauung jeder in seinem Ghetto, was nicht von heute auf morgen geändert werden kann, man müßte es anstreben, alle nicht sozialistischen Parteien im Zentrum aufgehen zu lassen. Da dies wohl zunächst nicht möglich ist, wird man versuchen müssen, mit dem Zentrum zu einem festen Konkordat über die großen kulturpolitischen und wirtschaftspolitischen

Fragen zu gelangen, über die bei einigermaßen gutem Willen auf beiden Seiten eine Verständigung möglich sein müßte. Man wende nicht ein, daß das Zentrum an die Sozialdemokratie gebunden sei. Seitdem das Konkordat zwischen Preußen und dem Vatikan zustandegekommen ist, das unter den gegenwärtigen Parteiverhältnissen, besonders angesichts der Haltung der deutschen Volkspartei nur mit der Sozialdemokratie zu erreichen war, würde das Zentrum von der Sozialdemokratie sich wohl loslösen. Wenn dies bisher nicht geschehen ist, so ist dies ein Beweis für seine kluge und politisch denkende Führung. Wie kann man von einer weisen Parteileitung erwarten, daß sie sich neu orientiert, wenn eine andere bündnisfähige Partei, mit der sie zu einer neuen Koalition gelangen könnte, nicht vorhanden ist. Das Schulgesetz und die weiteren kulturpolitischen Ziele des Zentrums wird es doch mit einer Partei nicht erreichen können, die von ihren Funktionären, wenn sie vorwärts kommen wollen, vielfach den Austritt aus der Kirche verlangt und die sich in ihrer überwiegenden Mehrheit vom Materialismus als Weltanschauung noch immer nicht losgesagt hat. Es muß sich eines Tages nach rechts orientieren, aber es wartet klug ab, ob und wie sich die Verhältnisse auf der rechten Seite entwickeln. Bisher sind die kulturpolitischen Ziele des Zentrums durch die Volkspartei und die Deutsche demokratische Partei noch weniger unterstützt worden, als von der Sozialdemokratie. Es hat daher allen Grund, sich zu-

rückzuhalten. Auf der anderen Seite sollten die Parteigruppen rechts von der Sozialdemokratie sich nicht durch die Anschauungen, die sie vom Zentrum in kulturpolitischer Hinsicht trennen, bestimmen lassen, auf die großen Vorteile, die ein Konkordat mit dem Zentrum hätte, wenn es die Wiedererlangung einer Machtposition im Staate gegenüber der jetzt ausschließlich eine solche besitzenden Sozialdemokratie zur Folge hätte, zu verzichten. Sie sollten sich vor allem darüber klar sein, daß die Gegensätze zwischen den Konfessionen, die einer Annäherung früher im Wege standen, stark geschwunden sind, daß hinter der aussterbenden Generation, die auf beiden Seiten noch von der Situation und den Ideen aus der Zeit des Kulturkampfes beeinflußt ist, eine Jugend heraufwächst, die diesen Dingen verständnislos gegenübersteht. Schwerer noch scheint es zu sein, ihnen klar zu machen, daß überhaupt unter der Jugend der Liberalismus als Weltanschauung erledigt und das Verständnis für die religiöse Situation ständig im Wachsen ist. Darf man, weil das die alte Generation nicht sieht und darum kulturpolitische Positionen verteidigt, hinter denen in kurzer Zeit kaum Anhänger sich mehr sammeln werden, für Jahrzehnte den einzig richtigen Weg in die Zukunft sich verbauen?

Gewiß, der Weg der Gründung einer starken bürgerlichen Partei, die doch wiederum auf ein Kompromiß mit einer anderen Partei angewiesen sein muß, bleibt dem Ideal fern. Er bietet aber einen

Vorteil, der vielleicht nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, er verbindet mit einer Partei, die in sich die sozialen Gegensätze überwunden hat, die gleichzeitig eine große Arbeiterpartei ist. Ich weiß, daß die Stellung der Arbeiterschaft im Zentrum für dieses ein ernstes Problem ist, mit dem es dauernd zu ringen hat. Und diese Tatsache ist vielfach so ausgelegt worden, daß das Zentrum daran zugrunde gehen würde. Ich glaube, daß das Ringen mit diesem Problem ein Zeichen für die Gesundheit der Partei ist. Denn wo Kampf ist, da ist meist auch Leben. Solange die Arbeiterschaft am Christentum festhält, wird immer ein gesunder Ausgleich gefunden werden. Dieser Ausgleich mit der Arbeiterschaft, durch geistige Gesundung und tragbare materielle Verhältnisse, das ist es ja aber gerade, was wir zu erreichen versuchen, warum wir kämpfen wollen, weswegen wir eine Partei brauchen, die genug Macht bekommt, um sich gegenüber der Sozialdemokratie mit ihren längst veralteten Idealen aus der Zeit einer überwundenen Weltanschauung durchzusetzen. Hier kann das Bündnis mit dem Zentrum nur von Nutzen sein, weil es von vornherein den Verdacht ausschließt, als handele es sich bei der neuen Partei um eine arbeiterfeindliche Partei.

Würde es gelingen, diese Koalition zwischen der neuen Partei und dem Zentrum zustande zu bringen, so glaube ich, daß tatsächlich eine große Zahl von Kinderkrankheiten des parlamentarischen Systems

bald zu überwinden sein würden. Der vermutlich in längeren Abschnitten und mit einer gewissen Regelmäßigkeit sich vollziehende Wechsel der Macht zwischen zwei großen Gruppen würde die führenden Politiker zu einer größeren Verantwortung erziehen. Jetzt, wo mehrere Parteien an der Verantwortung mittragen, ist es nicht zu verwundern, wenn einer sich auf den anderen verläßt. Auch die Opposition würde zu einer stärkeren Verantwortung erzogen werden, wenn sie stets darauf gefaßt sein müßte, allein und nicht in einer Kombination mit einer bisher an der Regierung beteiligten Partei die Regierung zu übernehmen. Wir brauchen aber eine enge Zusammenarbeit zwischen der Regierungspartei und der Opposition, wie sie in so vorbildlicher Weise in England besteht. Sie würde auch indirekt zur Beseitigung des Klassengegensatzes beitragen. Vor allem würde aber in der Regierung selber eine größere Aktivität sich bemerkbar machen, wenn sie damit rechnen könnte, daß die sie stützende Partei für längere Zeit an der Macht bleibt, während sie jetzt durch die Unsicherheit darüber, wie lange die Koalition sich halten wird, gelähmt wird, und der Zwang zum Kompromiß mit seiner hemmenden und neutralisierenden Wirkung wegfiele. Die Gefahr einer allzu großen Aktivität würde durch den Blick auf die stets zur Übernahme der Regierung bereite Opposition gedämpft werden. Vor allem aber würde sich zwangsläufig eine Verschiebung in dem Verhältnis von Re-

gierung und Parteileitung vollziehen. Während jetzt angesichts der Unsicherheit, wie lange eine Koalition hält, Parteiführung, Fraktionsführung und Ministeramt in der Regel getrennt sind, und sich so der vielbeklagte Zustand herausgebildet hat, daß die Regierung mit ihren eigenen Fraktionsführern über jede wichtige Angelegenheit verhandeln muß, und daher es nicht die Regierung ist, die letztlich entscheidet, sondern ein Gremium von Fraktionsmitgliedern, ja, wie wir gesehen haben, meist sogar mehrere solcher Gremien, würden Parteiführung und Regierungsführung zweifellos, vielleicht nach einer kurzen Übergangszeit, zusammenfallen. Damit wäre aber mit einem Schlage die Hauptschwierigkeit beseitigt. Wir hätten wieder eine sichtbare Regierung, die führt, an Stelle zahlloser unverantwortlicher und unsichtbarer Konventikel, wir hätten eine klare Linie für die Politik und dies vermutlich auf eine Reihe von Jahren.

Es müßte dann nur noch versucht werden, den Tüchtigsten den Eintritt in das Parlament und in die Regierung reizvoller zu machen. Hierzu ist notwendig, daß die Parteien mehr noch, als bisher, auf Sauberkeit in der Gesinnung ihrer Mitglieder achten. Auch nur die Möglichkeit eines Falles Sklarek darf in einem deutschen Parlament nicht erörtert werden. Vor allem dürfte es richtig sein, die Zahl der Mitglieder des Reichstages auf die Hälfte herabzusetzen, was ungefähr der Anzahl der wirklich mitarbeitenden Abgeordneten entsprechen

dürfte, dafür aber die Diäten zu verdoppeln und den besonderen Funktionären, Berichterstattern und Mitgliedern bestimmter Kommissionen noch darüber hinaus erhöhte Zulagen zu geben, aber den Abgeordneten die Annahme von Aufsichtsratposten zu verbieten. Ich weiß, daß dieser Vorschlag, die Diäten zu erhöhen, auf starken Widerstand stoßen wird. Hier zeigt sich die latent im Volk vorhandene geringe Schätzung des Abgeordneten. Man muß sich aber darüber klar sein, daß, von Idealisten abgesehen, heute nur wenige tüchtige Persönlichkeiten sich entschließen, Abgeordnete zu werden, weil sie in der Wirtschaft ein besseres und gesicherteres Auskommen haben. Selbstverständlich müßten, und zwar aus dem gleichen Grunde, auch die mit sachlicher und persönlicher Verantwortung ausgestatteten Beamtenstellen entsprechend besser bezahlt werden. Es würde zur Stärkung der Staatsautorität ungeheuer beitragen, wenn der Anreiz, in die Industrie zu gehen, für die Beamten in verantwortlichen Stellungen nicht so groß wäre, und der Zustand aufhören würde, wie es vielfach jetzt ist und bereits vor dem Kriege war, daß bestimmte Stellen nur als eine Art von Vorbereitungsdienst für gut bezahlte Stellungen in der Industrie angesehen werden. Ein kleines, aber arbeitendes, angesehenes, anständig bezahltes Parlament mit klaren Parteiverhältnissen und einer großen Verantwortung für die Politik des Reiches, es müßte wirklich schlecht um unser Volk bestellt sein, wenn sich nicht tüchtige

Menschen finden würden, die hier mitarbeiten möchten. Sodann sollte man wieder davon abgehen, das Beamtentum zu politisieren. Auch diese wenig erfreuliche und viel beklagte Erscheinung unseres Parlamentarismus ist ja letzten Endes aus dem Koalitionssystem und der Unsicherheit seiner Basis zu verstehen, abgesehen von dem begreiflichen Bedürfnis in der ersten Zeit bei Zentrum und Sozialdemokraten, bisher zweifellos bei der Auswahl der Beamten vernachlässigte Schichten bei der Verwaltung mit heranzuziehen und dadurch sich in dieser ihnen fremd und, wie man glaubte, feindlich gegenüberstehenden Sphäre Vertrauensleute zu gewinnen. Ghettostimmung, immer wieder diese unglückselige Ghettostimmung, weil es an einer weitverbreiteten demokratischen Gesinnung gefehlt hat! Später war es dann das Sicherungsbedürfnis der in einer Koalitionsregierung errungenen Macht, durch Vermehrung der mit Parteianhängern besetzten Verwaltungsstellungen. Aber das sind Kinderkrankheiten, die man auf allen Seiten ehrlich überwinden muß. Denn die Vorteile sind meist für die Parteien lange nicht so groß, weil auch hier die Gewichte sich aufheben, und eine zielbewußt geführte Partei sich bei der Übernahme der Regierung stärker durchsetzen kann, wenn sie, abgesehen von einigen höchsten Stellen in der Bürokratie, die mit der Regierung vielleicht wechseln müssen, an Stelle eines nach dem Parteiatlas zusammengesetzten, ein politisch neutrales Beamtentum antrifft. Die Übelstände bei

der parteipolitischen Besetzung der Beamtenstellen ist so groß, daß schon das Ausland sich darüber aufregt. Mir sagte ein sehr bekannter amerikanischer Bankier kürzlich, er riete, dem amerikanischen Beispiel zu folgen; sie hätten unter ähnlichen Umständen den Civil Service eingeführt. Soweit ist es glücklich gekommen, daß wir uns in Deutschland von Amerika das Berufsbeamtentum empfehlen lassen müssen, das Amerika von uns auf dem Umweg über England übernommen hat!

8. These:

Wenn auch die Entwicklung zum Einheitsstaat in Norddeutschland zur Integration des Staates beitragen würde, so sollte man doch, falls den süddeutschen Ländern den Staatscharakter zu erhalten nicht möglich ist, von einer Reichsreform abzusehen, da die Gegensätze zwischen Süddeutschland und Norddeutschland dadurch vermehrt werden würden.

Unter den Forderungen nach einer Reform unseres Staatswesens steht heute der Wunsch nach einer Reichsreform, bei der das Verhältnis von Reich und Ländern neu geordnet wird, an erster Stelle. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Schöpfer unserer Reichsverfassung dieses Verhältnis im unitarischen Sinne, d. h. einem Aufgehen der Länder in einem einheitlichen Reich, zu entwickeln erstrebt haben, und daß der Ausbau der Reichsgesetzgebung und Verwaltung in den letzten zehn Jahren bewußt in dieser Richtung erfolgt ist. Weil die Verfassung diesem Ausbau der Reichsgesetzgebung und -Verwaltung auf Kosten der Länder durch das Fehlen einer festen Abgrenzung der Zuständigkeiten Vorschub geleistet hat, ist in den Ländern, insbesondere in den süddeutschen Staaten, in denen bei aller Reichstreue ein lebendiges Staatsgefühl noch vorhanden ist, vielfach eine weitgehende Unzufriedenheit mit der Politik des Reiches ent-

standen, die auf die Sorge vor der trockenen Unitarisierung zurückzuführen ist. Man fürchtet die Bürokratisierung durch eine in Berlin befindliche Zentralregierung und als deren Folge die Verödung wirtschaftlich und kulturell eigenartiger Volksgebiete, die mit Erfolg bisher von ihren eigenen Regierungen verwaltet worden sind.

Das eigentliche Problem, das zu der Forderung einer Reichsreform geführt hat, ist aber durch das Verhältnis zwischen Reich und Preußen entstanden. Preußen, in der Zeit der Bismarckschen Verfassung der Hegemoniestaat, ist durch die neue Verfassung benachteiligt, indem es eine seiner historischen Bedeutung, seiner Gebietsstärke und seiner Einwohnerzahl nicht entsprechende Vertretung in dem ja allerdings überhaupt absichtlich mit sehr geringen Rechten ausgestatteten Länderorgan, dem Reichsrat, erhalten hat. Gestützt auf eine starke parteimäßig gut fundierte Regierung, die einen willigen, bis in die untersten Instanzen herabreichenden Beamtenapparat hinter sich hat, tritt es mit alten Hegemonieansprüchen dem Reiche entgegen, das mit seiner meist schwächeren Regierung und seiner viel weniger gut fundierten Bürokratie trotz seiner besseren staatsrechtlichen Position vielfach sich nicht so durchzusetzen vermag, wie es im Interesse eines gesunden Fortschritts wünschenswert wäre. Da Preußen nun aber nicht nur die Verteidigung seiner Staatsposition gegenüber dem Reich, sondern die Beherrschung des Reichs anstrebt, wenn es dieses Ziel auch

meist nicht erreicht, weil seine Bürokratie oft nicht mit den feinen Mitteln der Diplomatie, sondern mehr nach den Regeln des studentischen Ehrenkodex zu fechten versteht, so kann sich das Reich erfolgreich der Abneigung der Süddeutschen gegen eine preußische Hegemonie bedienen. In der Regel aber führt der Gegensatz von Reich und Preußen, der im wesentlichen ein Gegensatz der auf einem großen Gebiet den gleichen Aufgaben gegenübergestellten Ministerialbürokratien ist, zu einem ergebnislosen Kampf, auf dessen Nachteile im einzelnen ich hier nicht eingehen möchte, da darüber wohl ausreichend in den letzten Jahren geschrieben worden ist. Es ist daher zu begreifen, daß bei allen ernsthaften Reichsreformplänen die Beseitigung des Gegensatzes zwischen Reich und Preußen im Vordergrund steht.

Daß ein Aufgehen Preußens im Reich für Norddeutschland eine Stärkung der Nation bedeuten würde, steht für mich außer jedem Zweifel. Die Gründe, die gegen ein Aufgehen der süddeutschen Länder im Reich sprechen, treffen meines Erachtens für Preußen nicht mehr zu. Von einem besonderen preußischen Staatsgefühl, das nicht durch die gleiche Anhänglichkeit an das Reich ersetzt werden könnte, oder von einem Verständnis für die Notwendigkeit der Erhaltung einer eigenen preußischen Verwaltung kann in breiten Kreisen ernsthaft nicht die Rede sein. Man fühlt als Rheinländer, Westfale, Hannoveraner, Ostpreuße,

Pommer, Schlesier seine Eigenart, aber nicht als Preuße. Hinter dem Stammesgefühl kommt in Norddeutschland gleich das stolze Bewußtsein, Deutscher zu sein. Früher war es anders. Da gab es, wenn auch im Westen nicht so ausgedehnt wie im Osten, breite Schichten, die in Verbindung mit der Dynastie, dem Heer, dem Beamtentum und in Erinnerung an eine ruhmreiche Geschichte sich dem preußischen Staat verbunden fühlten, ein preußisches Staatsgefühl aufbrachten. Ich habe den Eindruck, daß das heutige preußische Staatsgefühl, von den Abgeordneten, die Nutznießer des jetzigen Systems sind, abgesehen, im wesentlichen auf die preußische Bürokratie beschränkt ist, die mit dem gleichen Eifer den Reichsgedanken vertreten wird, wenn ihr im Reich eine entsprechende Machtstellung eingeräumt worden ist.

Mit dem Aufgehen Preußens im Reich ist das Problem aber, wie wir gesehen haben, nicht gelöst. Denn wenn auch sicher das Aufgehen Preußens im Reich zu einer Integration der Nation beitragen würde, der Nutzen davon würde wesentlich beeinträchtigt werden, wenn diese unitarische Lösung gleichzeitig zu einer Unitarisierung Süddeutschlands führen würde. Hier, wo noch ein starkes Staats- und Stammesgefühl und das Bewußtsein einer besonderen Eigenart gegenüber dem Norddeutschen vorhanden ist, würde eine Unitarisierung das von Jahr zu Jahr wachsende Gefühl der Verbundenheit mit dem Reich zweifellos stark beeinträchtigen,

ohne daß das Reich von einer Unitarisierung wesentliche Vorteile hätte. Daß diese auf finanziellem Gebiet so hoch sein würden, wie vielfach behauptet wird, ist keineswegs bisher überzeugend nachgewiesen worden. Aber selbst wenn die finanziellen Vorteile verhältnismäßig hoch wären, so muß man demgegenüber doch auch einmal rechnen, was es für einen Gewinn für die Nation bedeutet, daß es hier in Süddeutschland große Staatsgebiete mit einer staatsbewußten Bevölkerung gibt, in denen nicht die gesellschaftlichen und politischen Gegensätze bestehen, die wir früher beklagt haben. Hier herrscht in fast allen Kreisen der Bevölkerung eine demokratische Gesinnung, wie sie in Norddeutschland erst allmählich sich herausbilden muß. Ist es nicht weiser, statt hier unwiederbringlich Positionen zu verlieren, von denen aus allein moralische Eroberungen gemacht werden können, in Süddeutschland durch Aufrechterhaltung des Staatscharakters der Länder dazu beizutragen, die süddeutsche Demokratie an den demokratischen Gesamtstaat zu gewöhnen. Will man das aber, so sollte man noch einen Schritt weitergehen und durch eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten und durch eine Freigabe eigener Steuerquellen an die Länder, wodurch das Verantwortungsgefühl der süddeutschen Parlamente und Regierungen gehoben werden würde, zu einer Beruhigung beitragen. Und noch ein weiteres. Die Reichreform darf nicht dazu führen, daß die künftige Reichsbürokratie ausschließlich aus

einer ehemals preußischen Bürokratie besteht. Die Bürokratie der süddeutschen Länder muß einen starken Anteil an der Reichsbürokratie behalten. Sonst führt der Gegensatz zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern zu einer neuen, auf diesem Gebiet seit Bismarck doch mit immer größerem Erfolg glücklich überwundenen, Mainlinie. Der Süddeutsche versteht nun einmal den Norddeutschen in seiner Art, sich zu geben und die Dinge anzupacken, nur nach langer Bekanntschaft. Man bemerkt es fast in jeder Gesellschaft, wie der Süddeutsche sich zu jedem sofort hingezogen fühlt, wenn er merkt, daß bei ihm nicht hundertprozentig norddeutsche Abstammung und Art vorhanden ist. Und der Süddeutsche kann in seiner — ich komme immer wieder darauf zurück — wahrhaft demokratischen Haltung, viel dazu beitragen, daß in Deutschland sich diese demokratische Gesinnung ausbreitet, die wir bisher noch allzusehr vermissen. Hier liegt ein ganz ernstes Problem, so ernst, daß, wenn es nicht richtig gelöst werden würde, die schönste Verteilung der Zuständigkeiten und die größte errechenbare Ersparnis nichts nützen und eine Gefahr für die Integration unseres Volkes zu einer Nation daraus entstehen würde. Ich möchte so weit gehen, zu sagen: Ist die Entwicklung des Reichs gleichzeitig durch Beseitigung Preußens und durch Erhaltung des Staatscharakters der süddeutschen Länder nicht möglich, so sollte man von einer Reichsreform lieber überhaupt absehen.

9. These:

> Demokratie bedeutet nicht Alleinherrschaft des Staates. Öffentliche Aufgaben werden in weitgehendem Umfange durch öffentlichrechtliche und privatrechtliche Verbände gelöst werden müssen, die der Staat jedoch durch Einordnung zu seiner Integration mit heranziehen muß.

Wenn hier mit Nachdruck die Forderung erhoben worden ist, im Hinblick auf die wünschenswerte Einheit der Nation auf den Boden der politischen Demokratie zu treten, so sollten damit nicht die ausschließlich in der staatlichen Sphäre befindlichen Institutionen, wie das Parlament und die Regierung, als einzige Mittel zu ihrer Verwirklichung empfohlen werden. Zu diesen ist vielmehr noch als eines der wirksamsten die Selbstverwaltung zu rechnen. In weitesten Kreisen, vor allem auch in den politisch der Demokratie nahestehenden, ist allerdings in zunehmendem Maße eine gegen die Selbstverwaltung gerichtete Tendenz festzustellen.

Man ist geneigt, die Selbstverwaltung als Vorläuferin der politischen Demokratie, gewissermaßen als eine Hilfskonstruktion aus der Zeit des absolutistischen und konstitutionellen Staates anzusehen,

die durch den Neubau der demokratischen Staatsverfassung entbehrlich geworden ist; hat doch auch eine wissenschaftliche Betrachtung das Werk des Freiherrn vom Stein vielfach unter diesem Gesichtspunkt gesehen. Hierbei hat man allerdings, wie die Staatsrechtswissenschaft nachgewiesen hat, drei Organisationsgedanken, die der Freiherr vom Stein verwirklicht hat, gleichzeitig unter den Begriff der Selbstverwaltung gebracht, die Heranziehung von Laien, von ehrenamtlich tätigen Personen für die Staatsverwaltung, die Errichtung eines Repräsentativorganes, einer Volksvertretung in den Gemeinden, und die Lösung von öffentlichen Aufgaben durch selbständige dem Staat eingegliederte Verbände. Man kann in einer Zeit, die Wert darauf legt, bei der Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen Sachverständige aus den Kreisen der zunächst Betroffenen heranzuziehen, gewiß nicht sagen, daß der erste Gedanke heute nicht mehr lebensfähig wäre, wenn er auch etwas andere Formen angenommen hat. Die vielen Sachverständigenbeiräte werden vielfach zwar gehört. Aber da die Bürokratie allein die Entscheidung hat, so fehlt ihren Mitgliedern die Verantwortung, und sie laufen Gefahr, zu einer bloßen Dekoration zu werden. Das ist aber gewiß nicht im Sinne des Freiherrn vom Stein, der sein ganzes Leben darum gekämpft hat, verantwortliche Männer aus dem Volke der Bürokratie zur Seite zu stellen. Es ist wahrscheinlich, wenn auch durch die Forschung bisher nicht über-

zeugend erwiesen, daß er dadurch, daß er den Städten eine größere Selbständigkeit im Staate zurückgab und sie durch eine auf Wahlen beruhende Vertretung regieren ließ, die Bürger politisch für eine Volksvertretung im Gesamtstaat allmählich erziehen wollte. Aber deutlicher erkennbar ist sein Bestreben, den Staat nicht überall selbst in die Erscheinung treten zu lassen, sondern öffentliche Aufgaben an seiner Stelle in kleinem Kreise durch die Nächstbeteiligten unter eigener Verantwortung lösen zu lassen. Das ist es, was wir seit einem Jahrhundert unter Selbstverwaltung in Deutschland verstanden haben, was in Städten, Gemeinden, Kreisen, Provinzen und zahllosen anderen öffentlichen Verbänden sich vielfältig bewährt und seinen Siegeszug durch die ganze Welt angetreten hat.

Man wird im Ernst nicht behaupten können, daß dieser Gedanke sich überlebt habe. Dem Kollektivismus unserer Zeit würde es nicht entsprechen, den Wunsch nach politischem Einfluß im Volke auf die Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten durch die Teilnahme an Parlamentswahlen und durch die Repräsentation in Staatsparlament und Regierung allein befriedigt zu sehen. Hinter dem Wunsche nach Zurückdrängung der Selbstverwaltung steht vielmehr häufig nichts anderes als die Überzeugung einer machtbewußten Zentralbürokratie, daß sie von ihren Amtszimmern aus den Staat bis in seine einzelnen Teile hinein besser regieren könne, wie jeder andere. In der Machtsteigerung dieser Bürokratie

erblicke ich die größte Gefahr für die Zukunft unseres Volkes, nicht weil ich keinen Respekt vor der Klugheit der hier in Betracht kommenden Männer hätte, sondern weil der zunehmende Zentralismus, mögen auch mit ihm vorübergehende Vorteile verbunden sein, das Gefühl für Verantwortung in Stadt und Land ertötet, und die lebendigen Beziehungen des Staates zu seinen Bürgern, die durch die bloße Teilnahme an den Wahlen zum Zentralparlament nicht ersetzt werden können, abgerissen werden. Diese Gefahr besteht schon innerhalb der eigentlichen Sphäre des Staates, da auch in der Verwaltung des Staates, nicht erst seit der Revolution, aber seither in zunehmendem Maße, die Tendenz zu bemerken ist, die Entscheidung aus den unteren und mittleren Instanzen immer mehr in die Zentralinstanz zu verlegen, was abgesehen von der früher gestreiften Politisierung des Beamtentums viel dazu beigetragen hat, tüchtige und verantwortungsfreudige Beamte aus dem Staatsdienst zu treiben, und so letzten Endes dazu geführt hat, die Staatsautorität zu untergraben. Stehen an den Stellen, wo der Staat mit dem Bürger wirklich in Berührung kommt — der Geheimrat aus der Zentralinstanz hat nur selten Gelegenheit dazu — untüchtige Beamte, und sind sie noch dazu gebunden durch Anordnungen, die von Beamten der Zentralinstanz stammen, welche nie in einer unteren Instanz Gelegenheit gehabt haben, mit dem Volke in Berührung zu treten, so darf man sich nicht wun-

dern, wenn die Politik des Staates immer weniger Resonanz bei den Regierten findet. Die überwiegende Übernahme öffentlicher Aufgaben durch den Staat ist, davor kann nicht eindringlich genug gewarnt werden, eine Gefahr für die Demokratie, weil sie zwangsläufig einen Gegensatz zwischen Regierern und Regierten schafft. Man spricht mit Stolz davon, daß seit Einführung der politischen Demokratie der Obrigkeitsstaat durch den Volksstaat abgelöst worden sei. Aber man bedenkt nicht, daß die Steigerung der Staatsaufgaben und die damit verbundene zahlenmäßige Vermehrung des Beamtentums dazu geführt hat, die Regierten viel häufiger, als früher, mit den Behörden in Berührung zu bringen. Und nicht jeder überlegt sich, wenn er sich über die Behörden oder den Beamten ärgert, daß diese letzten Endes ihre Macht von ihm selbst bzw. dem Volke ableiten, wenn er auch in der Schule gelernt hat, daß ein preußischer König sich als erster Diener des Staates bezeichnet hat. So trägt die Zunahme des Beamtentums dazu bei, den Prozeß der Herausbildung einer wahrhaft demokratischen Gesinnung zu stören. Hier kann nur eine weise Beschränkung des Staates auf die wichtigsten, die Lebensnotwendigkeiten der ganzen Nation berührenden Aufgaben helfen. Alles übrige sollte er der Selbstverwaltung anderer Verbände überlassen.

Nun ist allerdings nicht zu verkennen, daß der Gedanke der Selbstverwaltung eine starke Einbuße erlitten hat durch die finanzielle Mißwirtschaft, die

in den Gemeinden, insbesondere in den Stadtgemeinden, in den letzten Jahren vielfach geherrscht hat und seit kurzem deutlich zutage getreten ist. Und gerade diese hat ja dazu geführt, Pläne reifen zu lassen, im Anschluß an das englische Vorbild, das Aufsichtsrecht des Staates zu einer an die Gewährung von Staatszuschüssen anknüpfenden Reglementierung durch die Zentralbehörden auszubauen, wodurch letzten Endes die Gemeinden wieder in den Zustand zurückgebracht werden würden, in dem sie sich vor der Einführung der Selbstverwaltung durch den Freiherrn vom Stein befunden haben. Auf diese Weise würde allerdings die Lösung am falschen Ende angepackt werden. Nicht die Selbstverwaltung ist daran schuld, daß sich die beklagten Zustände herausgebildet haben, sondern eine falsche Regelung des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden, das Überweisungssystem, das die Gemeinden in hohem Maße auf Staatszuschüsse anweist, und die Reglementierung der Steuerhoheit der Gemeinden überhaupt, die den verantwortlichen Organen in den Gemeinden die Freude an der Verantwortung nimmt. Hier muß eine Regelung getroffen werden, die denjenigen, welche über die Ausgaben zu beschließen haben, auch die ganze Verantwortung für die Bewilligung der Einnahmen überträgt, wobei dafür zu sorgen ist, daß sie auch die Wirkungen der Einnahmebewilligung am eigenen Geldbeutel zu spüren bekommen. Selbstverständlich darf der Finanzausgleich

nicht so geregelt werden, daß die Gemeinden schrankenlos ihre Einnahmen erhöhen dürfen. Aber hier genügen die vorhandenen Staatsaufsichtsrechte, wenn die Genehmigung von Abgaben, die über eine bestimmte Höhe hinausgehen, durch die Aufsichtsbehörden vorgeschrieben wird.

Schwieriger wird es sein, einen anderen Mißstand zu beseitigen, der zu der Schwächung der Selbstverwaltung zweifellos stark beigetragen hat, ich meine die Politisierung von Stadtparlament und Stadtregierung durch die Parteien des Reiches. Man kann ein großer Anhänger des Parteiensystems sein und damit doch nicht die Wiederholung des gesamten Aufmarsches der Parteien, die doch meist durch Programme der großen Politik, durch große wirtschaftliche Interessenverbindungen und nicht zuletzt durch eine gemeinschaftliche Weltanschauung zusammengeführt werden, in der Gemeinde für richtig halten. Die lokalen Bedürfnisse erfordern oft eine ganz andere Gruppierung, wie die Parteigruppierung im Staate, und es ist noch nicht so sehr lange her, da gab es in den Gemeinden tatsächlich andere Parteien, wie im Staat. Inzwischen haben die Parteien sich die Gemeinden erobert, sie betrachten die Gemeindewahlen vielfach nur als Manöver für die Vorbereitung der entscheidenden Wahlschlachten im Reich. Daß diese Politisierung für die Gemeinden verhängnisvoll werden kann, ist jüngst an einer Reihe von Beispielen klar geworden. Parteienkonflikte im Staat brauchen noch nicht notwendig die

Staatsmaschine zum Stillstand zu bringen, da die Verwaltung zunächst nicht davon betroffen wird, und im äußersten Falle durch Verhängung des Ausnahmezustandes für die Durchführung notwendiger Maßnahmen gesorgt werden kann. In der Gemeinde zeigt es sich aber, daß auch das Gemeindeparlament letzten Endes Verwaltungsfunktionen hat, die nicht gelähmt werden dürfen. Das Radikalmittel, das hier bleibt, die kommissarische Verwaltung durch den Staat, vernichtet vorübergehend die Selbständigkeit der Gemeinde. Auch hier wäre es aber verfehlt, durch eine Änderung des Systems eine Besserung zu erhoffen. Solange die Parteien sich in den Gemeinden nicht selber umgruppieren, wird mit einer wesentlichen Änderung der bestehenden Zustände nicht zu rechnen sein. Dagegen zeigt die zur Zeit besonderes unerfreuliche, weil der Parteizersplitterung noch Vorschub leistende, Bildung neuer ausgesprochener Kommunalparteien, die mehr wirtschaftlich als politisch eingestellt sind, daß Tendenzen vorhanden sind, die auf eine Änderung der bestehenden Parteiverhältnisse unter Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse hinweisen. Die bürgerlichen Parteien sollten hier vor allem danach streben, durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften Gegensätze zu unterdrücken, die vielleicht in der hohen Staatspolitik berechtigt sein mögen, in der Gemeindepolitik aber jeden Sinn verlieren. Vielleicht kann, wenn man diesen Weg beschreitet, damit auch indirekt den Parteien im Staat geholfen werden.

Wird so die Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände wieder eine wahre Selbstverwaltung, dann wird sie unendlich viel leisten können für die Erziehung unseres Volkes zur Demokratie, da sie breitere Schichten in ehrenamtlicher Tätigkeit zur Verantwortung für öffentliche Angelegenheiten heranbildet und damit zur Stärkung der Nation beiträgt.

Die Demokratie würde aber heute ihre Aufgabe nicht ganz erkennen, wenn sie sich darauf beschränken würde, nur die hergebrachten öffentlichen Verbände, Gemeinden, Kreise, Provinzen durch die Selbstverwaltung zur Entlastung des Staates beitragen zu lassen. Die Entwicklung ist ja längst viel weiter fortgeschritten. In der politischen Sphäre um den Staat finden wir heute in allen modernen Ländern, ganz besonders aber in Deutschland, eine Fülle von bestehenden oder werdenden Gemeinschaften, nicht immer nur öffentliche, sondern auch private Verbände, die alle irgendwie öffentliche Aufgaben neben dem Staat oder an Stelle des Staates zu erfüllen übernommen haben oder suchen, oder deren sich der Staat in irgendeiner Weise, sei es zur Durchführung öffentlicher Aufgaben, die er selber nicht übernehmen will, bedient oder die er sonst bei seiner Willensbildung und Willensausführung mit heranzieht. Dazu gehören außer den vorher behandelten Selbstverwaltungskörpern die Religionsgesellschaften und deren Spitzenverbände, große kulturelle Gemeinschaften, wie die Forschungsge-

meinschaft der deutschen Wissenschaft, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und der Caritasverband. Ob man die Universitäten und sonstigen Hochschulen angesichts der hier festzustellenden immer stärkeren Umgestaltung in Staatsanstalten noch hierzu rechnen kann, kann zweifelhaft sein. Vor allem aber wirtschaftliche Verbände aller Art, es seien hier nur die Gewerkschaften und die großen landwirtschaftlichen und industriellen Fach- und Arbeiterverbände erwähnt, von denen ja oft gesagt worden ist, daß sie eine Macht im Staat bilden, sind hierzu zu rechnen. Ja, es wird vielfach zu fragen sein, ob nicht auch einzelne große industrielle Unternehmungen, die in zunehmendem Maße öffentliche Aufgaben verfolgen, mit in dieser Reihe zu nennen wären. Man würde die lebendigen Strömungen in unserem Volke, die diese Entwicklung herbeigeführt haben, verkennen, wollte man in dieser Entwicklung eine Schwächung unseres Staates sehen. Der Staat ist nicht nur das wählende Volk, das Parlament, die Regierung und die Beamtenschaft, zu denen neuerdings von der Staatslehre immer mehr anerkannt auch die Parteien getreten sind. Er kann mehr als das sein, wenn er es versteht, diese nach Entfaltung strebenden neuen Kräfte zu sich heranzuziehen, in unlösliche Beziehungen zu sich zu setzen. Erst wenn er es versteht, sie mit zur Integration der politischen Einheit des Volkes zu verwenden, wird er ein wirklich starker Staat sein können.

Nur in dieser Richtung kann nach meiner Überzeugung auch eine befriedigende Lösung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft erfolgen. Der Wirtschaft gebührt nicht der Primat vor dem Staat, das Staatsparlament darf auch nicht zu einem Wirtschaftsparlament werden. Aber da die Wirtschaft in mehrfacher Hinsicht unser Schicksal ist, muß der Versuch gewagt werden, sie, wie das im Reichswirtschaftsrat, wenn auch noch nicht befriedigend, zu lösen versucht worden ist, aus der Fülle wirtschaftlicher Einzelorganisationen zu einem Ganzen zusammenzufassen und durch eine Organisation im Staat zur Integration des deutschen Volkes zu einer Nation mit heranzuziehen.

10. These:

Eine Lebensaufgabe für unser Volk ist es, die Arbeiterschaft in die Nation hinein zu integrieren.

Wenn wir von Wirtschaft sprechen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß die Klammer, die ihre wichtigsten Elemente, Unternehmer und Arbeiter zusammenschließen müßte, um zu einer Integration der Wirtschaft in sich zu gelangen, heute noch fehlt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn es gelänge, den Gegensatz von Unternehmern und Arbeitern zu beseitigen, damit zugleich die Integration unseres Volkes zu einer Nation in außerordentlichem Maße beschleunigt werden würde. Doch ist der Weg, zu diesem Ziele zu gelangen, lang und dornenvoll, und zwar hauptsächlich deswegen, weil vom Arbeiter erwartet werden muß, daß er einen großen Teil der ihm seit Jahrzehnten gepriesenen Dogmen aufgibt. Er muß seine klassenkämpferische Haltung aufgeben und sein Verhältnis zum Kapitalismus revidieren. So wie von uns, müssen wir auch von ihm eine illusionsfreie Einstellung zur Politik der nächsten Zukunft verlangen.

Das deutsche Schicksal wird für Jahrzehnte bestimmt werden durch das Schicksal der deutschen

Wirtschaft. Nur wenn es der deutschen Wirtschaft gelingt, sich trotz der Lasten der internationalen Verträge als Nationalwirtschaft im Konkurrenzkampf der übrigen Nationalwirtschaften einigermaßen selbständig zu erhalten, kann es überhaupt Raum geben für deutsche Politik. Dabei kann nur das kapitalistische Wirtschaftssystem der Wirtschaft die erforderlichen Antriebe geben. Es ist für uns durch den Konkurrenzkampf mit den Anderen, schließlich durch die Reparationsverträge zwangsbedingt. Würde es gelingen, in Deutschland die Arbeiterschaft mit dem kapitalistischen System zu versöhnen, so würde die Kraft Deutschlands im Konkurrenzkampf unzweifelhaft außerordentlich gesteigert werden, was nicht nur unserem ganzen Volke, sondern letzten Endes dem Arbeiter selber am meisten zugute kommen würde. Denn gelänge es, den Arbeiter davon zu überzeugen, daß die Initiative des über ein starkes nationales Kapital verfügendes Unternehmers ebenso unentbehrlich ist, wie seine Intelligenz und Arbeitskraft, daß ihrer beider Leistung Dienst am Volke ist, so würde bei dem Arbeiter die seelische Beziehung zur Arbeit zu einer Steigerung der Arbeitsleistung führen, ja es würden auch bei dem jetzt durch die Arbeitskämpfe stark beanspruchten Unternehmer seelische Antriebe frei gemacht werden können, was beides zu einer Hebung der Produktion und damit zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen beitragen müßte.

Ich bin mir darüber klar, daß das hier propa-

gierte Ziel sehr schwer zu erreichen sein wird. Schon im Bürgertum dürfte es vielfach an Verständnis für diese Schicksalsfrage des deutschen Volkes mangeln, ist doch in Deutschland die Stimmung für den Kapitalismus und das, was man die Industrie und die Landwirtschaft nennt, in bürgerlichen Kreisen keineswegs günstig. Abgesehen davon, daß in den Parteien Rücksichten auf Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften genommen werden müssen, die mehr oder weniger von den antikapitalistischen Ideen der Sozialdemokratie beeinflußt sind, sind durch die Inflation weite Kreise des Bürgertums durch den Verlust ihres Vermögens in eine gereizte Stimmung gegenüber den zur Zeit noch Besitzenden geraten, während bei denen, die ihr Vermögen außerhalb der Industrie erhalten oder neu erworben haben, vielfach ein gesellschaftliches Ressentiment gegen Industrielle und Großagrarier besteht. Die Kapitalflucht ins Ausland und die Überfremdung unserer Industrie wird in diesen Kreisen, zu denen fast alle unsere Intellektuellen zählen, geradezu als ein Zeichen für den Mangel an nationaler Gesinnung in der Industrie angesehen. Diese antiindustrielle Stimmung des Bürgertums, durch die vielfach wenig industriefreundliche Haltung der großen Presse noch unterstützt, hat dazu geführt, daß auch bei den Arbeitskämpfen das Bürgertum vielfach auch dann mit den Arbeitnehmern sympathisiert, wenn ihre Forderungen überspannt sind.

In der Arbeiterschaft wirkt die Erziehung zur

klassenkämpferischen Haltung, die mit Rücksicht auf die kommunistische Partei auch trotz allem errungenem von der sozialdemokratischen Partei nicht aufgegeben werden kann, einer Verständigung entgegen. Auch hier kommt das, was ich früher als Ghettostimmung bezeichnet habe, hinzu, wenn sie sich auch vielfach infolge der errungenen ungeheuren politischen Erfolge mehr in einer Überschätzung der Entbehrlichkeit der „Bourgeoisie" als in Minderwertigkeitsgefühlen äußert.

Aber auch auf der Unternehmerseite wirkt der an vielen Stellen noch vorhandene, früher beklagte, auf die Kastenbildung in der Gesellschaft zurückzuführende Mangel eines wahrhaft demokratischen Geistes vielfach einem Ausgleich zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft entgegen. Hier wird die Aristokratie der demokratischen Gesinnung sich besonders bewähren müssen. Es ist erstaunlich, welche Erfolge Unternehmer in ihren Betrieben erzielen, die im Umgang mit ihren Arbeitern diese demokratische Gesinnung zu bewahren wissen. Erforderlich wird aber vor allem sein, daß die Zahl der Unternehmer zunimmt, die ihren Beruf nicht als bloßen Gelderwerb ansehen, sondern als eine große sittliche, soziale und nationale Aufgabe, als Dienst am Volke, da Eigentum, wie die Verfassung so schön sagt, verpflichtet. Auch werden die mit dem Reichtum verbundenen Pflichten ihm Zurückhaltung in seiner Lebenshaltung auferlegen. Der Unternehmer, der seine Zeit lediglich auf dem Rennplatz ver-

bringt, hat keinen Anspruch auf soziale Wertschätzung. Wer hierfür kein Verständnis hat, kann nach unserer Meinung nicht den Anspruch erheben, zur Aristokratie gerechnet zu werden. Auf der anderen Seite ist es bedauerlich, wie wenig es bekannt ist, wie groß die Zahl unserer Wirtschaftsführer ist, die ganz für ihren Betrieb und darüber hinaus für die Allgemeinheit leben und ein entsagungsvolles Leben im Auto und im Schlafwagen verbringen. Die meisten, die sie abends in ihrem Mercedes oder Maybach an der Rampe der Bahnhöfe vorfahren sehen und sie beneiden, weil sie selbst vielleicht einige Stunden die harten Bänke der 3. Klasse auf einer kurzen Reise drücken müssen, wissen nicht, wieviel Nächte diese Männer allein im Schlafwagen zwischen Berlin und dem Ruhrgebiet oder Oberschlesien verbringen und wieviel Stunden täglich auf den Landstraßen zwischen den großen Städten des Reviers.

Sicherlich wird es zum Ausgleich beitragen, wenn die Aristokratie der demokratischen Gesinnung künftig dafür sorgt, daß wirklich befähigte Arbeiter in die führende Aristokratie in Staat und Wirtschaft aufgenommen werden. Wichtiger aber wird es sein, wie das Problem der Wirtschaftsdemokratie gelöst werden wird. Die Wirtschaftsdemokratie ist ein neues Schlagwort, unter dem sehr verschiedenes verstanden wird. Versteht man darunter, daß in der Wirtschaft der Unternehmer abgelöst werden soll durch Betriebsleiter, die von den Betriebsräten oder

den Gewerkschaften gewählt werden, sowie die von der Krone ernannten Minister durch parlamentarische Minister abgelöst worden sind, so ist Wirtschaftsdemokratie eine sehr gefährliche Forderung, die bekämpft werden muß. Denn sie arbeitet mit einer Analogie, die nicht zutrifft. Der Minister, ob er vom Monarchen oder vom Parlament ernannt wird, bleibt immer bis zu einem gewissen Grade Beamter, der kapitalistische Unternehmer, auch wenn er angestellter Generaldirektor ist, ist dies nicht, er ist viel mehr auf Initiative und Risiko gestellt, vor allem auf Unabhängigkeit gegenüber seinen Auftraggebern. Die Wirtschaftsdemokratie würde ihn aber zu einem Beamten machen. Solange man das kapitalistische System gelten läßt, würde dies ein großer Fehler sein. Schon sind die großen Unternehmungen, insbesondere die Trusts, der Gefahr der Bürokratisierung in großem Umfange ausgesetzt. Und unsere Abneigung gegenüber einem Überhandnehmen der Bürokratie im Staat gilt in noch stärkerem Maße der drohenden Bürokratisierung der Privatwirtschaft. Hier liegt ein sehr ernstes Problem vor. Die Verbeamtung unseres Volkes, die Millionen heute erstrebenswert erscheint, wird uns nicht weiterbringen. Es ist daher vor allem auch zu befürchten, daß bei der Auswahl dieser beamteten Unternehmer nicht nach Tüchtigkeit, sondern nach Beziehungen zu gewerkschaftlichen Koterien entschieden werden würde. Das gesellschaftliche Ressentiment, die Ghettostimmung gegen die sogenannten

höheren Stände könnte hier dazu führen, daß eine erbbiologisch qualitativ für eine leitende öffentliche Stellung bestimmte Schicht zugunsten eines Massendurchschnittes ausgeschaltet und ins Ausland gedrängt werden würde. Auch würde der Betriebsleiter, der z. B. von einer Betriebsversammlung gewählt werden würde, in eine unmögliche Situation kommen, in der sich der Beamte nicht befindet, nämlich von denen, denen er Befehle erteilt, in der Betriebsversammlung kritisiert zu werden. Ohne Autorität kann kein Betrieb auf die Dauer erfolgreich geleitet werden. Dagegen könnte ich mir denken, daß man viel dazu beitragen könnte, das seelische Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit zu heben, wenn man durch organisatorische Änderungen im Betriebe, durch Einfluß von Arbeiterausschüssen auf die eigentliche Betriebsorganisation nach amerikanischem Vorbilde und durch die Erleichterung des Aufstiegs im Betriebe ihn mehr zur Mitverantwortung heranziehen würde. Hier kann sicher noch manches geschehen. Auch wirkt die Zeit, da immer mehr die Handarbeit durch die Maschine ersetzt, und damit der Arbeiter zu einem kleinen Ingenieur gemacht wird, in diesem Sinne. Der Arbeiter muß die Überzeugung gewinnen, als wichtiger Faktor im Produktionsprozeß anerkannt zu werden. Die gute handwerksmäßige Ausbildung der Lehrlinge, die den Arbeiter zur Freude an seinem Beruf erzieht, wäre ebenfalls in diesem Zusammenhang zu nennen. Ich würde allerdings alle diese Bestre-

bungen nicht unter den Begriff der Wirtschaftsdemokratie, sondern der Selbstverwaltung im Betriebe zusammenfassen.

Es bleibt schließlich eine der wichtigsten Fragen, das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Auch hier müssen wir den Dingen, wie sie sind, ohne uns Illusionen zu machen, in die Augen sehen. Es ist eine weitverbreitete Ansicht, die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern bestünden nicht, wenn die Gewerkschaften nicht wären, und man könne durch eine stärkere seelische und wirtschaftliche Bindung der Arbeiter an den Betrieb zu einer Aussöhnung gelangen, wenn diese nicht immer wieder durch die Gewerkschaften verhindert werden würde. Ich glaube, man übersieht dabei eines. Es ist eine auffallende Tatsache, daß, wenn auch nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiter zahlende Mitglieder der Gewerkschaften sind, der größte Teil doch den von den Gewerkschaften gegebenen Direktiven folgt. Wie ist das zu erklären? Wahrscheinlich daraus, daß der Arbeiter dank der Erfolge der Gewerkschaften in den Gewerkschaften Gebilde sieht, die ihm die Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern vermittelt haben. Minderwertigkeitsgefühle, die hier zu einem Ausgleich gebracht werden, spielen zweifellos eine Rolle. Diese werden durch höhere Löhne oder eine bessere Stellung im Betriebe nicht im gleichen Maße ausgeglichen werden. Hier spielt der früher erwähnte unheilvolle gesellschaftliche Gegensatz, der nicht nur zwischen

Arbeitern und Unternehmern besteht, sondern auch zu einer Kastenbildung innerhalb der Arbeiterschaft, vor allem aber in der Zwischenstufe, geführt hat, hinein. Die Gewerkschaft trägt dagegen zu einem demokratischen Ausgleich innerhalb der Arbeiterschaft bei. Solange wir nicht durch eine demokratische Gesinnung in allen Schichten des Volkes die Kastengegensätze überwunden haben, wird man gut tun, die größere soziale Achtung, die der Arbeiter durch Vermittlung der Gewerkschaften auch den Unternehmern gegenüber anerkannt fühlt, als einen Aktivposten zu buchen und nicht leichtsinnig auf eine Zerstörung der Gewerkschaften hinzustreben.

Es wird vielmehr die Frage sein, ob man nicht durch eine freundlichere Haltung zu den Gewerkschaften erreichen kann, daß der Arbeiter an das zur Zeit nun einmal unabänderliche kapitalistische Wirtschaftssystem sich gewöhnt. Vielleicht gelingt es, sie zu Vermittlern bei einer Umorganisation der Betriebe heranzuziehen, um durch die von den Arbeitern frei gewählten Führer das Mißtrauen gegen die Betriebsleitung zu beseitigen. Eine solche Politik, die auf die Wiederherstellung der zerstörten Arbeitsgemeinschaft, wenn auch in loserer Form, und ohne die Illusionen der früheren, hinauslaufen würde, dürfte bei den Gewerkschaften vielleicht auf Entgegenkommen stoßen. Die Gewerkschaften stehen vor einem Wendepunkt. Angesichts der internationalen Wirtschaftslage und der Reparations-

verpflichtungen, die Deutschland auf sich genommen hat, dürften bei allem Interesse, das die Unternehmer an hohen Löhnen der Arbeiterschaft haben, auf dem Gebiete der Lohntarifpolitik von seiten der Gewerkschaften keine großen Lorbeeren zu pflücken sein. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß nach einer Übergangszeit des Rückgangs von Zinssätzen und Preisen, die vielleicht auch den Wunsch auf Lohnherabsetzungen entstehen lassen und damit größere Tarifkämpfe zur Folge haben könnte, für längere Zeit eine Stabilität bezüglich der Arbeitsbedingungen eintreten wird, die die Grundlage für einen dauerhaften Arbeitsfrieden geben könnte. Die Gewerkschaften werden sich dann nach anderen Aufgaben umsehen müssen.

Schon jetzt beginnen sie sich, besonders in ihren Spitzenorganisationen, für Bildungsfragen und wissenschaftliche Fragen zu interessieren. Sie hier, überall, wo sie es wünschen, heranzuziehen und ihnen das vielfach vorhandene Mißtrauen gegen die Wissenschaft zu nehmen, wird die Aufgabe einer klugen Politik sein. Vor allem aber scheint mir, könnten die Gewerkschaften nützliche Dienste bei der wohl unvermeidlichen Reorganisation der Sozialversicherung leisten. Es ist bis in die Kreise der Arbeiterschaft, soweit sie verständig ist, heute die Überzeugung im Vordringen, daß auf dem Gebiet der Sozialverwaltung nicht alles stimmt, daß hier Mißbräuche in weitem Umfang eingerissen sind, die geeignet sind, den an sich nützlichen Gedanken der

Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege zu diskreditieren. Wir erblicken für die Zukunft unseres Volkes vor allem eine ungeheure Gefahr darin, wenn man sich daran gewöhnt, alle Hilfe vom Staat zu erwarten. Die mit dem Versorgungsstaat notwendig verbundene Verbeamtung des ganzen Volkes muß es verhindern, daß neue Antriebe entstehen. Wir verneinen den Sozialismus als solchen durchaus nicht. Aber es muß in ihm für einen gesunden Individualismus wieder Raum geschaffen werden. Mehr Sparkassenbuchsbesitzer und weniger Versorgungsempfänger, das muß das Ziel sein! Auf die Selbsthilfe darf nicht ganz verzichtet werden. Diese Selbsthilfe wird für den Arbeiter eine genossenschaftliche sein müssen, und sie wird vom Staat und der Wirtschaft unterstützt werden müssen. In einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet könnte ich mir eine große Aufgabe für die Gewerkschaften der Zukunft denken. Kommt es zu einer solchen neuen Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, dann glaube ich auch, daß der Reichswirtschaftsrat, der bisher stark unter dem Gegensatz beider Gruppen gelitten hat, eine ganz andere Bedeutung in unserem Staat gewinnen wird.

11. These:

Die Aufgabe der Zukunft ist in erster Linie eine Erziehungsaufgabe, Individualitäten da zu entwickeln, wo das Individuum im Kollektivismus zu ersticken droht, vor allem der großen Masse der Arbeiter und Angestellten wieder Kulturwerte zu vermitteln, deren Besitz ihnen über die Öde ihrer Situation hinweghilft und sie wieder mit dem Leben verwurzelt. Kunst und Religion werden als die stärksten Kraftquellen vom Staat daher besonders geschützt werden müssen.

Was ist es nun aber, was die neue Partei an positiven Zielen auf ihre Fahne schreiben sollte? Ich glaube, es ist nicht Mangel an Produktivität, sondern realpolitische Gesinnung, wenn wir heute alle bei der Formulierung positiver Programme uns zurückhalten. Wir glauben nicht mehr daran, mit Vernunftdeduktionen das Leben meistern zu können. In die Zukunft zu blicken ist uns verschlossen, wir können nur, wenn wir alle Faktoren nach ihrem realen Wert einsetzen, in großen Umrissen ahnen, wohin die Entwicklung gehen wird. Und es ist besser, in bescheidener Zurückhaltung auf positive Programmpunkte zu verzichten und sich so die Freiheit des Handelns im gegebenen Augenblick zu sichern, als der Sklave seines Programms zu werden.

In einem wird man aber einig sein müssen, in der Gesinnung. Daß diese eine demokratische sein muß, ist schon wiederholt hier ausgesprochen worden. Sie

wird aber im Gegensatz zu der Gesinnung der sozialistischen Parteien keine kollektivistische sein dürfen. Sie wird bei allem Verständnis für die soziale Gemeinschaft den Wert des Individuums betonen, nicht das Individuum als letzten Wert, aber das Individuum in der Gemeinschaft. Ja es wird die große Erziehungsaufgabe der Zukunft sein, Individualitäten auch da zu entwickeln, wo das Individuum im Kollektivismus zu ersticken droht.

Der großen Masse der Arbeiter und Angestellten Freude an der Natur und an der Kultur nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb ihrer Klassen zu vermitteln ist ein schweres Problem, das aber mit Ernst und ehrlichem Willen in Angriff genommen werden muß. Gelingt es dem Arbeiter zu zeigen, daß es Werte gibt, die nicht durch den Geldbesitz vermittelt werden, die nicht käuflich sind, und deren Besitz ihm eine Befriedigung verleihen kann, die der Millionär nicht erreichen kann, es sei denn, daß er unabhängig von Stellung und Vermögen sie sich als Persönlichkeit auf dem gleichen Wege erarbeitet hat, wie der Arbeiter, in der Beschäftigung mit den letzten Dingen, im Leben in der Natur, in der Betrachtung von Kunstwerken, man wird sicher zufriedenere Menschen, wahrscheinlich aber auch mehr Persönlichkeiten heranbilden, als wenn man, wie der Kommunismus und der Nationalsozialismus es tun, die Masseninstinkte zu veredeln sucht. Nicht Proletkultur! Sie zu propagieren bedeutet letzten Endes nur eine Resignation gegenüber dem Neidgefühl der

Massen, sondern eine edlere Kultur für alle Menschen! Hier ist eine große Aufgabe, die trotz aller Schul- und Erziehungsprogramme noch nicht ernstlich in Angriff genommen worden ist. Sicher sind unendliche Hemmungen zu überwinden, besonders bei den Arbeitern. Woran liegt es, daß unsere Museen leer sind und fast nur von Gebildeten besucht werden? Der Arbeiter glaubt, daß dies eine bourgeoise Angelegenheit, etwas für die reichen Leute, sei. Und wenn er auch nicht, wie in Rußland, zwangsweise daraufhin erzogen wird, alle Kultur vor 1916 als eine historisch abgeschlossene zu betrachten, die den Menschen von heute nichts mehr zu geben vermag, so besteht doch auch bei uns instinktiv eine Angst, daß der Arbeiter dem Kollektivismus entfremdet werde, wenn er auf die Bedeutung der großen Persönlichkeit für die Gemeinschaft aufmerksam gemacht wird. Gesellschaftliche Zurückhaltung spielt auch hier wieder eine entscheidende Rolle. Und doch ist auf diesem Gebiet sicher viel zu erreichen, nicht durch gelehrte historische Führungen, sondern durch eine Einführung durch Menschen, die ihm sagen, was sie selber empfinden, was sie beim Anblick dieser Kunstwerke erhebt. Erstrebenswert ist auch, daß mit dem fortschreitenden und wünschenswerten Wohlstand im Arbeiterstand die Lebenshaltung des Arbeiters wieder Anschluß an die Wohnkultur findet, die seine Vorfahren als Handwerker und Bauern besessen haben.

Noch steckt, wie man vielfach z. B. bei den Bau-

arbeitern beobachten kann, in manchem Arbeiter ein gesunder Sinn für die meisterliche Leistung im Handwerk, für edle überlieferte Form. Wie werden oft alte Möbelstücke unter diesen Menschen gehütet! Eine neue Handwerkskultur in den täglichen Dingen des Lebens, unabhängig von Mode- und Massenwaren, in freier Anlehnung an überkommene wiederbelebbare Formen zu entwickeln, würde sicher dazu beitragen können, den Arbeiter aus seinem augenblicklichen Elend herauszuführen. Dazu ist allerdings erforderlich, daß in ganz anderem Umfange, wie bisher, etwas für die künstlerische Erziehung der Gebildeten, die hier allein Führer sein können, geschieht, sind sie doch heute in diesen Dingen vielfach noch unkultivierter, wie die Arbeiter. Schon zeigt sich, daß die Empfindung für Tradition wieder wächst, daß das Aufbauen aus dem Nichts ein Irrweg, eine Mode gewesen ist, die trotz aller noch so extravaganter Zickzackwege an ihrer eigenen Langweiligkeit zu sterben verdammt ist. Es wäre sicher falsch, heute von Staats wegen den Anschluß an die Tradition als ein Allheilmittel zu empfehlen, aber was man tun sollte, ist die Wege nicht zu verschließen, auf denen man zu diesen lebendigen Quellen gelangen kann.

Die größte Kraft, den Arbeiter wieder fest im Boden des Lebens zu verwurzeln, wird ihm die Religion geben und nicht nur ihm, denn alle unsere Kulturnöte sind ja Nöte, die wir im Grunde alle gemeinsam tragen. Es ist kein Zufall, daß die Kirche,

die alle Phasen des Lebens mit religiösem Geist zu durchdringen versucht, in ihrer Sphäre nicht nur theoretisch, sondern auch, wenn auch nicht mehr unbestritten, praktisch dem Individuum einen Halt an Religion und Gemeinschaft zu geben verstanden hat. Und es wäre eine große Kurzsichtigkeit, auch für eine in erster Linie nicht kirchliche Partei, aus einem veralteten Kulturliberalismus heraus in der Kulturpolitik eine antikirchliche Haltung einzunehmen. Sie würde im Kampf gegen das, was sie geändert wissen möchte, sich eines Bundesgenossen berauben, der stärker ausgerüstet in diesen Kampf ziehen kann, als sie wahrscheinlich selber dazu imstande ist. Die neue Partei sollte sich daher hüten, die katholische Kirche, auch in ihrer Schulpolitik, zu bekämpfen, wenn auch gegen diese das starke Bedenken steht, daß durch sie der konfessionelle Riß, der durch unser Volk geht, noch vertieft werden könnte, oder den Erneuerungsbestrebungen in der evangelischen Kirche im Wege zu sein. Wenn es ihr zugleich gelänge, durch vorurteilsfreie Behandlung die wertvollen Elemente im Judentum von ihrem vielfach noch vorhandenen Ressentiment, ihrer Ghettostimmung gegenüber der übrigen bürgerlichen Gesellschaft, zu befreien und ihre oft nur in der Kritik sich erschöpfende Klugheit für die Nation zu gewinnen, wie dies der englischen Gentry gelungen ist, sie würde alle Mann an Bord rufen.

University of Pittsburgh Columbia Library

Weltgeschichte

in drei Teilen

von

JULIUS KOCH

Erster Teil:

Von der Urzeit der Menschheit bis zum Untergang der antiken Welt

XXI und 569 Seiten

Geheftet RM. 15.—, in Halbleder geb. RM. 18.—

*

Urteile über das Werk:

. . . habe das Buch mit steigendes Interesse durchgelesen. Es ist frisch und lebensvoll geschrieben, stützt mich überall auf die neuesten Forschungen, die wohl abgewogen verwendet werden, und es gibt klaren Einblick in die Entwicklung der Geschehnisse, insbesondere die kulturelle Entwicklung und ihre Zusammenhänge. Es vermeidet alle Breite und Langweiligkeit. Und es ist so ein ganz ausgezeichnetes Buch. Der Verfasser hat mit diesem ersten Teil seiner Weltgeschichte ein ganz vorzügliches Hilfsmittel zur Selbstbelehrung und Unterstützung des Unterrichts geschaffen.
Prof. Dr. Schmidt, Bln.-Lichterfelde.

. . . Ich würde mich freuen, wenn das übersichtliche Buch in den Kreisen, für die es bestimmt ist, Anklang fände und zur Verbreitung der heute so oft ungebührlich vernachlässigten geschichtlichen Kenntnisse in seinem Teil beitrüge. Prof. Dr. Hohl, Rostock i. M

*

Zu beziehen durch jede Buchhandlung!

Verlag von Georg Stilke
Berlin NW 7

JC 433
G69

University of British Columbia Library

DUE DATE

FORM 310

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 01245 7047